

Heft 191

Ausgabe 4 | 2012

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



spw

Sozialdemokratische Reformdiskurse

Benjamin Mikfeld
Transformation, Hegemonie und Diskurs

Matthias Micus
**Die Sozialdemokratie im Jahr 2012:
Zurück zu den Wurzeln?**

Hilde Mattheis
Die SPD muss mutig links sein!

Interview mit Dr. Stephan Klecha
**Wahlrechtsreform: „Das Kernproblem
ist nicht beseitigt.“**

Kurzum | von Uwe Kremer

In der „Süddeutschen“-Reihe „Die Systemfrage“ legte Wolfgang Streeck kürzlich dar, wie sich die Europäische Union in ein Inkassobüro für Staatsschulden im Interesse des Finanzkapitals zu verwandeln drohe. Mit dem damit verbundenen post-demokratischen Diktat neoliberaler Privatisierungs- und Sozialabbaukonzepte entwickle sich die EU im Verhältnis zu den wirtschaftlich schwächeren Ländern im Süden zu einem „Imperium“, in dem dann wechselseitige Ressentiments fröhliche Urstände feiern dürften. Wie schon 1992 (das Binnenmarktprogramm in Regie von J. Delors) versuche man dafür wieder eine integrationsfreudige Linke an Bord zu holen, obwohl der Integrationsprozess längst von der Finanzindustrie gesteuert werde. Die – nicht ausgesprochene – Konsequenz dürfte klar sein, nämlich sich der weiteren Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken zu verweigern und die nationalen Souveränitäten zu verteidigen und zwar bis hin zum Ende des Euro-Raums.

Der Blick auf die die aktuellen Integrationstendenzen bestimmenden Kräfte und Interessen ist nüchtern und bestechend. Man muss sich tatsächlich darüber im Klaren sein, mit wem man es – etwa im Falle von Herrn Monti zu tun hat, wenn man eine stärkere Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken fordert. Jenseits von Merkel und Monti und über finanztechnische Dispositionen hinaus geht es um die Frage, was die deutsche und europäische Linke international will. Ein Aspekt, der in diesem Sinne fundamental gegen die Streeck'schen Konsequenzen spricht:

Dass gerade Europa derartig in die Mühlen der Finanzmärkte geraten ist, liegt wesentlich daran, dass der Euro keine tatsächliche Gemeinschaftswährung darstellt, sondern für die einzelnen Euro-Länder im Prinzip eine Fremdwährung in Regie der EZB. Solange kann man an den Finanzmärkten auf die Pleite die-



➡ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

ser Länder wetten. Umgekehrt: Erst wenn die EU auch als „Schuldengemeinschaft“ auftritt, würde sie sich der komfortablen Situation der USA annähern, die Dollarschulden im Grundsatz immer (in letzter Instanz mit der eigenen Zentralbank) bedienen können. Was hier finanztechnisch daherkommt, hat aber eine un-gemeine Bedeutung für die Frage, wie Europa – auch mit seinem Wirtschafts- und Sozialmodell und seiner (relativ) starken Linken – in den künftigen internationalen Konfigurationen positioniert sein wird. Ohne eine starke und gegenüber externen finanzmarktgetriebenen Einflüssen widerstandsfähige Währung wird es zu einer substanziellen Schwächung dieser ohnehin nicht sonderlich starken Position kommen.

Dies muss Deutschland mit seiner spezifischen Stärke nicht so sehr betreffen, man kann sich unter günstigen Umständen auch immer noch als eine Art Groß-„Schweiz“ oder auch – wem dies besser gefällt – Groß-„Schweden“ durch Weltwirtschaft und Weltgeschichte schlagen. Zielführend für europäisch-linke Perspektiven ist dies aber weder nach außen, noch – mit Blick auf die entsprechende Parzellierung der innereuropäischen Landschaft – nach innen.

Kurzum: Der Blick auf die die aktuellen Integrationstendenzen bestimmenden Kräfte und Interessen muss – im Streeck'schen Sinne – klarer und illusionsloser werden. In der Konsequenz aber muss die Linke an einer offensiven „euro“-sozialistischen Position arbeiten. ■

■ Meinung

Mit Selbstbewusstsein Umverteilen | Sascha Vogt.....4

Debatte:

Keine voreilige Entscheidung – Kinderrechte umfassend berücksichtigen | Memet Kiliç.....6

Religiös motivierte Beschneidung von Jungen – eine Grundrechtsabwägung mit völlig offenem Ausgang | Christine Lambrecht.....7

Wahlrechtsreform: „Das Kernproblem ist nicht beseitigt.“ | Interview mit Dr. Stephan Klecha8

Frankreich nach den Wahlen | Thilo Scholle10

Parlamentsarmee muss bleiben! | Wolfgang Tautz12

■ ■ Im Fokus: Sozialdemokratische Reformdiskurse

Einleitung zum Schwerpunkt | Ralf Höschele, Michael Reschke, Thilo Scholle.....14

Transformation, Hegemonie und Diskurs | Benjamin Mikfeld18

Die Sozialdemokratie im Jahr 2012: Zurück zu den Wurzeln? | Matthias Micus25

Brauchen wir einen neuen Reformbegriff? – Die SPD zwischen Rot-Grün und Großer Koalition | Horst Peter.....31

Demokratischer Wandel und „kulturelle Hegemonie“ | Ernst Dieter Rossmann35

Die SPD muss mutig links sein! | Hilde Mattheis40

Schluss mit den Scheinlösungen! Ohne wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel wird es kein Ende der Eurokrise geben | Björn Hacker45

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Impulse für die Binnenkonjunktur | Gesa Rünker.....50

Stichwort Wirtschaftspolitik: Das europäische Governance-System und die Euro-Krise | Arne Heise51

Die aktuelle Zahl: 2 | Michael Reschke54

Nebelzeichen – Currywurst! | Ernst Dieter Rossmann55

Wettbewerbsorientierung und Geldwertstabilität dürfen nicht die Hauptziele der Europäischen Union bleiben | Sylvia Kunze57

Rezensionen:

Demokratie in Deutschland | Folke große Deters.....62

Piraten – Politischer Arm eines globalen Milieus | Pascal Geißler64

Ökorevisionismus | Friedrich Voßkuhler66

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Herbsttagung von spw und Forum DL21, Trauer um Monica Lochner, Publikationshinweis, SPD-Mitgliederbegehren gegen VDS68

DL 21 Aktuell: Dialog linke Programmbausteine69

Fünf Fragen an... Dirk Meyer.....70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister
Ralf Höschele
Michael Reschke
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Michael Reschke
Telefon 0176 - 642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Postvertriebsstück, keine Nachsendung.

Anschriftänderung ist

dem Verlag mitzuteilen.

ISSN 0170 - 461 - K 5361

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.photocase, © time.

Bildnachweis:

S.50 www.fotolia.com © electriceye, S.51

www.fotolia.com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn

1.-3. Tausend, August 2012

Mit Selbstbewusstsein Umverteilen

von Sascha Vogt

Rund ein Jahr vor der Bundestagswahl scheint die SPD in den Umfragen unter der 30 Prozent Marke zu verharren und eine eigene rot-grüne Mehrheit zumindest ein schwieriges Unterfangen zu werden. Sicherlich, das alles kann eine Momentaufnahme sein. Nur dauert dieser Moment nun schon seit rund zwei Jahren an. Höchste Zeit also, die strategische Ausrichtung zur Bundestagswahl unter die Lupe zu nehmen. Es sei denn, die SPD will sich erneut mit der Rolle des Juniorpartners in einer großen Koalition zufrieden geben. Das aber – so viel ist sicher – wäre die schlechteste Alternative.

Schon zu Jahresbeginn begann eine Debatte, wie der Kanzlerin beizukommen sei. Man wolle keinen Wahlkampf gegen sie, sondern für ein „besseres Deutschland“ führen, wenige Tage später erschien der Begriff des „Bürgerwahlkampfs“ auf der Agenda. Und jüngst verkündete Parteichef Sigmar Gabriel, die SPD solle einen Wahlkampf gegen die Banken führen. Ja was denn nun? Hinter diesen fast hilflos wirkenden Begrifflichkeiten steht ein Dilemma, das in der Tat nicht einfach zu lösen sein dürfte: Solange die Krise das Thema Nummer eins ist, steht erstens die Kanzlerin qua Amt im Fokus der Öffentlichkeit, denn sie hat nun einmal die großen internationalen Auftritte. Und zweitens scheint ihre Strategie, die eiserne Kanzlerin zu sein, die zwar für Europa steht, aber auf das Geld der „deutschen SteuerzahlerInnen“ achtet, ungemein populär zu sein. Dieses Dilemma wird man aber nicht lösen können, wenn man versucht, das Thema Europa zu umgehen und sich ausschließlich auf innenpolitische Felder fokussiert. Denn damit signalisiert man doch nur eines: Lasst Merkel weiterhin Europa machen, wir würden uns in einer Großen Koali-



➔ Sascha Vogt ist Juso-Bundesvorsitzender.

Foto: © Mark Wilkendorf

tion besser um die innenpolitischen Fragen kümmern, als die FDP es derzeit tut.

Nein, die SPD muss eine Alternative zu Merkels Europapolitik aufbieten, wenn sie den Anspruch haben will, eine Regierung anzuführen. Und die wäre eigentlich auch denkbar einfach: Würden die Verantwortlichen in der SPD nur die Hälfte dessen rezipieren, was etwa die SPD nahe Friedrich Ebert Stiftung oder andere der SPD nahe stehende Organisationen zum Thema publizieren, müsste eigentlich klar sein: Eine Kernursache der Krise ist die gewaltige Umverteilung von unten nach oben. Und eine sowohl kurz- als auch langfristige Lösung stellt ebenso die Umverteilung dar. Nur umgekehrt: von oben nach unten. Nun mag eingewendet werden, dass die SPD in den vergangenen Monaten genügend Beschlusslagen zu diesem Thema produziert hat. Das stimmt. Doch werden diese Beschlusslagen im Moment nicht zum Kernanliegen der Partei gemacht. Dazu zwei Beispiele: Initiiert etwa von ver.di und nahezu allen Sozialverbänden hat sich das Bündnis „Umfairteilen“ gegründet, das eine höhere Besteuerung von hohen Vermögen fordert und zu Großdemonstrationen Ende September aufruft. Die SPD aber entschied sich (zunächst) gegen eine Teilnahme, weil im Aufruf die Möglichkeit einer einmaligen hohen Vermögensabgabe genannt wird, was in der Tat einige Menschen stören könnte. Eben die, die dieses Vermögen haben. Und kurz vor der Sommerpause machte das DIW, gemeinhin

nicht für sozialistische Umtriebe bekannt, einen ähnlichen Vorschlag zur Lösung der Krise. Auch hier die Reaktion der SPD: Tiefe Bedenken und nicht etwa Freude darüber, dass eine als weitgehend neutral beobachtete Institution die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen als das Kernproblem darstellt.

Hinter dieser Mutlosigkeit steckt die Angst vor der Mitte, wo Wahlen angeblich gewonnen werden sollen. Doch hierbei handelt es sich erstens um ein reichlich unterkomplexes Modell, wird die Gesellschaft doch mal eben in einen linken und einen rechten Rand und eine Mitte dazwischen unterteilt. Die soziologische Forschung ist da Jahrzehnte weiter als einige Auffassungen in der SPD. Zweitens müsste dem aufmerksamen Beobachter auffallen, dass das schwarz gelbe Lager derzeit mit rund 40 Prozent Zustimmung bereits auf einem historischen Tiefststand angekommen ist. Wenn mit der Strategie, auf die „Mitte“ zu achten, gemeint ist, weitere WählerInnen-schichten aus diesem Lager herauszuberechnen, lässt sich die Frage stellen, wie realistisch dieses Unterfangen ist. Drittens: Warum sollte die „Mitte“ eigentlich Angst bekommen, wenn die wirklich hohen Einkommen und Vermögen in dieser Gesellschaft stärker in die Verantwortung genommen würden? Sicherlich gibt es teilweise abenteuerliche Vorstellungen darüber, wer von einer Vermögenssteuer oder einem höheren Spitzensteuersatz betroffen sein könnte. Aber dem kann man problemlos begegnen, indem man erklärt, um wen oder was es hier wirklich geht. Und wenn ich zurück denke, wie zu Regierungszeiten gebetsmühlenartig wiederholt wurde, man müsse die Reformen den Menschen nur besser erklären, könnte man es sich doch zur Abwechslung mal zur Aufgabe machen, progressive Umverteilungspolitik besser zu erklären. Und viertens: Merkel hat es geschafft, die Krise als ein Problem zwischen Nationalstaaten zu deuten. Aber warum sollte die SPD es nicht versuchen, die eigene Deutung, dass es nämlich um knallharte Verteilungskon-

flikte zwischen arm und reich und nicht zwischen Griechenland und Deutschland geht, in den Fokus der eigenen Bemühungen zu nehmen? Auch die Deutungshoheit des konservativ-neoliberalen Lagers kam übrigens nicht über Nacht.

Auch wenn mit Sicherheit nicht alles von Frankreich auf Deutschland übertragen werden kann, ließe sich aber doch eine Lehre aus dem Wahlsieg Hollandes ziehen: Man muss sich für die eigenen Werte nicht schämen, sondern kann selbstbewusst sagen, dass man SozialdemokratIn ist und für diese Überzeugungen steht. Und eine dieser Kernüberzeugungen ist es, dass wir eine sozial gerechte Gesellschaft wollen. Wenn sich dies nun auch noch mit der ökonomischen Notwendigkeit einer stärkeren Gleichverteilung überschneidet, wäre es doch eine gnadenlos verpasste Chance, dieses Thema nicht aufzugreifen. Die Bausteine dafür sind größtenteils vorhanden: Von einer Regulierung des Arbeitsmarktes, die auch die Position von Gewerkschaften in Tarifverhandlungen stärkt, über eine progressive Steuerpolitik bis hin zu leistungsfähigen Sozialversicherungen. Es bedarf eigentlich nur des Muts, all dies auch zu einer erfolgreichen Story zusammenzuführen. ■

Debatte: Keine voreilige Entscheidung – Kinderrechte umfassend berücksichtigen

von Memet Kiliç

Die SPD hat sich immer wieder für den Schutz des Kindeswohls stark gemacht. SPD und Grüne haben das Recht auf gewaltfreie Erziehung gesetzlich verankert. Die SPD setzt sich auch für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Bei der Beschneidungsfrage sollte es nicht anders sein. Meiner Erinnerung nach waren sich die drei abrahamitischen Religionsgemeinschaften noch nie so schnell einig, wie in der Beschneidungsdebatte. Daher drängt sich der Verdacht auf, dass es auch um die Beschneidung des Machtbereichs der Religionsgemeinschaften in einem säkularen Staat geht. Der Grundrechtskatalog des GG ist ein Roter Faden für das Zusammenleben in unserer heterogenen Gesellschaft. Dort werden die Grundfreiheiten, Grundrechte und ihre Schranken definiert. Religionsfreiheit aber auch die körperliche Unversehrtheit sind Grundrechtsgüter. Wenn sie miteinander kollidieren, sind sie abzuwägen und es muss ggf. ein Kompromiss gefunden werden. Die heiligen Schriften sowie religiöse Riten, Gebräuche und Traditionen beinhalten naturgemäß alte Elemente, die im Lichte der Vernunft und Wissenschaft neu zu interpretieren sind. Die Menschheit kann mit Glück und Stolz darauf zurück blicken, dass wir keine Menschenopfer mehr bringen, die Steinigung von Ehebrechern nicht mehr Teil unserer Rechtsprechung ist und verwitwete Hindufrauen seit über 100 Jahren nicht mehr mit ihren verstorbenen Ehemännern verbrannt werden. Die Kinder sind nicht das Eigentum der Eltern, der Religionsgemeinschaften oder des Staates. Sie sind Individuen mit vollen Rechten. Das Erziehungsrecht der Eltern ist nicht unbegrenzt, es muss dem Wohl des Kindes dienen und ist wesentlich ein Recht im Interesse des Kindes. Das Kindeswohl zu gewährleisten obliegt Eltern und Staat im gesetzlichen Rahmen.



⇒ Memet Kiliç ist Mitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis'90/ Die Grünen und Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

Foto: © memetkiliç.de

Der säkulare Staat hat auch die Aufgabe, den Druck der Religionsgemeinschaften auf das Individuum abzuwenden oder abzumildern, damit sich dieses frei entfalten kann (Art 2 Grundgesetz). Medizinisch notwendige Eingriffe stehen außer Diskussion. Zur Disposition steht nur, in wie weit die blutigen Rituale der Religionsgemeinschaften, die einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit – sogar bei Kleinkindern – darstellen, allein der Entscheidung der Religionsgemeinschaften bzw. der Eltern zu überlassen sind. Es besteht wissenschaftliche wie politische Einigkeit darüber, dass die Zirkumzision einen irreversiblen und ernstzunehmenden Eingriff darstellt. Es ist aber auch soziologischer Fakt, dass sich viele Eltern in der Religions- oder Traditionspflicht sehen. Um eine selbstbestimmte Erwachsenenentscheidung zu ermöglichen, kann der Gesetzgeber einen Übergangskompromiss vorlegen. Eine gesetzliche Regelung mit gesellschaftlicher und grundrechtlicher Reichweite darf aber nicht in einem Schnellverfahren erfolgen. Vor über 10 Jahren hat der Bundestag das Recht auf gewaltfreie Erziehung der Kinder im Gesetz verankert. Darüber hinaus verpflichtet Art. 24 Abs. 3 UN-Kinderrechtskonvention die Vertragsstaaten, alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen zu treffen, um Bräuche abzuschaffen, die schädlich sind. Wenn dazu Kinderärzte und Psychologen Bedenken anmelden, dass Kleinkinder schwere psychologische Schäden durch eine Beschneidung erleiden könnten, ist das Versprechen eines Schnellverfahrens für den parlamentarischen Ablauf unangemessen. ■

Debatte: Religiös motivierte Beschneidung von Jungen – eine Grundrechtsabwägung mit völlig offenem Ausgang

von Christine Lambrecht

Wohl selten hat ein Urteil eines Landgerichts solche Wellen geschlagen, wie das des Kölner Landgerichts zur Beschneidung eines minderjährigen Jungen. Das Urteil hat eine gesellschaftliche Diskussion, die es seit Jahren gibt, neu entfacht. Strafrechtlich betrachtet stellt die Beschneidung von nicht einwilligungsfähigen Jungen eine Körperverletzung gemäß § 223 StGB dar. Erfolgt die Beschneidung aus medizinischen Gründen, ist sie über die Einwilligung der Eltern gerechtfertigt, da sie im Interesse des Kindes erfolgt. Erfolgt der Eingriff aus rein religiösen Gründen, ist die Wirksamkeit der Einwilligung fraglich. Hier sind zwei grundrechtlich geschützte Rechtsgüter abzuwägen: das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und das Recht der Eltern auf Ausübung ihrer Religion. Ein Blick in andere europäische Staaten zeigt, dass in kaum einem Land diese Frage klar geregelt ist. Deshalb dürfte die Diskussion in Deutschland europaweite Auswirkungen haben. Auf der anderen Seite wird deutlich, dass dies keine spezifisch deutsche Diskussion ist. Nachdem viele glaubten, die Debatte durch die Ankündigung einer gesetzlichen Regelung schnell beenden zu können, hat sich gezeigt, dass die Diskussion zu diesem Thema längst nicht abgeschlossen ist, sondern gerade erst begonnen hat. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion wird das Thema intensiv und kontrovers diskutiert. Dabei dürfen nicht nur kulturelle und religiöse Aspekte eine Rolle spielen, sondern vorrangig auch medizinische und der Aspekt des Kinderschutzes. Klar muss sein, dass es in der Diskussion keine Vermischung mit der Verstümmelung weiblicher Genitalien geben darf. Hierbei handelt es sich eindeutig um einen Akt der Zerstörung der Sexualität des Mädchens und der Unterwerfung. Die Beschneidung von Jungen verändert deren



☞ Christine Lambrecht ist Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für Recht, Innen, Sport, Kultur und Medien.

Foto: © SPD-Parteivorstand / D. Butzmann / F. Jaenicke / S. Knoell / B. Kraehahn

sexuelles Empfinden, macht es aber bei weitem nicht unmöglich. Bei der Beschneidung von Mädchen wird in den meisten Fällen die Klitoris entfernt. Der einzige Sinn dieses – übrigens von keiner Religion der Welt geforderten – Ritus ist es, dem Mädchen bzw. der Frau komplett die Möglichkeit zu nehmen, Sexualität zu erleben. Es geht um die Zerstörung eines Teils der Persönlichkeit und um die Unterwerfung unter die männliche Vorherrschaft in der Familie bzw. in der Gemeinschaft. Es gibt auch durchaus Stimmen, unter anderem aus der Weltgesundheitsorganisation, die die generelle Beschneidung des männlichen Glieds aus gesundheitlichen und hygienischen Gründen gutheißen. Im Falle einer Vorhautverengung (Phimose) ist eine Entfernung der Vorhaut sogar medizinisch geboten. Es muss aber die Frage gestellt werden, ob ein solcher weitreichender und irreversibler Eingriff nur aufgrund eines tradierten religiösen Ritus mit unserem Recht vereinbar ist. Es sind keineswegs antisemitische oder anti-islamische Organisationen, die dies verneinen. Es sind vor allem Kinderrechts-, Ärzte- und Juristenorganisationen, die eine religiös motivierte Beschneidung von Jungen ablehnen. Klar muss sein, dass es Juden und Muslimen auch in Zukunft möglich sein muss, ihren Glauben in Deutschland zu leben. Ob die Beschneidung von nichteinwilligungsfähigen Jungen dazu gehören muss, wird die Frage der gesellschaftlichen und rechtspolitischen Auseinandersetzung sein, die jetzt zu führen ist. ■

Wahlrechtsreform: „Das Kernproblem ist nicht beseitigt.“

Interview mit Dr. Stephan Klecha

spw: Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. Juli wurde das von der schwarz-gelben Regierungskoalition 2011 verabschiedete Wahlrecht gekippt. Welche Regelungen des Gesetzes führte das Gericht in seiner Begründung als ausschlaggebend für das Urteil an?

» **S.K.:** Zentral war, dass das negative Stimmengewicht nicht beseitigt wurde. Diese Anomalie des deutschen Wahlrechts führt dazu, dass eine Stimme für eine Partei ihr in der Endabrechnung schaden kann bzw. ein Entzug von Stimmen ihr am Ende möglicherweise gar nutzt. Diesbezüglich hatte der Gesetzgeber seit 2008 einen Regelungsauftrag von den obersten Richtern erhalten, dem er nicht nachgekommen ist. Vielmehr hat die Koalition den Effekt noch dadurch verschlimmbessert, indem sie einen Mechanismus eingebaut hat, der dazu führt, dass eine Stimme für eine Partei am Ende sogar explizit einer anderen nutzen kann. Dadurch wird der Wählerwille ad absurdum geführt. Das Ganze musste dem Verfassungsgericht dann am Ende wie ein groteskes Wahlrecht aus einer Bananenrepublik vorkommen. Weil die Überhangmandate eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für negative Stimmengewichte sind, war es zudem logisch, dass ein Obiter Dictum der Entscheidung von 2008 aufgegriffen wurde. Die Verfassungsrichter hatten damals bereits darum gebeten, dass mal wieder die Überhangmandate auf den Prüfstand gelangen. Hierbei ist insbesondere die mögliche Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse zu einem Problem geworden. Deswegen hat das Verfassungsgericht nun eine freilich gewillkürte Obergrenze von 15 Mandaten eingezogen.

spw: Bei der Reform des Wahlrechts scheinen CDU/CSU und FDP sich nun für ein gemeinsames Modell mit der Opposition zu öffnen. Was waren die bisherigen Konfliktpunkte zwischen den Regierungs- und Oppositionsfractionen?



Dr. Stephan Klecha ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Foto: privat

» **S.K.:** Das Problem ist, dass Parteiensystem und Wahlrecht in Symbiose miteinander leben. Die Änderung des einen hat Auswirkung auf die Struktur oder Funktionsweise des jeweils anderen. Dabei ist der Orientierungspunkt der Parteien immer das letzte Wahlergebnis, obwohl dieses möglicherweise nur einen Teil der Effekte abbildet. Der Union ging es vor diesem Hintergrund um den Erhalt ihrer Überhangmandate, der Opposition hingegen um deren Begrenzung beziehungsweise Neutralisierung. An dieser Konfliktlinie war es letztlich nicht möglich, einen Kompromiss zu erzielen.

spw: Lassen sich bereits wahrscheinliche Konturen eines gemeinsamen Reformvorschlages erkennen?

» **S.K.:** Im Augenblick nicht. Es verwundert daher, dass Herr Ruppert von der FDP bereits davon spricht, dass es sich um Kleinigkeiten handelt. Tatsächlich ist das Kernproblem nicht beseitigt. Hier wirken nun mehrere Einflussfaktoren.

Die Parteien wollen **erstens** nach Möglichkeit das Wahlrecht nur minimalinvasiv verändern. Sozialwissenschaftlich würde man wohl von einer gewissen Pfadabhängigkeit sprechen. Deswegen scheidet eine umfassende Lösung am Reißbrett aus. Die in das Verhältnisswahlrecht eingearbeiteten Elemente der Personalisierung und der Föderalisierung sind nicht einfach unter einen Hut zu kriegen.

Zweitens gibt es Spezialinteressen der Großparteien. Diese haben natürlich primär ihre Direktmandate im Blick. Eine Verrechnung von dabei entstehenden Überhangmandaten mit Listenmandaten in anderen Ländern verschiebt notwendigerweise das Gewicht von einem Bundesland in ein anderes. In Anbetracht der starken Stellung der Landesgruppen hat das weitreichende Folgen etwa bei der Vergabe von Fördergeldern oder bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten.

Drittens gibt es bei einer Reihe von relativ einfachen Regelungsoptionen ein Problem für die kleineren Parteien, die fast nur Listenmandate erzielen. Ihnen geht es um die Verwertung von Wählerstimmen, die in einwohnerschwachen Bundesländern anfallen. Bei einer Trennung der Listenverbindungen oder einer Aufteilung des Wahlgebiets entlang der Landesgrenzen können sich die Bundesschatzmeister der FDP und der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern oder Bremen, sowie der Linken in Hamburg jeden Infostand bei Bundestagswahlen sparen, weil die dortigen Stimmen keine Wirkung mehr für das Gesamtergebnis hätten. Daher zog die FDP in das nunmehr verfassungswidrige Gesetz eine Regelung ein, die den Kleinparteien durch eine Art Grundmandat überdurchschnittlich geholfen hätte.

Viertens lässt sich bei der Union die Möglichkeit einer Verrechnung von Überhang- mit Listenmandaten sogar personalisieren. Würde man den Verrechnungsmechanismus einsetzen, den Grüne und Linke im Prinzip präferieren, hätten weder Norbert Lammert noch Ursula von der Leyen noch Eckart von Klaeden ein Bundestagsmandat errungen. In Anbetracht dessen ist klar, dass eine einfache Lösung schwierig möglich ist. Selbst wenn nur die Überhangmandate auf die vom Verfassungsgericht eingezogene Grenze von 15 begrenzt werden sollten, wird es hochinteressant, wie die Regelung aussehen soll: Ausgleich, Nichtzuteilung von Direktmandaten, partielle Ver-

rechnung, die Handlungsmöglichkeiten sind im Detail groß und auch die Effekte.

Fünftens gibt es im Brennglas von Föderalstruktur und personalisierter Wahl noch ein Spezialproblem mit der CSU, die ja nur in einem Bundesland antritt und somit keine Mandate verrechnen könnte. Jeder Ausgleichsmechanismus entfaltet deswegen eine immense Hebelwirkung, welche die Arbeitsfähigkeit des Bundestags beeinträchtigen kann.

Sechstens spielt die Akteurskonstellation eine Rolle. In einer kleinen Koalition sind einige Elemente der Wahlrechtsänderung ausgeschlossen, weil insbesondere der kleinere Koalitionspartner hiervon Nachteile befürchtet. Deswegen wirdes beim Zweitstimmenwahlrecht bleiben und wird ein Wechsel zu einer Mehrheits- oder Grabenwahl sicher unterbleiben.

spw: Der spätestmögliche Termin der Bundestagswahlen ist der 27. Oktober 2013. Was passiert, wenn bis dahin kein neues, verfassungskonformes Wahlrecht vorliegt?

» **S.K.:** Es würde in diesem Falle wohl zu einer Bürgerklage vorm Verfassungsgericht kommen und dieses würde dann ein Wahlrecht dekretieren. Dessen Konturen sind schwerlich abzuschätzen, wenngleich die Struktur eines Verhältniswahlrechts wohl erhalten bliebe. Ansonsten wäre das natürlich fatal. Im demokratischen Verfassungsstaat kann und darf das Wahlrecht niemals von einer anderen Institution als dem gewählten Parlament als Sachwalter des Volkes beschlossen werden. Wann immer ein externer Akteur wie ein Gericht oder eine Exekutive dieses verordnet, ist die demokratische Ordnung zutiefst gestört. Das mag in einer nämlichen Stunde Null noch als Notbehelf funktionieren, aber doch nicht im siebten Jahrzehnt bundesdeutscher Demokratie. ■

☞ Das Interview führte Michael Reschke.

Frankreich nach den Wahlen

von Thilo Scholle

KommentatorInnen und PolitikerInnen, aber auch manche SPD-StrategInnen schauen mit bangen Blicken nach Frankreich: Dort hat mit François Hollande ein „Sozialist“ die Wahlen gewonnen, der nicht nur offen die europäische Austeritätspolitik kritisierte, sondern sich sogar zu Forderungen wie der nach einem Spitzensteuersatz in Höhe von 75 Prozent hinreißen ließ.

Der Wahlsieg von Hollande und der Parti socialiste (PS) ist eindrucksvoll: Konnte Hollande im 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen insgesamt 51,64 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, erreichten die PS und kleinere Verbündete bei den Parlamentswahlen am 18. Juni zusammen mehr als 40 Prozent der abgegebenen Stimmen und 314 von 577 Mandaten. Während Hollande in Ballungszentren zum Teil auf über 60 Prozent der Stimmen kam, schnitt in den ländlichen Departments neben Nicolas Sarkozys Union pour un mouvement populaire (UMP) vor allem der rechtsradikale Front National (FN) gut ab, der in 61 Wahlkreisen in die Stichwahl kam und in Südfrankreich zwei Mandate gewann.

Enttäuschend war das Ergebnis des vom ehemaligen PS-Politikers Jean-Luc Mélenchon geführten Wahlbündnisses „Front du gauche“, das vor allem von der Parti communiste (PCF) sowie Mélenchons wesentlich kleinerer eigener – der deutschen Linkspartei nachgebildeten – Parti de gauche (PG) getragen wurde. Hatte er sich nach zum Teil begeisternden öffentlichen Auftritten vor mehreren Hunderttausend Menschen Hoffnungen auf Platz 3 bei den Präsidentschaftswahlen gemacht, so kam er über 11,1 Prozent und den 4. Platz nicht hinaus. Auch schaffte er es nicht, in direkter Auseinandersetzung mit der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen ein Parlamentsmandat zu erhalten. Insgesamt



➔ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Foto: privat

schrumpfte die Fraktion der „Front de gauche“ auf 10 Abgeordnete. Nachdem ihre Präsidentschaftskandidatin Eva Joly mit 2,31 Prozent scheiterte, erreichten die französischen Grünen dank Wahlkreisabsprachen mit der PS 18 Mandate und sind erstmals in Fraktionsstärke im Parlament vertreten.

Im Ergebnis hält die PS neben dem Präsidentenamt auch komfortable Mehrheiten im Parlament und im Senat, sie ist dort allerdings auf die Unterstützung der „Front du gauche“ angewiesen. Hollande und seine Regierung stehen nun unter erheblichem Druck, die Ankündigungen aus dem Wahlkampf in die Tat umzusetzen.

Europäische Ängste und tatsächliche Lage

Ausgehend von der politischen Programmatik ist Hollandes Einordnung als „radikaler Linker“ eher der Verschiebung der politischen Parameter in Deutschland als seiner tatsächlichen Verortung geschuldet. Er selbst bezeichnet sich als Sozialdemokrat und grenzt sich damit vom linken Flügel der PS ab. Diese Einstellung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Regierung wider, in die mit Benoit Hamon als Vizeminister für Solidarische Ökonomie nur ein wichtiger Vertreter der Partei-linken berufen wurde.

Die Wahlversprechen der PS sind eine Mischung aus Forderungen nach einem neuen ökonomischen und sozialen Ausgleich innerhalb Frankreichs und im Verhältnis zur EU sowie gesellschaftspolitischen Modernisierungsver-

sprechen, beispielsweise im Bereich der Bürgerrechte und der Integrationspolitik. Damit liegen sie im Rahmen der programmatischen Entwicklungen auch in anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa. Eine Ausnahme ist die Steuerpolitik, die im Falle Frankreichs stärker flügelübergreifend als Thema sozialer Gerechtigkeit diskutiert wird.

Auch profitierten Hollande und die PS davon, dass nicht nur Sarkozy als Person für viele WählerInnen unerträglich geworden war, sondern dass sich auch der „Sarkozyzismus“ - die Politik von ökonomischer Deregulierung und steuerlicher Förderung der Reichen - zu weit vom französischen sozialstaatlichen Konsens entfernte. Und nicht zuletzt war es eine Auseinandersetzung zwischen dem weltoffenen und multikulturellen Frankreich auf der einen und einem nationalistisch-chauvinistischen Frankreich auf der anderen Seite.

Steuerpolitisch hat die Regierung mit der Rücknahme eines Teil der Regelungen aus der Ära Sarkozy sowie der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Steuererhöhung auf 75 Prozent deutlich gemacht, dass sie ihr Regierungsprogramm ernst nimmt – was möglicherweise einen der deutlichsten Unterschiede zur deutschen Sozialdemokratie und ihren Wahlprogrammen in den letzten Jahren markiert.

In der medialen Debatte wird momentan der Umgang der Regierung mit den angekündigten Massenentlassungen in der Industrie (wie z.B. etwa 8 000 Stellen bei Peugeot) als ein erster Knackpunkt diskutiert. In der Regierung ist mit Arnaud Montebourg zwar ein ehemaliger Repräsentant der Parteilinken – der in den innerparteilichen Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl mit einem Programm der „Démonstration“ der Wirtschaft auf fast 18 Prozent der Stimmen gekommen war – zum „Ministre du Redressement productif“ (in etwa: „Minister für die Wiederherstellung der Produktivität“) ernannt worden. Montebourgs Thesen aus der Vergangenheit schwankten dabei zwischen re-

gionalwirtschaftlichen und industriepolitischen Ansätzen auf der einen und eher klassisch-protektionistischen Forderungen auf der anderen Seite. Es bleibt abzuwarten, ob es Montebourg hier gelingt, die aktuelle Lücke zwischen abstraktem politischen Programm und konkreten Handlungsschritten zu schließen.

Positionierung der Parteilinken

Mögliche programmatische und personelle Weichenstellungen werden auf dem PS-Kongress im Herbst 2012 erwartet: Martine Aubry wird den Vorsitz abgeben. Bislang ist offen, wer ihr nachfolgen wird. Neben der Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Partei und Regierung nach diesem deutlichen Wahlsieg insgesamt gestalten lässt, ist besonders für die Parteilinke auch zu klären, wie sie sich als Teil einer Regierungslinken aufstellen kann.

Unzufriedenheit gibt es mit dem Europakurs von Hollande. So forderte beispielsweise die ehemalige Sozialministerin Marie-Noëlle Lienemann eine komplette Neuverhandlung des Fiskalpakts – wie sie von Hollande im Wahlkampf auch angekündigt worden war. Auch der Parteitagsantrag der Parteilinken „Réaliser le changement“ thematisiert im Schwerpunkt Forderungen nach weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene, beispielsweise zur Ablehnung von Schuldenbremsen und für erweiterte Handlungsmöglichkeiten für den ESM.

Der Umgang mit der Europa-Politik ist auch mobilisierendes Thema des PCF: So begann die Parteizeitung „L'humanité“ mit einer Unterschriftenkampagne für eine Volksabstimmung zum Fiskalpakt. Gefahr im Regierungsalltag droht Hollande von dieser Seite aufgrund der schwachen parlamentarischen Vertretung aber kaum. Zudem zeichnen sich auch innerhalb der „Front de gauche“ Auseinandersetzungen um Einfluss und Strategie ab. Ähnliches gilt für die UMP, die ebenfalls eine neue Parteiführung wählen muss und zugleich eine Debatte über die Abgrenzung vom FN führt. ■

Parlamentsarmee muss bleiben!

von Wolfgang Tautz

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 und das Parlamentsbeteiligungsgesetz von 2005. Ihr Einsatz muss durch Beschluss des Bundestages als Repräsentant des Volkes legitimiert werden. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges wurde diese Anforderung aktuell und sie wurde bis jetzt eingehalten. Es wäre ein gesellschaftlicher Bruch, wenn jetzt der Grundsatz des Parlamentsvorbehaltes infrage gestellt würde. Ausgelöst wurde die Diskussion darüber durch den NATO-Gipfel in Chicago am 20. Mai und die vorhergehenden Bundestagsdebatte vom 10. Mai. (Siehe dazu: Das Parlament Nr. 20/21, Debatte Dokumentation)

Wer will den Status verändern?

Die Kanzlerin erklärte vor den Abgeordneten: „... bei der Umsetzung des neuen strategischen Konzepts insgesamt wird es immer öfter nicht mehr nur um nationale Beiträge gehen, sondern auch um die gemeinsame Bereitstellung von Fähigkeiten in der Allianz. Dieses geht mit der Erwartung einher, dass solche Fähigkeiten im Falle eines Einsatzes auch sicher und verlässlich zur Verfügung stehen müssen.“ Wie wir dieses „mit den Bestimmungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes in Einklang bringen können, das müssen wir im Parlament noch intensiv diskutieren.“ Unterstützt wurde die Kanzlerin dabei von Andreas Schockenhoff (CDU), indem er die Bereitschaft zur Aufgabe von Souveränität über den „Einsatz militärischer Mittel“ forderte.

Folgerichtig kam aus Chicago eine Woche später auch der Ruf „Die NATO drängt Deutschland zu mehr Zusammenarbeit!“ Es geht dabei um Konzepte wie „Smart Defense“



⇒ Dr. Wolfgang Tautz ist Chemiker und lebt in Güstrow.

Foto: privat

und „Pooling and Sharing“, mit denen einerseits weitere Aufrüstung betrieben werden soll, andererseits um eine Entlastung der USA im europäisch-atlantischen Raum, da diese sich auf den Pazifik konzentrieren wollen.

Sind die Begründungen akzeptabel?

Dieser geforderte Souveränitätsverzicht und seine Begründungen fordern Widerspruch heraus! Alle bisherigen Einsätze dienten niemals der eigenen Verteidigung sondern erfolgten weitab der Landesgrenzen. Strategische, ökonomische und historische Begründungen können die moralische Verantwortung für die dabei geopfert Menschenleben auf allen Seiten nicht verdecken. Wegmarken waren der deutsche Einsatz im Jugoslawien-Krieg, damals nicht von der UNO legitimiert, sowie die Verweigerung Deutschlands, sich am Irakkrieg zu beteiligen und im UNO-Sicherheitsrat das Mandat zu verweigern. Dieses war Ausdruck einer Emanzipation Deutschlands unter dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder, die in der Bevölkerung weitgehende Zustimmung gefunden hat. Dieser Linie ist auch der FDP-Außenminister Westerwelle durch Stimmenthaltung in Bezug auf Libyen gefolgt, auch wenn das eine Kritikflut der Medien auslöste. Das wird nun als Begründung angeführt, dass sich solch ein Alleingang nicht wiederholen soll, indem neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Eine deutsche Beteiligung in Libyen hätte wohl nicht die Zustimmung der Bevölkerung gefunden, ebenso wie diese dem Afghanistan-Einsatz fehlt.

Verfassungsrechtliche Bedingungen

Um diese deutsche Emanzipation zu bewahren, darf es keinen Verzicht auf die Hoheit des Bundestages und die damit verbundene öffentliche Verantwortung gegenüber den Wählern geben! Die Mehrheit der Parteienvertreter befürwortet bisher auch nicht einen solchen Verzicht. Von Verteidigungsminister de Maizière wurde daher als Ersatz die Möglichkeit von Vorratsbeschlüssen ins Spiel gebracht, indem der Bundestag bei der Schaffung entsprechender NATO-Kapazitäten deren Einsatz erst einmal vorauswirkend zustimmt. Damit würde dann die erforderliche Einstimmigkeit in den NATO-Gremien ermöglicht. Dabei sollte der Bundestag ein „Rückholrecht“ im konkreten Einsatzfall behalten. Ob es um eine stärkere Variante oder „nur“ die schwächere Variante nach Thomas de Maizière geht, Rechtsveränderungen dürfen nicht am Grundgesetz vorbei erfolgen! Eine derartige Grundgesetzänderung wäre die wichtigste nach der Wiedervereinigung. Sie müsste daher mit einer breiten öffentlichen Meinungsbildung einhergehen und schließlich wegen ihrer großen Bedeutung durch eine Volksabstimmung entweder legitimiert oder abgelehnt werden.

Andere Rolle Deutschlands

Neben dem Formalen gibt es schwerwiegende und durch moralische und politische Werte begründete Bedenken. Deutschland muss weiter in der Lage bleiben, Krisen- und Kriegssituationen eigenständig völkerrechtlich zu beurteilen und in Gremien der UNO über Einsatzmandate abzustimmen, auch im Gegensatz zu Partnern der NATO. Die militärischen Konflikte unter Beteiligung der NATO in den vergangenen zwei Jahrzehnten erweisen sich im Rückblick als Wechselspiel von strategischen Interessen und moralisierenden Begründungen und oft gescheiterten Zielen.

Von Deutschland wird eine starke internationale Rolle gefordert. Als Maßstab dafür haben zu gelten das Völkerrecht und die Beschlüsse des Sicherheitsrates. Gewichtiger, als an jedem Einsatz beteiligt zu sein, kann es diese Rolle aber ausfüllen, indem es zum Vermittler bei realen oder potenziellen Konflikten wird. Diese Vermittlerfunktion kann kaum glaubwürdig von den großen NATO-Staaten wahrgenommen werden, die bei Konflikten mit militärischen Mitteln vorangehen. Die angestrebte ständige Mitgliedschaft Deutschlands in einem neu strukturierten UNO-Sicherheitsrat lässt sich nur auf diese Weise begründen und nicht durch unkritische NATO-Bindung. Auf diesem Wege befindet sich Deutschland bereits durch seine diplomatische Kooperation mit Brasilien und Indien.

Was bleibt dann, bezogen auf den Ausgangspunkt, den angestrebten Aufbau gemeinsamer NATO-Strukturen?

- Deutschland beschränkt seine Mitwirkung dabei auf solche Strukturen, die ausschließlich für die Verteidigung des Bündnisgebietes geeignet sind.
- Die Bündelung von Fähigkeiten obliegt als Option insbesondere kleineren Staaten mit geringen militärischen Kapazitäten.
- Die USA sowie die NATO haben im Weltmaßstab bereits ein übermäßiges Rüstungspotenzial. Die USA haben dabei ihre finanziellen Möglichkeiten schon längst überfordert. Aus politischen und finanziellen Gründen ist daher durch Deutschland Abrüstung und nicht weitere Aufrüstung zu unterstützen.

Bei diesen Grundsätzen kann die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleiben wie bisher! ■

Sozialdemokratische Reformdiskurse

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ralf Höschele, Michael Reschke, Thilo Scholle

Foto: www.photocase.de © time



Wo steht die deutsche Sozialdemokratie drei Jahre nach der historischen Wahlniederlage von 2009 und ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl? Mit dem Bundesparteitag 2009 in Dresden ist die SPD ihre Erneuerung angegangen. Personell fand ein Wechsel an der Parteispitze statt und inhaltlich wurden einige politische Entscheidungen aus den Regierungsjahren aufgearbeitet und das Verhältnis zu wichtigen außerparlamentarischen Bündnispartnern wie den Gewerkschaften oder der Anti-Atom-Bewegung deutlich verbessert. Was allerdings mögliche Koalitions- und somit Machtoptionen für 2013 betrifft, steht die SPD heute nicht besser da als 2009.

Inhaltlich gelang es an einigen Punkten, das sozialdemokratische Profil zu schärfen. So wurde zum Beispiel im letzten Dezember vom Bundesparteitag einstimmig ein neues sozialdemokratisches Steuerkonzept beschlossen, das u.a. wahrnehmbare Steuererhöhungen für Spitzenverdiener enthält und klar auf eine Stärkung der staatlichen

Handlungsfähigkeit setzt. Zudem wurden die großen Anti-Atom-Proteste mit Menschenketten oder Großdemonstrationen vom Parteivorstand politisch, finanziell und organisatorisch unterstützt.

In anderen Politikfeldern ist die SPD allerdings noch nicht so weit vorangekommen. In der Rentenpolitik wurde bei mehreren Parteitag eine Entscheidung vermieden und aufgeschoben. Nun steht in diesem Herbst die Auseinandersetzung mit den von SPD-Arbeitsministern verantworteten Rentenreformen seit 2001 an. Hier ist vor allem die Frage zu klären, wie sich die SPD zur gesetzlich vorgesehenen Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent und zur zukünftigen Rolle der kapitalgedeckten privaten Vorsorge verhält.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die SPD programmatisch und strategisch noch längst nicht für den Wahlkampf aufgestellt und die inhaltlichen Unterschiede zur Union sind in zentralen politischen Fragestellungen

auch drei Jahre nach Ende der großen Koalition noch immer nicht klar. Der Prozess zur Erarbeitung des Wahlprogramms 2013 sollte genutzt werden, um das sozialdemokratische Profil der SPD klarer zu formulieren – auch und gerade in der Abgrenzung zur Union. Dazu ist eine Erneuerung des Gleichheitsversprechens zentral. Angesichts der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft, der immer weiter fortschreitenden Prekarisierung des Arbeitsmarkts und der Angriffe auf den Sozialstaat muss von der SPD die Verteilungsfrage wieder stärker in den Fokus genommen werden. Grundlage für diese Frage ist die nach der Weiterentwicklung der ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Internationale Finanzkrise und Eurokrise, aber auch Vorstellungen von einem Ende der Ressourcen des Planeten und damit den Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums sind dabei wichtige Themen der gesellschaftlichen Diskurse sowohl in eher linken wie auch in eher konservativen Milieus. Dass das aktuelle Modell kapitalistischer Ökonomie in einer Krise steckt, wird weitgehend geteilt. Große Differenzen gibt es bei der Analyse der Ursachen und den Vorschlägen zu möglichen Lösungswegen. Die Diskussion darüber, wie ein sozialdemokratischer wirtschaftlicher Entwicklungspfad aussehen kann, der auf den bestehenden industriellen Strukturen in Deutschland aufbaut, und diese vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Verschiebungen und der ökologischen Herausforderungen weiterentwickelt, wäre innerhalb der SPD dringend zu führen. Sie würde zugleich auch wieder Anschlussmöglichkeiten an Diskurse in gesellschaftlichen Gruppen und Zusammenhängen außerhalb der SPD ermöglichen.

Welchen Weg die SPD zu ihrem Bundestagswahlprogramm nehmen wird, ist noch längst nicht ausgemacht. Dabei ist auch nicht ausgeschlossen, dass die SPD 2013 erneut in einen Ähnlichkeitswettbewerb mit der Union eintritt, darauf verzichtet klare Alternativen aufzuzeigen und so versäumt die

Bundestagswahl zu einer echten Richtungs- wahl zu machen. Indizien für diesen Kurs gab es in den letzten Monaten immer wieder. Am deutlichsten wurde das bei den diversen Abstimmungen zur Euro-Rettung, bei denen es der SPD insgesamt nicht gelang, die Unterschiede zur Regierungskoalition deutlich zu machen.

In der Öffentlichkeit wurde vor allem wahrgenommen, dass die SPD den Kurs der Kanzlerin mittrage. Dies gilt oftmals auch für andere, über die Krise hinausgehende Forderungen, bei denen Regierung und SPD sich in den Umsetzungsvorschlägen im Kern zwar deutlich unterscheiden, bei denen aber in der medialen Öffentlichkeit meist eine große Deckungsgleichheit zwischen Regierung und SPD angenommen wird. Hierzu zählen beispielsweise die Forderungen nach Einführung eines Mindestlohns, nach einer Grundrente bzw. nach einer Soli-Rente oder beim Atomausstieg und der Energiewende. Eine inhaltlich Wahrnehmung der SPD, die sich nur in einigen Spiegelstrichen von der Union unterscheidet, führt aber fast zwangsläufig zu einer großen Koalition unter Führung der Union (oder gar zur Fortsetzung von Schwarz-Gelb).

Dabei gibt es durchaus nach wie vor ganz grundsätzliche Differenzen zwischen den beiden Volksparteien. Ganz plastisch wird das in der Familienpolitik, wo die CSU mit dem Betreuungsgeld ihr konservatives Familienbild verfolgt und es der SPD leicht fällt, sehr geschlossen dagegen zu mobilisieren.

Doch anders sieht es bei vielen anderen umstrittenen Fragen aus. Auch SPD-Abgeordnete ordnen dem Ziel der Haushaltssanierung oft alle anderen, verteilungspolitisch relevanten politischen Ziele unter. Sie erklären die Reduzierung der Staatsverschuldung zum einzig bedeutsamen politischen Ziel und bedienen so die Diskurse der Konservativen und Neoliberalen. Und noch immer verteidigen

SPD-Politiker die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus als scheinbar alternativlos und propagieren den weiteren Ausbau einer kapitalgedeckten Alterssicherung und stellen dabei das Ziel, den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung stabil zu halten, als naturgegebene Notwendigkeit dar. Das ist nicht nur verteilungspolitisch fatal, sondern zeugt auch von wenig ökonomischen Sachverstand.

Eigene, sozialdemokratische Begriffe werden kaum gesucht, stattdessen spielt man das Spiel des politischen Gegners und nutzt dessen Begriffe wie „Fairness“, „Schuldenbremse“ oder aktuell „Staatsschuldenkrise“. Unter diesen Vorzeichen würde es tatsächlich schwierig werden, einen Verteilungswahlkampf zu führen. Die Angst der SPD vor einer zugespitzten Richtungsentscheidung lässt sich auch in der „Troika“ sehen, wo drei sich nahe stehende Politiker um die Kanzlerkandidatur konkurrieren, die sich zwar in der Rhetorik unterscheiden und hierüber für den medialen Diskurs auch „links“ und „rechts“ in der SPD repräsentieren, von denen aber keiner bislang konsequent an alternativen Vorschlägen für mögliches Regierungshandeln arbeitet, die über das Versprechen des etwas gerechteren Regierens hinausgehen. Ob es inhaltlich und strategisch größere Unterscheidungsmerkmale gibt oder sich die Unterschiede alleine auf das jeweilige Temperament beschränken, muss sich noch zeigen. So wird das Auftreten der SPD insgesamt als das einer Partei wahrgenommen, die das Bestehende etwas gerechter verwalten will, ohne große eigene Visionen mit Leben füllen zu wollen (oder wohlmöglich sogar zu können).

Doch eine Wahlauseinandersetzung, bei der die Verteilungsfrage ins Zentrum gerückt wird, bei der der Sozialstaat verteidigt und um seine Zukunft ebenso gestritten wird wie um die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens im Angesichte von Vertrauensverlust und Verlustes des Primats der Poli-

tik ist angesichts der gesellschaftlichen Lage zwingend erforderlich. Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich ist inzwischen im öffentlichen Bewusstsein fest verankert. Die Menschen nehmen wahr, dass das bundesdeutsche Aufstiegsversprechen schon lange nicht mehr eingelöst wird, dass die Gesellschaft undurchlässiger geworden ist und immer mehr Menschen abgehängt werden. Der Wunsch nach Alternativen wächst, doch gleichzeitig wird im politischen Raum nur noch selten um Alternativen gerungen.

Beiträge des Schwerpunktes

Benjamin Mikfeld analysiert und diskutiert in seinem Beitrag „Transformation, Hegemonie und Diskurs“ die deutsche Diskurslandschaft und ihre Akteure. Ausgehend vom Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus zeigt er die entscheidenden konservativ-liberalen und links-progressiven Diskursräume auf und fragt nach den Bedingungen eines gesellschaftlichen Pfadwechsels. Die Möglichkeit einer Diskurs-Allianz links der Mitte sieht er entlang der möglichen gemeinsamen Zielsetzung einer „demokratische[n] Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft“. Diese verfolge vier Leitideen: eine ökonomische Innovations- und Modernisierungsstrategie, eine Rückeroberung des Öffentlichen, die Formulierung eines neuen Leitbilds von Erwerbsarbeit und eine vertiefte Internationalisierung.

Matthias Micus widmet sich dem organisatorischen und programmatischen Erneuerungsprozess der SPD seit 2009 und fragt: „Die Sozialdemokratie im Jahr 2012: Zurück zu den Wurzeln?“. Dabei stellt er die Prozesse innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in den größeren Zusammenhang der Suchbewegungen rund um eine „Gute Gesellschaft“ innerhalb verschiedener europäischer Sozialdemokratien. Er sensibilisiert anhand von britischen, österreichischen u.a. Erfahrungen für

die Bedeutung von quartiersbezogener Parteilarbeit und bescheinigt der europäischen Sozialdemokratie eine wiedergewonnene Einsicht in die „Notwendigkeit von Balancen“ in ihren politischen Vorstellungen.

Wohl kaum ein sozialdemokratischer Programmbegriff hat schon so wechselhafte und gegensätzliche Zuschreibungen erfahren wie der der Reformen: von nicht weitgehend genug in den frühen Jahrzehnten der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung, über an diesen gerichtete gesellschaftspolitische Sehnsüchte in der sozial-liberalen Ära bis zu Skepsis und Verlust des progressiven Charakters des Begriffes in den letzten fast zwei Dekaden. Daher fragt *Horst Peter*: „Brauchen wir einen neuen Reformbegriff?“. Er bejaht dies und entwickelt anhand der Erfahrungen in der sozial-liberalen Ära, des Hamburger Programms und der politischen Erfahrungen in einzelnen Bundesländern ein Verständnis des Reformbegriffes, welches eine nachhaltige ökologische, aber ebenso sehr ökonomische wie soziale Entwicklung zum Kern hat.

Ernst Dieter Rossmann stellt in seinem Beitrag „Demokratischer Wandel und „kulturelle Hegemonie“ mit Rückgriff auf die Ideen Gramscis und der programmatischen und strategischen Erfahrungen der Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten die Notwendigkeit politischer Alternativen und die Verantwortung und Rolle der SPD als (potenziell) führende linke Partei heraus. Dabei sensibilisiert er zudem für den Verlust der Sozialdemokratie von Vorstellungen eines „sozialdemokratischen Lebens“. Da sich diese nicht mehr wie in der Vergangenheit qua sozialer Lage einstellen, müssten sie nunmehr aktiv formuliert werden.

Den anzustrebenden Eckpunkten eines Wahlprogramms der SPD zur Bundestagswahl 2013 widmet sich *Hilde Mattheis* in ihrem Beitrag „Die SPD muss mutig links sein!“. Dabei stellt sie ein grundsätzliches Umdenken

in der Bewältigung der Eurokrise, eine glaubhafte Vertretung von sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe, eine lebensstandardsichernde Rente, die soziale Dimension der Energiewende und Demokratie und Mitbestimmung als zentrale politische Felder heraus und sieht die Macht- und Realisierungsperspektive dieser Projekte jenseits einer großen Koalition.

„Schluss mit den Scheinlösungen!“ fordert angesichts der nach wie vor ungelösten Wirtschafts- und Finanzkrise *Björn Hacker* und stellt dabei die These auf, dass es ohne einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel kein Ende der Eurokrise geben wird. Die Sozialdemokratie trage unverändert zu sehr zum Erhalt und Verfestigung wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf der Basis neoklassischer Wirtschaftsphilosophie bei, wie sich nicht zu letzt bei der Zustimmung zum Fiskalpakt gezeigt habe. Es genüge nicht, lediglich Fragesteller zu sein, sondern die gegenwärtige Aufgabe der Sozialdemokratie müsse der Bruch mit dem hergebrachten Paradigma sein und das Aufzeigen und Durchhalten einer alternativen Narration und Programmatik.

Eine sozialdemokratische Partei, die jetzt die Produktion und die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und Reichtums, von Macht und Einfluss nicht thematisiert, würde ihre Existenzberechtigung in Frage stellen. Im Jahr 2013 wird sich daher auch zeigen, ob die SPD in ihrem 150. Jahr des Bestehens die Lektion ihrer historischen Wahlniederlage von 2009 verstanden und die richtigen Konsequenzen daraus gezogen hat: mehr Eigenständigkeit, mehr Mut, mehr Kontroverse. ■

☞ Ralf Höschele lebt und arbeitet in Berlin

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

Transformation, Hegemonie und Diskurs

Aktuelle Denkmuster über Krise, Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft

von Benjamin Mikfeld

Einer aktuellen Analyse von Wolfgang Streeck zufolge haben die verschiedenen (nicht unbedingt erfolgreichen) wirtschaftspolitischen Versuche der letzten Jahrzehnte, die „Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie“ zu bewältigen, nicht nur in die globale Finanzkrise geführt, sondern darüber hinaus die politische Konfliktlage gegenüber früheren Zeiten für Bürgerinnen und Bürger schwerer durchschaubar gemacht: „Seither ... sind die Schlachtfelder, auf denen die Widersprüche des demokratischen Kapitalismus ausgefochten werden, immer komplexer geworden, was es für jemanden, der nicht zu den politischen und finanziellen Eliten gehört, ungemein schwer macht, die zugrundeliegenden Interessen zu erkennen und seine eigenen zu formulieren.“¹

Sofern man diese Analyse teilt, stellen sich für die politische Linke zwei Fragen. Zum einen: ist jenseits der Anpassungsreformen der letzten Jahrzehnte ein wirtschafts- und gesellschaftlicher Pfadwechsel möglich, der dieses Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie (und zugleich zwischen Wachstum und seinen ökologischen Grenzen) zumindest wieder abmildert? Und wenn ja, mit welchen Reformprojekten und mit welchen Akteuren? Zum anderen setzt ein solcher Pfadwechsel auch einen begleitenden Diskurswechsel voraus, da eine stabile gesellschaftliche Mehrheit von seiner Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit überzeugt sein muss. Politische Diskurse im hier verstandenen Sinn sind immer auch politische Machtressourcen. Sie formulieren ein „zentrales Versprechen“ (v.a. in Bezug auf Freiheit, Wohlstand und/ oder Gerechtigkeit) und ordnen einzelne politische Aussagen und Forderungen

so an, dass sie diesem zentralen Versprechen entsprechen oder ihm entgegengerichtet sind. Sie reduzieren Komplexität und strukturieren damit auch gesellschaftliche Konfliktlinien.²

Schaut man sich hingegen die politische Debattenlage rund ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl an, dann stehen den wohl unvermeidlichen (aber leider recht inhaltsleeren) Diskussionen über Kandidaten- und Koalitionsfragen in der parteipolitischen Linken durchaus anspruchsvolle inhaltliche Diskussionen über einen Pfadwechsel³ oder eine „große Transformation“⁴ gegenüber. Letztere entwickeln eine komplexe mehrdimensionale Krisensicht und thematisieren zu Recht die Zusammenhänge von Finanzkapitalismus, sozialer Spaltung, Demokratiedefizit und ökologischer Krise. Sie laufen damit aber Gefahr, das von Streeck benannte Komplexitätsproblem (Vor allem: Wer ist Schuld an der Krise/ den Krisen und wie kommen wir da wieder raus?) nicht aufzulösen. Bestehende Pfade, wie der Finanzkapitalismus, die fossile Energienutzung oder auch die Exportabhängigkeit der deutschen Industrie sind auf verschiedenen Ebenen – Interessenstrukturen, Institutionen, Traditionen, aber eben auch durch bestimmte „Weltsichten“ – verriegelt. Ein Pfadwechsel muss daher immer sowohl die „materielle“ als auch politisch-kulturelle bzw. hegemoniale Verriegelung aufknacken, erforderlich sind gesellschaftliche Allianzen, andere Institutionen aber auch ein anderer mehrheitsfähiger Diskurs.

1 Wolfgang Streeck (2011): Die Krisen des demokratischen Kapitalismus, in: Lettre International, Winter 2011, 5.

2 Der vorliegende Text basiert auf: Denkwerk Demokratie (2012): Alte und neue Wege aus der Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft, Werkbericht Nr. 1
3 vgl. Schwerpunktheft „Perspektiven und Bedingungen eines gesellschaftspolitischen Pfadwechsels“ der WSI-Mitteilungen, Heft 12/2011
4 vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin; Rolf Reißig (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden

Um einen solchen Pfadwechsel zu begründen, erklingt zunehmend die Forderung nach einem neuen „Narrativ“. Auch in den Parteien vernimmt man wieder die Forderung nach einer „neuen Erzählung“ – auch als Reaktion auf eine längere Phase, die durch eher technokratische Politikbegründungen, Krisenmanagement und vermeintliche „Sachzwänge“ geprägt war. Allerdings entsteht eine erfolgreiche politische Erzählung nicht aus dem Nichts. Bloße Plastikwörter aus der Retorte lösen nichts in den Köpfen aus, sie eröffnen keine neuen Einsichten. Eine politische Erzählung muss auf in der Gesellschaft bereits vorhandenen Diskursen aufbauen und Elemente daraus zu einer neuen „Diskursallianz“ verknüpfen. Doch an welche Diskurse kann man gegenwärtig anknüpfen? Hat die globale Finanzkrise nun zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt? Oder sind wir bereits wieder auf einem Kurs des „Weiter so“?

Landkarte der Diskurse über die Krise, die Ökonomie und ihre zentralen Versprechen

Betreibt man Mustererkennung in Bezug auf die politisch-publizistische Debatte in Deutschland, so können sieben Diskurse identifiziert werden, die inhaltlich zwar in sich nicht homogen sind, aber hinsichtlich ihrer Krisensicht, ihrer Wertvorstellungen und ihrer zentralen Versprechen ein jeweils gemeinsames Muster aufweisen.

1. Marktfreiheit und schlanker Staat: Dieser Diskurs legitimiert wirtschaftsliberale „Reformen“ und sieht in staatlicher Regulierung die Wurzel allen Übels. Sein zentrales Versprechen lautet: „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen.“ Mit diesem Versprechen sind die bekannten wirtschaftsliberalen Forderungen nach Privatisierung und Liberalisierung verknüpft. Da der Markt als die natürliche Ordnung angesehen wird, wird Marktversagen als Krisenursache faktisch ausblendet. Problematisiert wird zum einen die blockierte

Wachstumsdynamik durch (Sozial-) Staat und Fortschrittspessimismus, zum anderen das Staatsversagen und die Staatverschuldung (das „Über die Verhältnisse“-Leben). In narrativer und normativer Hinsicht ist dieser Diskurs eng verbunden mit der Idee der Marktfreiheit und des Besitzindividualismus, aber auch mit dem (monetaristisch beeinflussten) deutschen Stabilitätsmythos.

2. Made in Germany: Dieser Diskurs stellt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die ihr zugrunde liegende Innovationskraft und die daran hängenden Arbeitsplätze ins Zentrum. Sein zentrales Versprechen: „Geht es der deutschen Wirtschaft (Industrie) gut, geht es der Gesellschaft gut.“ Die Globalisierung „an sich“ wird positiv bewertet. Als Krisenursachen werden aber die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft, unfaire Wettbewerbspraktiken, Ressourcenverknappung sowie überzogene Wachstumskritik und Technikfeindlichkeit benannt. Zwar spielt dieser Diskurs sowohl in den Volksparteien, den Wirtschaftsverbänden als auch den Industriegewerkschaften eine wichtige Rolle, doch es verläuft eine innere Konfliktlinie u.a. entlang der Frage, ob Arbeit eher als Kostenfaktor bewertet wird oder eher als Innovationsfaktor. Narrativ und normativ ist dieser Diskurs eng mit Ingenieurskunst, deutscher Qualitätsarbeit und dem Stolz auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes („Exportweltmeisterschaft“) verknüpft.

3. Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung: Dieser Diskurs steht in besonderer Weise in der Tradition bürgerlich-konservativen Denkens. Ordoliberal und sozialetisch beeinflusst, wird marktwirtschaftliche Freiheit mit „bürgerlichem“ Verantwortungsethos verbunden. Sein zentrales Versprechen heißt: „Wir müssen Regeln finden und vor allem Werte stär-

ken, die unsere Marktwirtschaft wieder auf gesellschaftliche Verantwortung verpflichten“. Die Krisensicht basiert insofern auf der Einschätzung, der gegenwärtige Kapitalismus sei „aus den Fugen geraten“. Eine Soziale Marktwirtschaft wird als der bewährte Pfad angesehen, allerdings gäbe es gegenwärtig „Auswüchse“. Gefordert wird ein „Ordnungsrahmen“ für die Marktwirtschaft, der aber oft im Ungefähren bleibt. Narrativ und normativ versucht dieser Diskurs (die konservative Variante) der Geschichte der sozialen Marktwirtschaft weiterzuerzählen und ist mit klassischen Topoi wie Freiheit und Verantwortung, Maß und Mitte und dem „ehrlichen Kaufmann“ verknüpft.

4. **Grünes Wachstum:** Dieser vergleichsweise junge Diskurs rückt die ökologische Problematik ins Zentrum und sieht in ihrer Bewältigung eine Innovationsaufgabe. Seine Krisensicht bezieht auch den Finanzkapitalismus als Hindernis für Grünes Wachstum mit ein, zielt aber vor allem darauf ab, dass Strukturen und Fehlanreize überwunden werden müssen, die unsere Volkswirtschaften auf einem falschen (fossilen und ressourcenintensiven) Wachstumspfad belassen. Sein zentrales Versprechen: „Grünes Wachstum ermöglicht eine ´doppelte Dividende´ und damit die Versöhnung der sozialen und der ökologischen Frage.“ Dieser Diskurs basiert auf einem (selektiven) technologischen Optimismus und weniger auf politischen Wertvorstellungen. Narrativ knüpft er – u.a. mit dem Bild der „Dritten industriellen Revolution“ an Vorstellungen an, nach denen neue Basistechnologien und Energietechniken auch zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen führen.
5. **Soziale Regulierung und gerechte Verteilung:** Dieser Diskurs steht in der Tradition verschiedener Strömungen der Kapitalismuskritik und der ArbeiterInnenbewe-

gung. Seine Kritik und Krisensicht richtet sich in erster Linie gegen die neoliberale Politik und wirtschaftliche Praxis seit den 70er Jahren. Die wesentlichen Probleme sieht er darin, dass der entfesselte Finanzkapitalismus zur sozialen Spaltung und Aushöhlung der Demokratie geführt habe und so auch Wachstum und „Gute Arbeit“ blockiere. Dementsprechend lautet sein zentrales Versprechen: „Wohlstand für alle ist möglich. Aber dafür brauchen wir das Primat demokratischer Politik über die Märkte, einen starken Staat und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen“. Sein zentraler Wert ist soziale Gerechtigkeit, vor allem im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit. Narrativ nimmt dieser Diskurs unter anderem Bezug auf das „goldene (wohlfahrtsstaatliche) Zeitalter“ der Nachkriegsjahrzehnte, aber auch auf die Tradition und Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

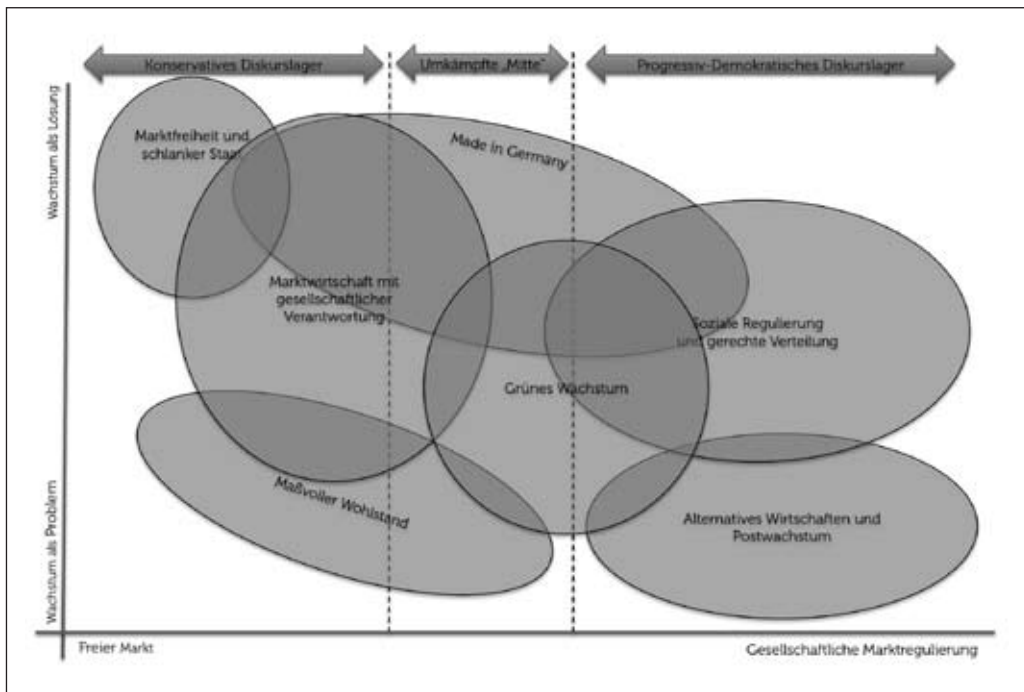
6. **Maßvoller Wohlstand:** Dieser Diskurs steht für einen konservativen Postmaterialismus. Er geht von den ökologischen Grenzen des Wachstums aus, zielt aber darauf ab, bestehende Machtverhältnisse und soziale Unterschiede innerhalb dieser Grenzen zu konservieren. Er sieht die ganze Gesellschaft in einer Krise, alles sei „maßlos“ geworden. Sein zentrales Versprechen: „Mehr Lebensglück ist möglich, wenn wir unsere Maßstäbe verändern und mit dem Wachstumswahn brechen“. Entwickelt werden Wertvorstellungen von „Lebensglück“, an denen sich die Gesellschaft orientieren solle.
7. **Alternatives Wirtschaften und Postwachstum:** Dieser – kapitalismuskritische und z.T. linksalternative – Diskurs geht stärker als alle anderen bislang skizzierten Diskurse von einer Vierfach- oder auch „Metakrise“ aus, die Ökonomie, Ökologie, Gesellschaft und Demokratie umfasse. Deren Ursache wird im gegenwärtigen

kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell gesehen. Kritisiert werden globale Ungerechtigkeit, Wachstumszwänge, Konsumismus und Fremdbestimmung. Sein zentrales Versprechen lautet: „Ein gutes Leben für alle Menschen auf der Welt ist nur möglich, wenn wir das gegenwärtige Wirtschafts- und Konsummodell überwinden.“ Die politischen Antworten in diesem sehr breit gefächerten Spektrum sind allerdings keineswegs einheitlich. Dieser Diskurs hat wohl das anspruchsvollste Gerechtigkeitskonzept, auch weil er stärker als andere die globale Dimension und auch die Geschlechterfrage in den Blick nimmt. Er knüpft narrativ u.a. an den Erfolge von internationalen und nationalen sozialen Bewegungen an.

Diese Diskurse grenzen sich nicht trennscharf voneinander ab, sondern sie überschneiden sich. Sie sind nicht starr, sondern immer in Bewegung. Jedem dieser Diskurse lassen

sich wiederum Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zuordnen. Gleiches gilt für Institutionen, Strukturen und Praktiken, die diese Diskurse stützen. Sie lassen sich in einem zweidimensionalen politischen Raum darstellen, der von zwei Achsen aufgespannt wird. In der ersten Dimension wird danach differenziert, ob diese Diskurse sich eher am Prinzip liberaler Marktfreiheit orientieren oder eher an Vorstellungen einer sozial regulierten Wirtschaft. Die zweite Dimension unterscheidet nach der „Wachstumsfreundlichkeit“ dieser Diskurse – wird zukünftiges Wachstum eher als Beitrag zur ökonomischen Problemlösung gesehen oder ist Wachstum an sich eher Teil des Problems?

Unterscheidet man nach politisch eher konservativen Diskursen oder politisch linken (oder hier „progressiv-demokratisch“ genannten) Diskursen, bietet sich die horizontale Achse immer noch als der wesentliche Maßstab der Differenzierung an, da die klassischen politischen Lager



am ehesten durch ihre jeweiligen Wertvorstellungen von Gerechtigkeit und Gleichheit zu unterscheiden sind.

Zu identifizieren ist einerseits ein konservatives Diskurslager, das dadurch definiert wird, dass die in diesem Bereich zu verortenden Diskurse im Großen und Ganzen auf eine Rechtfertigung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells abzielen und die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse strukturell nicht in Frage stellen.

Ihm gegenüber steht ein progressiv-demokratisches (oder linkes) Diskurslager. Die in diesem Bereich zu identifizierenden Diskurse sehen in den bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnissen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – ein Hemmnis ihres jeweiligen zentralen Versprechens.

Zwischen diesen Lagern steht eine „umkämpfte Mitte“, in der sich fünf der sieben aufgeführten Diskurse überschneiden. Gerade hier ringen konservative und progressive Sichtweisen miteinander – auch im Alltagsbewusstsein der Bürger/innen. Eines fällt dabei in besonderer Weise auf: Der Diskurs „Grünes Wachstum“ steht in dieser Übersicht im Zentrum. Er hat zudem von allen Diskursen die meisten Schnittstellen mit anderen Diskursen. Vieles spricht dafür, dass dieser Diskurs „Grünes Wachstum“ derzeit in hohem Maße umkämpft ist und dass jede zukünftige wirtschaftspolitische Diskursführerschaft darauf angewiesen ist, Elemente dieses Diskurses für sich zu gewinnen.

Alltagsverstand und gesellschaftliches Meinungsbild

Mit der bloßen Darstellung dieser Diskurse ist natürlich noch nichts über ihre politische Relevanz und gesellschaftliche Verankerung gesagt. Zum einen werden sie von den Einzelnen je nach ihrer sozialen Lage, Habitus etc. unterschiedlich verarbeitet, akzeptiert oder abgelehnt. Zum anderen übertragen sich politische

Elitendiskurse auch nicht bruchlos in das Denken der Bürgerinnen und Bürger. Das Ringen um Hegemonie vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen oder „Stockwerken“. Auf der ersten Ebene befinden sich eher wissenschaftlich oder philosophisch begründete Konzepte. Doch Hegemonie entsteht nicht allein durch rationale Argumente oder die Schlüssigkeit von Theorien. „Die Kohärenz einer Ideologie hängt davon ab, wie weit sie philosophisch ausgearbeitet ist. Aber diese formale Kohärenz kann nicht ihre historische, organische Effektivität garantieren. Nur dort, wo philosophische Strömungen in das Massenbewusstsein einfließen, es modifizieren und transformieren, ist eine Ideologie effektiv, wird sie zum Alltagsbewusstsein.“⁵ Auf der zweiten Ebene – dem eigentlichen Ort der Entstehung von Hegemonie – befindet sich das Alltagsbewusstsein, das Denken der breiten Bevölkerung. Wie schon Gramsci bemerkte, kann dieses „Vorteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Institutionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinigten Menschengeschlecht zu eigen sein wird“ vereinen.⁶

Die gilt nicht zuletzt für die Deutung der gegenwärtigen Krise im Alltagsbewusstsein. Hieß es noch 2008 „Wir zahlen nicht für eure Krise“ (gemeint waren die Banken), sangen die deutschen Fußballfans beim EM-Viertelfinale gegen Griechenland im Juni 2012 hämisch in Richtung der Griechen: „Eure Tickets haben wir bezahlt“. Neben die Konfliktlinie einer gesellschaftlichen Mehrheit gegen die Verursacher und Profiteure der Finanzkrise ist eine zweite getreten, die Konfliktlinie zwischen den europäischen Staaten. Nicht unerhebliche Teile der Gesellschaft würden eher „linken“ Forderungen wie einer umfassenden Regulierung der Finanzmärkte ebenso zustimmen, wie konservativen Forderungen, Euro-Staaten, die „über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, nicht mehr zu helfen. Dass der gegen-

5 Stuart Hall (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihr Bedeutung für die Erforschung von „Rasse“ und Ethnizität, in: ders.: *Ausgewählte Schriften: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus*, S. 80

6 Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, S. 1376

wärtige Kapitalismus in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht nicht zukunftsfähig ist, wird selbst in bürgerlich-konservativen Milieus reflektiert. Aber diese grundsätzliche Einsicht ist immer auch überlagert von kurzfristigen und eigenen Interessen, sowie der großen Skepsis, ob ein wie auch immer gearteter Pfadwechsel politisch möglich ist und ob er wirklich zum Besseren führt.

Diskursallianzen von rechts und links

Daher liegt auch die Vermutung nahe – und Ergebnisse der aktuellen Meinungsforschung bestätigen dies – dass keiner der hier skizzierten Diskurse für sich derzeit hegemoniefähig ist und eine potenziell neue wirtschafts- und gesellschaftspolitische Hegemonie (die keine Zwangsläufigkeit ist) eine Neu-Konfiguration dieser Diskurse sein wird und somit wiederum eine andere Diskurslandschaft zur Folge haben wird.

Politische Strategiefähigkeit, die nicht nur auf das eigene Organisationsinteresse oder den Wahlerfolg abzielt, sondern auf politisch-kulturelle Hegemonie, muss eine Fähigkeit sein, an Diskurs-Allianzen zu arbeiten. Sowohl ein „Diskurs-Surfing“, bei dem je nach Themenlage ein anderer Diskurs bedient wird, als auch ein „Diskurs-Einkapseln“ (d.h. das Schließen der eigenen Reihen auf Basis der jeweiligen eigenen Weltsicht) mögen taktisch nachvollziehbar sein. Strategisch ist diese Vorgehensweise nicht. Die Arbeit an Diskursallianzen ist also als ein politisch-kommunikativer Prozess zu sehen, der darauf abzielt, in den Köpfen bislang Getrenntes neu zu verknüpfen. Diskursallianzen addieren nicht konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen. Neue Diskurse entstehen zum Beispiel, indem aus Einzelinteressen Gemeinschaftsinteressen werden und umgekehrt vermeintliche Gemeinschaftsinteressen offengelegt werden als die Einzelinteressen Weniger. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung

und Kohärenz aufweisen, kann man sie als einen neuen eigenständigen Diskurs definieren. Ein Beispiel für einen solchen Prozess ist der neu entstandene Diskurs „Grünes Wachstum“, der Elemente der älteren Diskurse „Made in Germany“ und über die „Grenzen des Wachstums“ verknüpft hat.

Im konservativen Lager zeichnen sich derzeit zwei Muster ab:

- **„Stabilitätspatriotismus“:** Diese konservative Strategie zielt darauf ab, Elemente der Diskurse „Marktfreiheit und schlanker Staat“ und „Made in Germany“ zu verbinden. Die starke Exportposition der deutschen Volkswirtschaft wird diskursiv verknüpft mit dem Gedanken des „soliden Haushaltens“. Formuliert wird nach innen ein Sicherheits- und Stabilitätsversprechen, das erstens anknüpft an der tiefsitzenden Inflationsangst der deutschen Bevölkerung bzw. an der vermeintlich erfolgreichen Stabilitätsorientierung der Deutschen Bundesbank und der harten Deutschen Mark und zweitens an der erfolgreichen Krisenbewältigung der deutschen Volkswirtschaft. Das diskursive Außen wiederum sind jene europäischen Volkswirtschaften, die ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht hätten und von denen nun nach deutschem Vorbild eine konsequente Sparpolitik und „wachstumsorientierte Strukturformen“ verlangt werden.
- **„Moralischer Kapitalismus“:** Das zweite konservative Bemühen um eine Diskursallianz zielt ab auf eine Verbindung der Diskurse „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“ und „Grünes Wachstum“, teilweise auch „Maßvoller Wohlstand“ und „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“. Dieser Ansatz geht durchaus auch von einer mehrdimensionalen Krise aus, sieht jedoch keine „systemischen“ Ursachen, sondern

belässt es bei der Forderung nach Einzelreformen, die oftmals (wie eine Besteuerung von Finanztransaktionen) auch eher taktisches Zugeständnis sind. Meist geht es jedoch um moralische Appelle und freiwillige Lösungen. Die Devise lautet: So viel Unverbindlichkeit und Verantwortungsrhetorik wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.

Im linken Lager besteht zwar Einigkeit über viele Einzelforderungen wie einem Mindestlohn oder einer Finanztransaktionssteuer. Aber zugleich orientieren sich die Deutungsmuster vieler Akteure an vier der oben dargestellten Diskurse, die jeweils um die zentralen Versprechen einer starken Industrie, sozialen Regulierung, grünem Wachstum und Postwachstum kreisen.

Eine denkbare Diskursallianz links der Mitte könnte (vorläufig) als „demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft“ beschrieben werden, verbunden mit dem zentralen Versprechen, dass eine solche Gesellschaft auf demokratischen Wege – bei allen beschriebenen Schwierigkeiten eines Pfadwechsels – möglich ist.⁷ Sie bildet somit ein klares Gegenprogramm zu einem „Kapitalismus der Verantwortungslosigkeit“, der wiederum als „diskursiven Außen“ zu verstehen ist. Eine solche Diskursallianz müsste mit politischen Leitbildern und Projekten verbunden werden, die über Organisationsgrenzen, mediale Themenzyklen und die Dauer von Legislaturperioden hinweg wieder zum festen Kern linker Zukunftsgestaltung gehören und die in gewisser Weise quer zu den genannten Diskursen liegen uns insofern zumindest das Potenzial haben, neue gesellschaftliche und diskursive Allianzen zu festigen.

Erstens eine ökonomische Innovations- und Modernisierungsstrategie, die sich durchaus an langfristigen und ambitionierten Nachhal-

tigkeits-Zielen orientiert, aber nicht über ein „ökologisches Jenseits“ schwadroniert, sondern ihren realpolitischen Ausgangspunkt im deutschen Export- und Produktionsmodell mit all seinen Interessen, Strukturen und Kulturen nimmt. Ein zukunftsgerechter Wachstumspfad setzt wiederum, das muss immer wieder verdeutlicht werden, einen anderen, sozial regulierten Kapitalismustyp und eine gerechtere Einkommensverteilung voraus.

Zweitens die Rückbesinnung auf die Bedeutung des Öffentlichen (Güter, Dienste, Medien, soziale Sicherung etc.) für eine moderne, gerechte und nachhaltige Gesellschaft. Die Forderung nach einem besser finanzierten und qualitativ hochwertigen öffentlichen (kommunalen) Sektor taucht in den Diskussionen über die Grundlagen einer innovativen Ökonomie ebenso auf wie in keynesianischen Wirtschaftsdebatten, in wachstumskritischen Beiträgen oder auch Demokratie-Diskursen. Aber ein offensives Projekt und eine breite Allianz für ein Comeback des „Öffentlichen“ gibt es derzeit nicht.

Drittens sollte eine mit Mindeststandards, Anerkennung und sozialen Rechten verbundene Erwerbsarbeit wieder als wesentliche Basis unserer Gesellschaft und als ihr „Kitt“ im Sinne einer Einheit der Vielfalt betrachtet werden. Erforderlich ist ein neues normatives Leitbildes von Erwerbsarbeit, das plurale Lebenslagen und Ansprüche sowie arbeits- und sozialpolitische Zielsetzungen miteinander verknüpft.

Viertens kann ein neuer Pfad wohl nur dann beschritten werden, wenn er als politisch-kultureller Transformationsprozess und als Prozess der schrittweisen Überwindung des nationalen Denkens verstanden wird. Dies ist nur denkbar, wenn er zugleich mit einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft aber auch der Institutionen der EU einhergeht. ■

7 Weitere Ausführungen dazu siehe Fußnote 3

☞ Benjamin Mikfeld ist Mitherausgeber der spw und Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie.

Die Sozialdemokratie im Jahr 2012: Zurück zu den Wurzeln?¹

von Matthias Micus



Foto: www.fotolia.com, © f3bri

„Sozialistische Reformdiskurse“, so war die diesjährige spw-Frühjahrstagung überschrieben, die Ende April in Springe bei Hannover stattfand. Beinahe exemplarisch scheint in der Titelgebung dieser Tagung die notorische Verspätung wissenschaftlicher Diskurse aufzuleuchten – jedenfalls mit Blick auf Deutschland und bezogen auf die SPD. Denn nachdem der designierte sozialdemokratische Parteivorsitzende, Sigmar Gabriel, in seiner Kandidatenrede beim Dresdener Parteitag im Jahr 2009 noch eine Generalrevision des politischen Kurses seiner Partei angekündigt hatte und die deutschen Sozialdemokraten in aller Ruhe, ohne enges zeitliches Korsett über die zukünftigen Leitlinien hatte beratschlagen lassen wollen, berauschte er sich und seine Partei zwei Jahre später, im Dezember 2011 in Berlin, schon wieder an den altbekannten Losungen der Regierungsjahre. Nun galt es wieder „Maß und Mitte“ zu halten, „Geschlossenheit“ an den Tag zu legen

und ganz deutlich die Bereitschaft zur Übernahme von „Verantwortung“ zu zeigen. Und während 2009 noch vielstimmige Bekenntnisse zum Nachdenkbedarf der Sozialdemokraten abgelegt worden waren, zu ihrer Ratlosigkeit und der Notwendigkeit einer differenzierten Antwortsuche, postulierte der Parteichef zwei Jahre später – aber eben auch ein knappes halbes Jahr vor der letzten Frühjahrstagung der spw – den Abschluss der programmatischen Neuorientierung. Indes: Was sich in der Zwischenzeit substanziell verändert hatte, blieb im Dunkeln. Gabriels Vorschlag, im Jahresrhythmus abwechselnd einen Wahlparteitag und einen Diskussionsparteitag abzuhalten, war sang-, klang- und folgenlos in den Schubladen verschwunden.

Richtig überraschend ist diese Entwicklung gleichwohl nicht. Vielmehr war es bloß ein weiteres Mal genauso gekommen, wie es auch in der Vergangenheit verlässlich zu sein gepflegt hatte. Kurze Konjunkturzyklen, erratische Pendelausschläge, ein unvermitteltes Aufflackern, gefolgt von einem raschen Verrauchen – das sind durchaus charakteristische Merkmale von

¹ Dieser Beitrag basiert auf einem Forschungsprojekt der „Friedrich-Ebert-Stiftung“, das von dem Autor in Zusammenarbeit mit Felix Butzlaff unter dem Titel „Neue Antworten in veränderter Zeit. Formulierung von Zukunftsbildern einer besseren Gesellschaft“ durchgeführt wurde.

Parteireformdebatten. Stets erheben sich die Stimmen der Erneuerung in Phasen eines schmerzhaft empfundenen Niedergangs, nur um mit den ersten Anzeichen für eine Trendumkehr alsbald wieder zu verstummen.

Und noch etwas anderes kennzeichnet die Parteireformen der letzten 30 Jahre, und auch hierzu steht die spw-Frühjahrstagung mit ihrem programmatischen Untertitel „gerecht, emanzipatorisch und demokratisch“ seltsam schief. Die Erneuerungsversuche setzen vorzugsweise an der Organisation an, die Lösung der Probleme wird insbesondere in einer Modifikation der innerparteilichen Strukturen, Arbeitsweisen und Entscheidungsprozeduren gesucht. Und so ging es im Nachklang der Bundestagswahl 2009 wiederum insbesondere um eine Stärkung der kommunalen Gliederungen, um die Öffnung der Organisation für Sympathisanten und Interessierte sowie eine umfassendere Beteiligung der Mitglieder, in Sachfragen ebenso wie auch bei der Personalauswahl.

Sinn und Fußangeln von Organisationsreformen

Freilich: Zwei elementare Einwände lassen sich gegen dieses Verdikt erheben. Zum einen sind zeitgemäße Organisationsformen keineswegs unwichtig. Auch wenn man dem Bundesgeschäftsführer der deutschen SPD in den frühen 90er Jahren, Karlheinz Blessing, zustimmt, dass die Parteiorganisation kein „Selbstzweck“ sein darf, so postulierte doch auch dieser eine wechselseitige Bedingtheit von politischem Ziel und Organisation, wobei er letzterer die wichtige Rolle des zentralen „Instrumentes“ zur Veränderung der Gesellschaft zuschrieb.² Und insofern sich Blessing zufolge das politische Ziel einer Partei in ihrer Organisation spiegeln muss, bieten die jüngst diskutierten und teilweise verabschiedeten organisatorischen Reformmaßnahmen – in

der SPD ebenso wie in mehreren europäischen Schwesterparteien – durchaus Anknüpfungspunkte. Sozialdemokratien sind (bzw. waren) ja historisch die Interessenvertretungen und Repräsentationen derjenigen, die sich alleine nicht helfen können, die ihre individuelle Machtlosigkeit durch die Macht des Kollektivs ausgleichen müssen und sich darum im Gefüge der sozialdemokratischen Organisation engagieren. Sie wurden gegründet als Vertretungsagenturen von Arbeitern, deren wirtschaftliche Unselbständigkeit in der Industriegesellschaft von Unternehmern ausgenutzt wurde, deren Einzelstimme in den abgestuften Wahlrechten der konstitutionellen Monarchien wenig zählte und deren Aufstiegswege in der Klassengesellschaft des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts blockiert waren. Und als solche sind sozialdemokratische Parteien mithin traditionell Mitglieder- und Kümmererparteien.

Wenn in der Sozialdemokratie – abermals nicht nur in Deutschland, sondern in weiten Teilen Europas – nun von der Notwendigkeit gesprochen wird, die lokalen Parteigliederungen zu stärken, auf die Menschen wieder spürbarer zuzugehen, vor Ort besser sichtbar und in der Öffentlichkeit präsenter zu sein, dann schwingt in der Revitalisierung der Graswurzelarbeit eine Wiederbelebung der oben genannten Kümmererstrategie mit. Und wenn darüber hinaus über neue Konzepte zur Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung sinniert wird, wenn die Beteiligungsmöglichkeiten von Mitgliedern wie SympathisantInnen erweitert und Impulse zur Öffnung der Partei gesetzt werden sollen, so fügen sich auch diese Reformvorschläge in die Tradition der sozialdemokratischen Massenmitgliederpartei, zu der immer auch Aktivität, Partizipation, Engagement gehörten.

Jedoch ist der Ruf nach verstärkter Basispartizipation ganz grundsätzlich erheblich problematischer als von den Enthusiasten der Direktdemokratie vielfach angenommen wird. Zunächst kollidieren direktdemokratische Verfahren bei

2 Blessing, Karlheinz: SPD 2000 – Tradition und Modernisierung, in: Heilmann, H. (Hg.): Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000, Köln, 1993, S. 214-228.

der innerparteilichen Personalauswahl mit dem gestaffelten System aus Geschlechterquoten, regionalen Ausgleichsmechanismen und politischen Richtungsproporzen, die gerade für die Integrationskraft heterogener Volksparteien schwer verzichtbar sind. Sodann legt eine konsequent umgesetzte Beteiligung der Parteibasis an der Entscheidungsfindung die Handelnden fest, sie reibt sich insofern mit Erwartungen, die von der Parteiführung rasche Antworten sowie flexible Reaktionen auf unplanbare Entwicklungen oder unvorhersehbare Ereignisse verlangen. Es ist darüber hinaus evident, dass die direkte Demokratie den Mittelbau der Parteien zugunsten der Führungsspitze entmachtet, die nun über die Medien direkt den Kontakt mit den Mitgliedern aufnimmt. Die hauptamtlichen Funktionäre, die Arbeitsgemeinschaften und Parteiflügel aber sind jene letzten verbliebenen Bastionen des Eigensinns, welche – wenn auch ihrerseits zunehmend zaghaft, ängstlich und angepasst – dem Wunsch der Parteispitzen, durchzuregieren und eine „Politik aus einem Guss“ zu betreiben, Widerstand entgegensetzen können. Nichtsdestotrotz sind in basisdemokratischen Parteien keineswegs alle Mitglieder gleich, sind sie weder gleichwichtig noch gleichermaßen durchsetzungstark. Vielmehr begünstigen direktdemokratische Prozeduren die (innerparteilich) gut organisierten Interessen, die ihre Anhänger effektiv mobilisieren und bei wichtigen Entscheidungen zu einer einheitlichen Stimmabgabe bewegen können.

Auch ob die direkte Demokratie wirklich zu einem Mehr an Partizipation führt, ist unklar. Bei bloßen Vorwahlen zeigen sich oft enorm hohe Mobilisierungsquoten, im Jahr 2011 in Schleswig-Holstein bei der Abstimmung über den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl nicht anders als 1993 bei der Urwahl des Bundesparteivorsitzenden. Beteiligungsraten von über 50 Prozent zeugen vom Erfolg dieser Mitmach-Angebote, da durch konventionelle Versammlungsformen wie Ortsvereinssitzungen in der Regel allenfalls 10 Prozent der Mitglieder erreicht werden. Sobald allerdings die Beteiligung

aufwendiger und zeitintensiver wird, nimmt sie an Umfang drastisch ab. In Niedersachsen besuchten im März und April 2010 insgesamt nur 5 Prozent der Mitglieder die Regionalkonferenzen, an deren Ende – also nach oftmals weiten Anfahrtswegen und einer dreistündigen Veranstaltung – die Basis ihr Votum über den künftigen Landesvorsitzenden abgeben konnte. Bei ihren Zukunftswerkstätten hat die SPD ebenso große Probleme bei der Mobilisierung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, wie gleichfalls die scheinbar so zeitgemäßen und den modernen Beteiligungswünschen entsprechenden Themeninitiativen unter einem mangelnden Interesse leiden. Aufschlussreich ist diesbezüglich eine Diagnose von Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle der oberösterreichischen Sozialdemokratie. Die Möglichkeiten der Basismitbestimmung, so resümierten sie innerparteiliche Befragungen und eigene Erlebnisse des Parteilebens, würden eben deshalb nicht ausreichen, „weil sie von der ‚Basis‘ viel zu wenig in Anspruch genommen werden. Tatsächlich wäre viel erreicht, wenn die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten von den Mitgliedern und Funktionären ausgeschöpft würden.“³ Und in der deutschen SPD sind zwar viele Mitglieder weitgehend deaktiviert, fordern laut der letzten SPD-Mitgliederbefragung auch allgemein mehr Mitbestimmung. Doch sobald die Frage auf ihre persönliche Partizipation kommt, empfinden sie laut derselben Umfrage ihr eigenes geringes Engagement mehrheitlich als ausreichend – und sind insofern gar nicht ohne weiteres zu aktivieren.

Renaissance lokal verankerter Kümmererparteien

Zum anderen, so lautet der zweite Einspruch gegen das anfangs geäußerte Lamento, lassen sich bei den europäischen Schwesterparteien der SPD durchaus einige programmatische Motive oder inhaltliche Elemente einer neuen

³ Buchinger, Reinhard/ Stadler, Fritz: Thesenpapier zur Parteireform. Innerparteiliche Organisation – Innerparteiliche Demokratie, Linz, 1992, S. 5.

Erzählung identifizieren. Dies vor allem: Von Skandinavien über Großbritannien bis Frankreich wird in mehreren sozialdemokratischen Parteien gegenwärtig eine Debatte über die „Gute Gesellschaft“ geführt. In diesem Kontext geht es zuvörderst um den Sinn und Nutzen einer kommunitaristischen Stärkung lokaler Zusammenschlüsse und Gemeinschaften. Der Kommunitarismus – oder, wie es bei Labour heißt, der „social-ism“ im Unterschied zum historischen „socialism“ – besteht in einer Betonung von nachbarschaftlicher Gemeinschaft und zwischenmenschlicher Verantwortung. Gefordert wird eine dezentralisierende Stärkung der kommunalen Institutionen ebenso wie der Zivilgesellschaft. Der lokale Raum gilt den Kommunitaristen als der Ort, an dem die Prinzipien von Fairness und gemeinwohlorientierter Verantwortung, mithin das vielbeschworene „something for something“, Gestalt annehmen.

Für die sozialdemokratischen Parteien bedeutet der Kommunitarismus eine strategische Ausrichtung auf Graswurzelarbeit, auf Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und die Ermächtigung der Parteibasis, außerdem den Versuch, im Alltagsleben der Menschen eine stärkere Rolle zu spielen und sich Elemente des ursprünglichen Bewegungscharakters wiederanzueignen. In Abgrenzung zu den Konservativen dient die Betonung der lokalen Gemeinschaft dabei nicht der schlichten Entlastung der staatlichen Zentralbürokratie von Aufgaben und Kosten. Vielmehr wird die „relationale“ Macht der kommunalen Netzwerke als Gegengewicht gegen die Macht der Märkte und des großen Geldes gedacht.

Andererseits implizieren die kommunitaristischen Konzepte – die bei einem Teil der britischen Labour Party als „demokratischer Kollektivismus“ firmieren, bei den dänischen Sozialdemokraten „Wohlfahrtsgesellschaft“⁴ genannt werden und in Schweden im „Mitbür-

gerwert“ zum Ausdruck kommen – für den Einzelnen auch die Übernahme von Verantwortung und fixieren insofern den zivilgesellschaftlich engagierten, um das Gemeinwohl bedachten, hart arbeitenden Leistungsträger, der sich um die Gemeinschaft bemüht statt sich bloß auf sie zu verlassen. Der Kommunitarismus weist insofern weitreichende Überschneidungen mit den neuen Wertorientierungen der heutigen Sozialdemokratien auf, was seine Übernahme in das strategische Repertoire der Vertreter dieser Parteifamilie plausibel und schlüssig macht.

Der Kommunitarismus begründet darüber hinaus die neue sozialdemokratische Sympathie für konzertierte Aktionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Kommunitaristische Konzepte sind Harmoniekonzepte. Denn der Kommunitarismus predigt die (lokale) Gemeinschaft – statt polarisierter Klassen; die Symbiose von ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit – statt deren Gegenüberstellung; und die wechselseitig verbindende Verantwortungsübernahme – statt anonymisierender Individualität. In Frankreich bringt die Parti Socialiste (PS) diese partnerschaftliche, harmonische, Nähe stiftende Seite des Kommunitarismus auf die Begriffe „Sozialismus der Beziehungen“ (socialisme de la relation) sowie „gegenseitiges Kümmern“ (soin mutuel). Soins mutuels betont die Notwendigkeit, die zwischenmenschlichen Beziehungsnetze zu stärken und Verbesserungen nicht nur abstrakt in programmatischen Texten zu fordern, sondern konkret vor Ort mittels lokaler Initiativen durchzusetzen. Dadurch soll die Axt an die Wurzel der zeitgenössischen Übel gelegt werden, geht doch das Konzept gegenseitigen Kümmerns davon aus, dass die Vertrauenskrise der Politik im Allgemeinen und der sozialdemokratischen Parteien im Speziellen in einer Krise der sozialen Beziehungen und in der Angst gründet, zu geben, ohne im Gegenzug die Aussicht zu besitzen, dafür etwas zurückzubekommen.

Das Idealbild einer Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Bürgern bei der Lösung

⁴ Vgl. Sozialdemokraterne: Danmark herfra til år 2032. Prioriteringer på værftødsområdet. Frederiksberg 2012, S. 6.

sozioökonomischer Probleme ist nun überhaupt ein ganz bemerkenswerter Aspekt in den gegenwärtigen (wirtschafts-)politischen Reformkonzeptionen sozialdemokratischer Parteien. Zudem: Interessanterweise wird das Kooperationsmotiv aktuell ausgerechnet in der expliziten Konkurrenzdemokratie Großbritanniens semantisch zur „Partnerschaft“ veredelt. Gleichwohl zielt die britische Labour Party damit in just dieselbe Richtung wie etwa ihre dänische Schwesterpartei, nur dass die einen von „co-production“ und die anderen von „samproduktion“ sprechen. Beide Male soll sich die neue Wirtschaftsordnung durch Gemeinsamkeit statt Konflikt auszeichnen – ein Merkmal, das bisher zumeist nur mit den klassischerweise auf sozialpartnerschaftlichen Bündnissen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften aufbauenden und für gewöhnlich großkoalitionär regierten Konkordanzdemokratien in Verbindung gebracht wurde.

Insbesondere aber geht es den sozialdemokratischen Konzeptdenkern um die Förderung von Selbstorganisation.⁵ Im Zentrum stehen lokale wie kommunale Zusammenschlüsse und Gemeinschaften, die Menschen miteinander verbinden, sie aktivieren und ihre Gemeinsamkeiten erkennen lassen – und die grundlegenden Werte Reziprozität, Solidarität und Gegenseitigkeit mit Leben und Sinn füllen. Aus der Bevorzugung von Kommune und Gemeinschaft ergeben sich die kennzeichnenden Merkmale der „Guten Gesellschaft“. Und in der Aufforderung, sich auf lokaler Ebene zusammen zu schließen, selbst tätig zu werden, wurzelt der Antikapitalismus der „Post-Dritte-Weg“-Sozialdemokraten, der sich aus der Sorge speist, dass die Grundlagen gemeinschaftlichen Handelns durch die Vermarktlichung sämtlicher Lebensbereiche unterminiert würden. Die kommunitaristische Stoßrichtung begründet die Ablehnung zentralistischer Vereinheitlichung und abstrahierender Uni-

versalismen zugunsten lokaler Variationen, praktischer Kollektiverlebnisse und konkreter Organisationserfahrungen. Aus der Bezugnahme auf lokal grundierte Gemeinschaften wird auch die Pluralismuskritik in den programmatischen Entwürfen abgeleitet, da Solidarität und ein gegenseitiges, auch auf persönlichen Kontakten basierendes Vertrauen ein Übermaß an Fremdheit nicht ertragen würden.

Die „Gute Gesellschaft“ als Klammer für das soziale Unten und die neue Mitte

In engem Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsdenken stehen insofern paradoxerweise sowohl die inhaltlichen Innovationen als auch der Konservatismus der Ansätze sozialdemokratischer Neubegründung, es begründet die Überwindung des technokratischen Fortschrittsverständnisses des Dritten Weges einerseits, die Betonung von Nation und Familie sowie die Absicht, das Gute und Bewährte zu konservieren, andererseits. Eben dieser Traditionalismus könnte die Ideen für die neuen „Unterschichten“ attraktiv machen, für die Schlagworte wie Globalisierung, Bildung und Flexibilität eher eine Bedrohung denn eine Verheißung darstellen. Zumal die Bezüge auf einen ursprünglichen, frühindustriellen und von den Mitte-Rechts-Parteien vergessenen Konservatismus ein Bekenntnis zum Arbeitsethos des Facharbeitertums und zu einem breitgestreuten Volkseigentum einschließen – inklusive nostalgischer Erinnerungen an die Arbeiterklassensolidarität in der Frühzeit der Bewegung, als sich die sozialdemokratische Bewegung auf ein dichtes Organisationsnetz stützen konnte.⁶

Die Visionen von der „Guten Gesellschaft“ sind aber auch für die Mittelschichten und Besergerbildeten attraktiv, aus deren Reihen Forderungen nach stärkerer Basisbeteiligung und Bürgerpartizipation am lautesten erhoben werden. Die „Gute Gesellschaft“ soll sich nicht zu-

⁵ Vgl. exemplarisch Cruddas, Jon: The Good Society, 14.05.2012, online einsehbar unter: <http://www.social-europe.eu/2012/05/the-good-society/>, zuletzt eingesehen am: 18.06.2012.

⁶ Vgl. Glasman, Maurice: Labour as a radical tradition, in: Glasman, Maurice u.a. (Hrsg.): The Labour Tradition and the Politics of the Paradox, Oxford, 2011, S. 14-34.

letzt durch mehr Mitbestimmung auszeichnen, die assoziierten Bürger sind als effektive Gegenmacht gegen übermächtig scheinende Marktkräfte und Staatsbürokratien gedacht.⁷ Daraus ergibt sich ein ganz modernes Verständnis von Gerechtigkeit, die sich letztlich nicht in der Chancengleichheit oder einer gerechten Verteilung des Wohlstandes erschöpft. Vielmehr will sie die Bürger von ungewollter Fremdbestimmung befreien, ihnen die Kontrolle über das eigene Leben zurückgeben und Staatseingriffe auf solche Bereiche und Anlässe beschränken, für die die Regierenden von aktiv sich einmischenden Bürgern ermächtigt worden sind. Folglich ergibt sich daraus des Weiteren ein für Sozialdemokraten neuartiges Verständnis des Staates, der weder als paternalistische Großbürokratie verherrlicht noch pauschal als ineffizientes bürokratisches Monster verunglimpft, sondern dessen Bedeutung für bestimmte gesellschaftliche Herausforderungen hervorgehoben wird, für die vorausschauende Bearbeitung von Zukunftsfragen, für die aktive Korrektur aktueller und die vorbeugende Antizipation zukünftiger Fehlentwicklungen sowie die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsfindungsprozesse.

Zudem ist das Parteienbild der „Guten Gesellschaft“ in etwa dasjenige der in jüngster Vergangenheit europaweit vielversprechend erprobten Kümmererparteien – wodurch neben den organisatorischen auch die inhaltlichen Reformansätze Anknüpfungspunkte an die eigene sozialdemokratische Parteiengeschichte aufweisen. Solche Kümmererparteien befinden sich international im Aufwind. Nicht zufällig: Über die lokale Ebene kann Vertrauen hergestellt werden, hier begegnen die Parteien den Bürgern konkret, durch eine rege Ortsvereinsarbeit kann etwa Ressentiments und dem Eindruck der Abgehobenheit von Parteien entgegengewirkt werden. Wichtig sind, so könnte man wenig originell formulieren, drei Dinge:

Präsenz, Präsenz, und nochmals Präsenz. Die Partei muss im Alltagsleben, bei den konkreten Problemen der Bürger wahrnehmbar und erfahrbar sein. Das kann mittelbar geschehen, über zunächst unpolitisch erscheinende Aktivitäten und Tätigkeitsfelder – wie in Schweden mit den Volkshäusern, die vielerorts als Kulturclubs, Jugendhäuser und Freizeittätten fungieren. Oder die parteipolitische Sichtbarkeit kann direkt, etwa durch die systematischen Hausbesuche der norwegischen Arbeiterpartei in mehreren Modellkommunen, hergestellt werden. Im Wiener Gemeindebau wiederum zeitigte eine ganz klassische Strategie intensiver Parteipräsenz in Person von Mediatoren, Ordnungshütern, Vertrauenspersonen anstelle der zuvor als kostensparende technische Innovation gefeierten anonymen Call-Center, zeitigte mithin die Reaktivierung des leiblichen sozialdemokratischen Hausbesorgers als Ansprechpartner bei Problemen im Gemeindebau sichtbare Erfolge. Auf diese Weise erzielte die Sozialdemokratische Partei Österreichs bei der letzten Wiener Landtagswahl ihr bestes Ergebnis in den kommunalen Wohnanlagen, sie erreichte hier eine klare absolute Mehrheit und distanzierte hier die rechtspopulistische FPÖ diesmal deutlich.

Schließlich zeigen die Debatten über die „Gute Gesellschaft“, dass die Sozialdemokraten zuletzt wieder ein größeres Verständnis für die Notwendigkeit von Balancen entwickelt haben: zwischen Pragmatismus und Visionen, Traditionalität und Moderne, Sicherheit und Öffnung. Die Betonung selbstorganisierten Handelns, die Besetzung von Werten wie Familie und Heimat sowie das Bewusstsein von den Gefahren allzu weitgehender kultureller Heterogenität lässt Möglichkeiten erahnen, wie den Sozialdemokraten das Management des Widersprüchlichen und der erfolgsnotwendige Spagat zwischen unterschiedlichen Wählermilieus in der Zukunft wieder gelingen könnte. ■

7 Vgl. Cruddas, Jon/Nahles, Andrea: Die gute Gesellschaft. Das Projekt der demokratischen Linken, in: Der Freitag, 08.04.2009; Rutherford, Jonathan: The Future is Conservative, in: Glasman, Maurice u.a. (Hrsg.): The Labour Tradition and the Politics of the Paradox, Oxford, 2011, S. 88-105.

☞ Dr. Matthias Micus ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Brauchen wir einen neuen Reformbegriff?

– Die SPD zwischen Rot-Grün und Großer Koalition

von Horst Peter

1999 erschien im VSA-Verlag, herausgegeben von Arno Klönne, Eckart Spoo und Rainer Butenschön der Sammelband „Der lange Abschied vom Sozialismus – eine Jahrhundertbilanz der SPD“. Er fasst die Ergebnisse einer Tagung an der Universität in Kassel zusammen. Veranstalter waren „Die Bürgerinitiative für Sozialismus“, die linken Zeitschriften „Sozialismus“ und die „sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw) sowie kritische Kasseler Hochschullehrer, die der SPD zwar kritisch gegenüber standen, aber von der Notwendigkeit einer linken Entwicklung der SPD im Interesse einer informellen Gesamtlinken in Deutschland ausgingen und selbst heute noch ausgehen, selbst wenn sie inzwischen eher der Linkspartei zuneigen.

Der sozialdemokratische Reformbegriff im Wandel

Ich habe damals unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen und/ oder den Standort sichern“ die Wandlungen des sozialdemokratischen Reformbegriffs seit 1969 und dem Juso-Bundeskongress in München bis zur Unterordnung des Reformbegriffs der SPD unter den hegemonialen Reformbegriff der Neoliberalen beschrieben. Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ zielte auf die Verbindung von Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft mit der Entwicklung der reformerischen Zielsetzung der Arbeitnehmergesellschaft verbunden mit der gesellschaftlichen Verantwortung als oberste Zielsetzung zur Absicherung gegenüber den großen Lebensrisiken Krankheit und Invalidität, Altersarmut und Arbeitslosigkeit sowie zur Etablierung eines gerechten Steuersystems. Die zweite reformerische Zielsetzung war die Demokratisierung aller Lebensbereiche, der Wirtschaft, der Universitäten, der öffentlichen Ver-

waltungen und der Schulen. Unter dem Druck der Lambsdorff-FDP war Helmut Schmidts Reformbegriff die Bewahrung des Erreichten unter der Bedingung der Finanzierbarkeit. Der Reformbegriff mutierte unter Gerhard Schröder dann zur Sicherung des Industriestandorts Deutschland im globalisierten Wettbewerb, die Niedriglöhne und soziale Einschnitte in Kauf nahm. Meine Schlussfolgerung war 1999 und ist auch heute noch verstärkt: die SPD braucht eine Erneuerung ihres Reformbegriffs, der die Menschen erreicht und mitnimmt, sonst steckt sie in einer Glaubwürdigkeitsfalle. Die Erfahrung zeigt, dass die SPD bei vielen Wahlen an der Frage der Glaubwürdigkeit gescheitert ist und nicht Wähler sondern auch Anhänger verloren hat. Das gilt für alle politischen Ebenen. In einem Gespräch mit Freimut Duve, dem Herausgeber der Reihe *rororo aktuell*, begründete Erhard Eppler sein Ausscheiden aus dem Kabinett Schmidt 1978. Sein Kernsatz für alle reformerische Politik lautet: Das schwerste ist Glaubwürdigkeit, so auch der Titel des Bändchens Epplers in eben jener Reihe.

In spw Heft 186 vor dem Parteitag in Berlin haben in dem Sonderteil „SPD erneuern“ die Autoren Horst Peter („Mehr Demokratie wagen 2.0“), Michael Müller („Politik an den Grenzen des Wachstums“), Benjamin Mikfeld („Fortschritt und linker Reformismus“), Stephan Hebel („Von der Schizophrenie zur Hegemonie“) und Albrecht von Lucke („Die zweite Chance: mehr Gleichheit wagen“) ihre Vorstellungen einer linken Reformoffensive aus unterschiedlichen Blickwinkeln, aber mit einander vereinbar benannt. Es käme demnach darauf an, ob die Parteitagsbeschlüsse den formulierten Ansprüchen Genüge tragen. Dann wäre der Parteitag ein echter Reformparteitag.

Erfahrungen aus Hessen und NRW

Im Rückblick gibt es erfolgreiche Versuche mit Reformansätzen: Ich nenne immer wieder Andrea Ypsilanti und Hermann Scheers Ansatz der „sozialen Moderne“, der Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung als Eckpunkte ihrer Reformpolitik herausstellte. Er wurde von Gewerkschaften, Umweltverbänden und vielen Wählerinitiativen unterstützt. Er orientierte bewusst auf die Botschaften des Hamburger Programms und führte zu einem Wahlergebnis, das alle überraschte: plus 8 Prozent, Verlust der Kochregierung minus 12 Prozent. Es gewinnt eine Kandidatin, die vor der Wahl in der bundesweiten Medienlandschaft eher wegen ihres Namens als wegen ihres politischen Profils wahrgenommen wurde, gegen den vermeintlich unbesiegbaren, bundesweit präsenten, seit neun Jahren amtierenden Ministerpräsidenten und stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU. Mathias Lomb und ich haben unsere Wahlanalyse überschrieben „Mit Programm und Glaubwürdigkeit Wahlen gewinnen“.¹

In die Glaubwürdigkeitsfalle geriet die hessische SPD mit ihrer Programmaussage: Nie mit der Partei Die.Linke, nie mit Roland Koch. Der Versuch der Partei mit den Grünen ein rot-grünes Regierungsprogramm auszuarbeiten und mit der Linkspartei um Tolerierung zu verhandeln, scheiterte am Widerstand, der von der Gesamtpartei geschürt wurde und zur Ankündigung der vier Landtagsabgeordneten führte Andrea Ypsilanti als Ministerpräsidentin nicht zu wählen. Nicht Andrea Ypsilanti sondern die vier „Abweichler“ führten zu der katastrophalen Landtagswahl Niederlage 2009. Ursache war der Vertrauensverlust der Gesamtpartei, der sich bis in die Wahl Niederlage 2009 bei den Bundestagswahlen niederschlug.

Der zweite Versuch aus der Glaubwürdigkeitsfalle zu kommen, war die mutige Entschei-

dung Hannelore Krafts zu einer rot-grünen Minderheitsregierung anzutreten, statt über eine Große Koalition mit der CDU zu verhandeln. Es gelang ihr die erforderlichen Mehrheiten auch durch die Einbeziehung der Linkspartei, aber auch der abgewählten CDU/FDP-Koalition zu organisieren. Sie wurden bei den Wahlen dieses Jahres durch eine Vertrauensabstimmung der WählerInnen mit großer Mehrheit für die Fortführung der rot-grünen Regierung ausgestattet. Ihr Reformansatz orientierte sich wie in Hessen an der Zusammenschau von Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung. Aus der Minderheitsregierung wurde im Gegensatz zu Hessen eine Erfolgsgeschichte.

Anforderungen an einen progressiven Reformbegriff

Für die Bundestagswahlen 2013 wird es darum gehen, mit einem Reformbegriff anzutreten, der den Ausgegrenzten und der gesellschaftlichen Linken eine Stimme gibt und der SPD eine neue Glaubwürdigkeit. Dazu muss die SPD für eine rot-grüne Koalition eintreten und sich der Verlockung einer Neuaufgabe der Großen Koalition, wie sie die Leitmedien betreiben, glaubwürdig widersetzen. Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, aber auch Torsten Albig in Schleswig-Holstein stehen für diese Glaubwürdigkeit. Darum wird es auch bei den Wahlen in Niedersachsen, Bayern und Hessen gehen. Dabei dürfen Minderheitsregierungen nicht ausgeschlossen werden, wenn sie inhaltlich gerechtfertigt sind.

Dank Sigmar Gabriel und Andrea Nahles ist die SPD programmatisch mit der Wiedergewinnung eines sozialdemokratischen Reformbegriffes seit den Beschlüssen des Berliner Parteitags auf einem guten Weg. Die drei entscheidenden Anträge zur Zukunft der Arbeit, zur nachhaltigen Wirtschaft und zur Bürgerbeteiligung zum richtigen Zeitpunkt auf gleicher Augenhöhe bei Großprojekten weisen den Weg zu einem politischen Richtungswechsel über die Dauer einer Legislaturperiode hinaus. Sigmar

¹ In: Heiko Geiling et. al. (Hg.) (2009): Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Lit Verlag, S. 197 ff.

Gabriel verdichtet in seiner Rede die Beschlüsse des Parteitags zu dem Konzept nachhaltige Entwicklung, bekennt sich eindeutig zu einer rot-grünen Regierung und betont die Notwendigkeit, im Wahlprogramm nur Projekte aufzunehmen, die in der kommenden Legislaturperiode realisiert werden können. Er fordert die Partei auf, die Projekte mit gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Gewerkschaften, den Umwelt- und Verbraucherverbänden, aber auch Bürgerinitiativen und Organisationen der Wirtschaft im Bürgerdialog auf dem Prüfstand zu stellen. Kurzum: Das Programm der SPD hat in Beschlüssen und mit Gabriels Rede die Partei aus der Behäbigkeit und aus der Geiselhaft der Agenda 2010 befreit. Er betont, nie wieder werde die SPD die Hand reichen, wenn es darum gehe, Arbeit gesellschaftlich abzuwerten. Nicht mehr der Markt sei das Leitprinzip der Politik, sondern das Prinzip nachhaltiger Entwicklung. Gerechtigkeit wird ökologisch und sozial interpretiert im eigenen Lande, aber auch international und für künftige Generationen. Die Menschen müssten an der Politik mitwirken können und nicht nur die Lobbyisten. Gegenüber der Kanzlerin und ihrer Position, die Demokratie müsse marktfähig sein, stellt er das Prinzip entgegen der Markt müsse Demokratie fähig werden.

Allerdings unterzieht er die SPD auch einem Glaubwürdigkeitstest auf allen politischen Ebenen von den Kommunen bis hin zu Europa, von den linken bis zu den rechten Strömungen in der Partei. Ein Beispiel für ein Konzept „Mehr Demokratie wagen“ ist der Glaubwürdigkeitstest, wie verhält sich die Partei zur Förderung der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten am Beispiel des Energienetzkonzepts, wo jetzt schon Stimmen laut werden, die sagen, der Netzausbau verträge keine Verzögerung und sei alternativlos.

Kern eines neuen sozialdemokratischen Reformbegriffs: nachhaltige Entwicklung

Konkret zu unserer Ausgangsfrage nach einem neuen Reformbegriff. Der Oberbegriff ist nachhaltige Entwicklung, er bedeutet eine

PapyRossa Verlag



Ingrid Mittenzwei

**Friedrich II.
von Preußen**
Eine Biographie

978-3-89438-502-6
298 Seiten | 16,90 Euro

Ingrid Mittenzwei stellt die Politik Friedrichs II. und nicht zuletzt seine Kriege dar und bettet sie ein in die Zustände Preußens. Zugleich entwirft sie ein differenziertes Bild des preußischen Königs und macht mit Menschen seiner Umgebung bekannt. Ihre Biographie korrigiert noch immer kursierende Legenden.



Markus Bernhardt

Das braune Netz
Naziterror: Hintergründe,
Verhammler, Förderer

978-3-89438-482-1
117 Seiten | 9,90 Euro

Warum konnte der NSU so lange ungehindert agieren? Nur Fehler und Pannen? Oder Kalkül und System? Bernhardt stellt unbequeme Fragen und verweist auf Hintergründe, die gerne übergangen werden. Und er zeigt, wie die offiziöse Extremismustheorie Nazis begünstigt und Antifaschismus kriminalisiert.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Epochenwende. Seine Reformaspekte sind gute Arbeit für alle, Wohlstand bei weniger Wachstum, naturverträgliche Innovationspolitik und Sicherstellung der ökologisch notwendigen Reproduktion von menschlicher Arbeit und der natürlichen Lebensgrundlagen, der „Springquellen allen Reichtums“ sowie die Zielvorstellung einer nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung.

Die Umsetzung einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Politik wird nur gelingen, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern als Trägern gesellschaftlicher Interessen, aber insbesondere von Gewerkschaften und Umweltverbänden als Partnern und nicht als Gegnern getragen wird. Dabei müssen die Menschen an ihren jeweiligen gesellschaftlichen Orten abgeholt werden, um die Potenziale, die sie dort entwickelt haben, als Potenziale für die Gestaltung konkreter Politik – wenn man so will des Gemeinwohls – zu nutzen. Das ist der Sinn von partizipativen Formen: die gesellschaftlichen Akteure aus Wissenschaft, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft für eine Politik des Interessensausgleichs zu gewinnen. Dabei müssen Partizipationsformen von Transparenz und Offenheit für weitere Akteure geprägt sein. Dieses Prinzip der Runden Tische wäre ein Erbe der DDR-Bürgerrechtsbewegung.

Intuition und Fantasie sind genauso bei der Gestaltung der Arbeit gefragt. Das Problem der alten SPD ist, dass die traditionelle Industriearbeiterschaft nicht mehr der einzige Partner sein wird. Die neuen qualifizierten Arbeiter fragen nach dem Zusammenhang von Arbeit und Leben, nach der Infrastruktur für Bildung, Gesundheit und Lebensführung: kurz, nach den Reproduktionsbedingungen. Deshalb hinterfragen Sie die Totschlagargumente zur Durchsetzung von Großprojekten wie „es bringt Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen“, wenn es in Wirklichkeit um privatwirtschaftliche Gewinne geht. Sie wollen auf gleicher Augenhöhe mitreden, wenn es um die Organisation der Güter und Dienstleistungen des gesellschaftlichen Bedarfs und die Wertschätzung der menschenbezogenen Arbeit geht wie bei der Gesundheitsarbeit, der

Sozialarbeit, der Bildungs- und Wissensarbeit, der Pflegearbeit oder um die Sicherung des geistigen Eigentums in der Wissensgesellschaft und ein gerechtes Patentrecht. Sie fragen nach der Kritik der politischen Ökonomie der Internetgesellschaft. Das darf die SPD nicht der Piratenpartei überlassen. Die bewussten VerbraucherInnen wollen die Gesundheit und naturverträgliche Qualität der Nahrungsmittel und der Güter des privaten Grundbedarfs. Sie wollen mitwirken können beim Klimaschutz und beim Schutz der biologischen Vielfalt.

Zur nachhaltigen Entwicklung gehört der gesellschaftliche Zusammenhalt. So ist es eine Grundforderung der Politikwende die Armuts- und Ausgrenzungskreisläufe zu durchbrechen. Das Konzept der „Sozialen Stadt“ ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil der Kommunalpolitik und bedarf der Förderung durch den Bund, um den Auftrag des Grundgesetzes nach gleichen Lebensverhältnissen zu realisieren, insbesondere nach gleichen Bildungsvoraussetzungen. Nur damit können Armutskreisläufe durchbrochen werden. Eine ökologisch gerechte Steuerreform ist eine der Grundbedingungen der Zukunft des Steuerrechts, die einen Sonderparteitag zu gegebener Zeit rechtfertigt.

Die Grundfrage der Diskussion eines neuen Reformbegriffs wird sein, ob es die SPD schafft, diesem Ansatz die Hegemoniefähigkeit zu sichern. Das Schwierigste wird sein, die Strategie der Leitmedien zu durchbrechen. Diese verteidigen ihre Praxis, innerparteiliche Diskussionen bei allen Parteien als Streit und nicht als Suche nach Interessensausgleich darzustellen. Programmfragen interessieren nicht gegenüber der Darstellung von Machtkonstellationen für Spitzenkandidaturen. Für 2013 favorisieren sie Große Koalitionen, nachdem klar ist, dass Schwarz-Gelb am Ende ist. Die SPD darf bei ihrem Erneuerungsprozess darauf nicht reinfallen, es gefährdet ihre Chance, die Glaubwürdigkeit durch Erneuerung wiederzugewinnen. ■

☞ Horst Peter ist Mitherausgeber der spw.

Demokratischer Wandel und „kulturelle Hegemonie“

von Ernst Dieter Rossmann

Parteien haben in der Demokratie den Auftrag, über Wahlen vermittelt Macht zu erringen. Sie setzen diese demokratisch legitimierte Macht dann im positiven Sinne als Gestaltungsmacht in den öffentlichen Angelegenheiten ein oder sie verkommen zur Verwaltungsmacht eines positivistisch bewerteten Status quo. An diesen zentralen Gestaltungsauftrag von Parteipolitik darf ein Jahr vor einer Bundestagswahl erinnert werden, bei der es ja nicht um den bloßen Austausch von Funktionseleiten und den Ersatz einer in sich paralyisierten Koalition bürgerlicher Parteien durch eine markt- und mediengängigere neue Parteienkombination gehen kann, sondern das Politische, und das meint die reale klare Alternative zur herrschenden Regierungspraxis, muss wieder eine echte und Menschen mobilisierende Chance bekommen.

Demokratie braucht Alternativen.

Auch deshalb darf uns das Beispiel Frankreich ja begeistern und zuversichtlich stimmen, erleben wir hier doch, dass ein sozialistischer Präsident und eine sozialistische Regierung, die das Leben der normalen Menschen zu ihrem Maßstab machen wollen, in ihren ersten Regierungsmonaten zeigen, dass mit Wahlen etwas geändert werden kann bis in die zentralen Machtbereiche von ökonomischer Macht und Verteilung privaten Reichtums und öffentlicher Güter hinein. Gegner dieses Wandels wissen deshalb ja auch noch nicht, ob sie als Sachwalter eines konservativ-neoliberalen Status quo darauf orientieren sollen, diese Veränderungen ganz zu verschweigen oder klein zu reden. Oder ob sie gut daran tun, schon jetzt das unabänderliche Scheitern dieser politischen Alternative an den sogenannten unveränderbaren ökonomischen und sozialen Fakten zu beschwören. Die Angst, dass Wahlen wirklich etwas

ändern könnten, ist jedenfalls groß bei denen, die parlamentarische Demokratie an erster Stelle als Fassade für das eigentliche Spiel des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus aus den globalen Kulissen heraus begreifen, das sie hinter der Souveränität der Staaten ohne Mitwirkung der Menschen in den realen Demokratien vollziehen wollen.

Weil „Fassadendemokratie“, wie sie von Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin und Peter Bofinger in ihrer jüngsten Streitschrift gegen die Allmacht des Finanzkapitalismus apostrophiert wird, am Besten funktioniert, wenn es kein nachhaltiges demokratisches Bewusstsein und Verhalten gibt, haben Desorientierungsstrategien zum Machterhalt schon eine ebenso lange wie ungute Tradition im Kampf um die politische Herrschaft. Je weniger Menschen an die Chance auf einen wirklichen Politikwechsel glauben und sich aus realer oder suggerierter Erfahrung in der Dichotomie des unten und oben nur noch in der Ausweglosigkeit des ewigen Unten-Seins definieren können, umso weniger haben die Oben um ihre Macht zu fürchten. Und umso mehr wird diese Haltung, dass sich ja letztlich politisch-gesellschaftlich nichts ändern würde, was das eigene Leben zum Besseren verändern könnte, von den einschlägigen Institutionen in Verbänden, Wissenschaft und Medien dann auch nachdrücklich bestätigt in ihrem Wunsch und in ihrem Auftrag, das Oben zu perpetuieren. Denn diese müssen nichts mehr fürchten als die positive Erfahrung eines wirklichen Politikwechsels.

Antonio Gramsci „kulturelle Hegemonie“ als aktuelle politische Kategorie

Es war der Gründer der italienischen kommunistischen Partei, Antonio Gramsci (1891 - 1937), der aus dem faschistischen Gefängnis

heraus mit seinem Hegemoniekonzept aufgearbeitet hat, wie Herrschaft nicht nur durch Gewalt und Zwang, sondern auch über die mentale und lebenskulturelle Zustimmung der Beherrschten gesichert bleiben kann. Indem er die Herrschaftsverhältnisse nicht nur aus den ökonomischen Produktions- und Reproduktionsbedingen ableitete, sondern auch die Regeln und Codes des sozialen und kulturellen Lebens mit einer eigenen politischen Systemqualität ausstattete, erweiterte er für die Linke in ihren verschiedenen Ausdrucksformen sehr nachhaltig das Instrumentarium ihrer politischen Analysen und Veränderungsstrategien. Leitbegriffe wie der der „kulturellen Hegemonie,“ nach dem Macht sich wesentlich über die als Konsens wirkende Kraft von Ideen und deren institutionelle und mediale Absicherung herstellt und behauptet (Wolfgang Fritz Haug) haben über den reinen Ökonomismus eines sich selbst kastrierenden Unterbau-Marxismus hinausgeführt und die linke Diskussion in ihren verschiedenen Konjunkturen bis in die Gegenwart hinein befördert.

Wie es bei so komplexen Denkern wie Gramsci nur sein kann, verbinden sich mit solchen einzelnen Leitbegriffen aus einem umfassenden Theoriesystem in der Gegenwart dann politisch-praktisch mehr analytische Werkzeuge als aktualisierte tiefengängige politische Theorien. Es ist sicherlich kein Zufall, dass für die Sozialdemokratie nicht zuletzt Peter Glotz, Parteigeschäftsführer bei Willy Brandt und im Gramscischen Sinne ganz gewiss ein Intellektueller, der sich für seine Partei an die vorderste Front begeben hat im Kampf um die Macht, das Konzept der kulturellen Hegemonie positiv für die SPD und die Linke erschließen wollte. Für ihn ging es darum, nach den hart erkämpften ersten sozialdemokratischen Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt und der Sozialdemokratie auf der Höhe ihrer Kraft als Partei mit über einer Million Mitglieder Wege zu finden, deren gesellschaftliche Verankerung und politische Prägekraft zu erhalten.

Die Fragilität in der sozialdemokratischen Reformpolitik

Denn schließlich war es die erste sozial-liberale Reformregierung von Willy Brandt, die gegen alle ökonomischen Probleme in den ersten aufbrechenden Widersprüchen des deutschen Nachkriegs-Kapitalismus nach der konservativen Versteifung des CDU-Staates eine kulturelle Hegemonie nicht nur in der Friedens- und Entspannungspolitik, sondern auch in den sogenannten weichen Politikfeldern von Bildung, Familie, Jugend, Gleichstellung und Bürgerrechten aufbauen konnte. Das Gerechtigkeitstheorem, das die SPD seit ihrer Gründung aus den Klassenauseinandersetzungen der Industrialisierung heraus bewegt, konnte sich dabei in der sozialliberalen Ära-Brandt in der Form der individuellen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung politisch umsetzen, weil hier ein neuer gesellschaftlicher Konsens erkämpft und dann auch politisch-rechtlich operationalisiert worden ist. Ungleich schwerer war es dagegen, die andere Seite dieses Gerechtigkeitstheorems, die Form der sozialen Gerechtigkeit in der Frage von Einkommen, Besitz und Verfügung genauso nachhaltig neu zu gestalten, auch wenn es selbst hier wichtige erfolgreiche Reformvorhaben gab wie z.B. beim Ausbau der Betriebsverfassungsgesetzgebung.

Voraussetzung hierfür war, dass eine Sozialdemokratie als große integrative Volkspartei der Linken, die sich noch nicht mit einer verfestigten Zersplitterung im gesellschaftlichen Spektrum jenseits der Mitte auseinandersetzen musste, eine FDP zum Partner hatte, die sich als Teil einer allerdings kurzzeitigen sozialliberalen Hegemonie verstand und nicht nur die individuell-bürgerrechtliche Dimension von Gerechtigkeit und Gleichheit, sondern auch die solidarisch-ökonomische Dimension zumindest in Teilen mit trug. Durchschlagskraft kann eine erfolgreiche Reform-Agenda im Sinne einer positiven Hegemonie allerdings nur gewinnen, wenn die kulturell-individuelle

und die ökonomisch-soziale Agenda von Gerechtigkeitspolitik aufeinander bezogen sind und nicht gegeneinander laufen. Dieses war für die ersten zehn Jahre nach 1969 die Stärke der sozial-liberalen Hegemonie, die dann unter den ökonomischen Widersprüchen der ersten Wachstumskonflikte im Wohlstandsland Deutschland durch die Lambsdorff-FDP endgültig zerbrach. Der langfristigen Aufbau einer neoliberalen Wende, noch kaschiert durch die letzten Übergangsjahre der Regierung von Helmut Schmidt, hatte tatsächlich schon früher begonnen und war nur noch durch den gesellschaftlichen Gegenreflex auf den konservativen Populismus eines Franz Josef Strauß aufgehalten worden. Ob die FDP noch einmal die Chance zu einer solchen linksbürgerlichen Haltung in der Tradition eines Walter Scheel, Werner Maihofer, Ralf Dahrendorf oder Karl Hermann Flach bekommt, sollte im übrigen auch von der SPD-Linken aufmerksam beobachtet werden. Wirklicher Wandel kann gar nicht genug Partner haben.

Es sagt viel über die begrenzte Wirkungsmacht solch einer verkürzten sozialdemokratischen Reform-Agenda aus, dass die Regierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer auch wieder in dem Bereich nachhaltige Reformmaßnahmen ergreifen konnte, der sich mit den individuell-kulturellen Teilhaberechten von Menschen befasste wie Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, Integration von Ausländern und Zugewanderten, aber auch Bildungschancen und Förderung der frühkindlichen Bildung. Allerdings fehlte auch hier die politische Hegemonie im ökonomisch-sozialstaatlichen Sektor. Vielmehr gab es hier im Gegenteil schon fast im vorausseilenden Gehorsam eine Unterwerfung unter die neoliberalen Paradigmen in Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik. Das sogenannte Schröder-Blair-Papier war der Versuch, aus dieser phantasielosen Anpassung so etwas wie einen politisch-visionären Akt zu machen. wo in Wirklichkeit eine Domestizierung und geistige Entkernung der eigenen

Anhängerschaft und der eigenen Partei vollzogen werden sollte. So wurde die Chance vertan auf eine mutige Auseinandersetzung mit den gewandelten Machtverhältnissen und Interessenlagen in der globalisierten Ökonomie und die Erarbeitung einer dialogisch-überzeugenden Modernisierung der Reform-Politik von SPD und B 90/Die Grünen mit Blick auf die Erfordernisse einer Green Economy, die Regulation der sich entfesselnden Finanzmärkte und die Gestaltung von Arbeit, Einkommen und Teilhabe unter den Bedingungen von wachsender Dienstleistung in der Nachfrage und Digitalisierung in der Form der Arbeit.

Weil dieses in der ökonomischen Anpassungslogik von Gerhard Schröder und seinem marktliberalen Umfeld keinen Platz hatte, konnte aus der kulturellen Hegemonie, was den Abbau von elementaren menschlichen Diskriminierungen anging, keine politische Hegemonie werden, die die SPD als historisch führende Kraft der Linken in Deutschland auch zur modernsten linken Kraft in Europa gemacht hätte. Ohne eine Agenda der ökonomischen Veränderung und eine überzeugende Lösung der Verteilungsfrage kann eine sozialdemokratische Kraft bei aller grundsätzlichen Veränderungsbereitschaft in der Bevölkerung auf Dauer nicht bestehen, weil alleine die kulturellen und rechtlichen Beiträge zur Partizipation eben nicht die soziale Lage der Menschen grundlegend verändern und ihre berechtigten Erwartungen an ein besseres Leben über gute Arbeit, nachhaltigen Wohlstand, faire Teilhabe und gesicherte öffentliche Güter befriedigen kann.

Der nachlaufende Konservatismus erfordert klare Alternativen.

Dies gilt erst recht dann, wenn der Konservatismus, wie ihn aktuell die CDU unter der Führung von Angela Merkel praktiziert, sich in Fragen der Lebenskultur am Prinzip der nachlaufenden Modernisierung orientiert, d.h. dabei werden jeweils mit einer nach Opportunität gesteuerten Zeitverzögerung Initiativen zur

individuellen Gerechtigkeit und Teilhabe aus der immer noch sozial-liberalen hegemonialen Grundströmung dann aufgenommen, wenn sie durch ökonomischen Anpassungsdruck wie z.B. bei der Beschäftigung für Frauen oder bei der verbesserten Kinderbetreuung oder bei der Veränderung des Bildungssystems unabweisbar geworden sind. Das chameleonhafte dieser Politik von Angela Merkel, das nicht einmal mehr den Anschein einer eigenen konservativen Werte-Agenda im Sinne einer „geistig-kulturellen Wende“ (Helmut Kohl) formuliert, sichert demgegenüber Macht über Anschlussfähigkeit und verbrämt gleichzeitig die Ignoranz und Interessengeleitetheit im System von Finanzökonomie, Realwirtschaft und Arbeitswelt. Und es macht umso dringlicher für die Kräfte der Linken und an vorderster Stelle die SPD, hier eine reale konzeptionelle und politisch-kulturelle Alternative aufzubauen, wenn durch diese Strategie der oberflächlichen Anpassung des modernen Konservatismus an kulturell-hegemoniale Strömungen einerseits und die Verweigerung von realen Alternativen im ökonomisch-sozialstaatlichen Bereich durch die linken Kräfte andererseits nicht die Demokratie auch als Ort der politischen Alternative grundsätzlich beschädigt werden soll.

Die Zivilgesellschaft und die Kraft der Parteien

Wenn sich nach Gramsci die Zivilgesellschaft als „der umkämpfte Raum zwischen Staat und Gesellschaft entfaltet“ (Mario Candeias), so hat sich dieser Raum seit den Zeiten einer klaren Gegenüberstellung von Klassenstaat und Klassengesellschaft nicht nur erweitert und ausdifferenziert, sondern hat auch gesellschaftliche Aufgaben übernommen und damit aus der elementaren Lebenswelt von Parteien herausgeholt, die in der Entstehungsgeschichte gerade der linken Parteien in Deutschland und Europa deren Identität entscheidend geprägt haben. Es waren die gesellschaftlichen Gegenwelten, die sich in dem umfassenden sozialen Kosmos der Parteien der Arbeiterbewegung genauso abbil-

deten wie dem der bürgerlichen Schichten und ihrer Parteien.

Auf dem Weg von der Klassenpartei zur Mitgliederpartei zur Mandatsträgerpartei, der sich in der SPD vollzogen hat und den andere Parteien gleich vorrangig als mandatsträgergeprägt begehen, hat dieses dann allerdings dazu beigetragen, dass mit der Abkopplung von den realen Lebenswelten der Parteimitglieder und ihren Gegensätzlichkeiten auch eine Entfremdung von den Lebensproblemen der Menschen stattgefunden hat. Diese bilden sich dann nicht mehr vorrangig in den Parteien ab, sondern in den zivilgesellschaftlichen Organisationen im sogenannten vopolitischen Raum und sind damit den parteilichen Kämpfen und Klärungen entzogen. Dass dieses nicht zur Vitalisierung der Parteien auch in der Wahrnehmung der Menschen und deren Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an parteipolitischen Prozessen führt, ist evident. Insbesondere die SPD erlebt dieses als Spannung, aus ihrer *raison d'être* heraus als Partei der sozialen Gerechtigkeit sich immer wieder für die Interessen von Menschen einzusetzen, die sich selbst aus der politischen Partizipation bereits verabschiedet haben und weder als Parteimitglieder noch als Wahlbürger aktuell die eigene Interessenvertretung unterstützen. Zur programmatischen Verpflichtung auf diese Ziele und zur Rückeroberung dieses zivilgesellschaftlichen Raums, wo immer dieses möglich ist, gibt es gleichwohl keine Alternative, wenn Bewegungsparteien wie die SPD nicht absorbiert werden wollen als bürokratischer Teil des Staatsapparates, statt aktiver Gestalter der öffentlichen Angelegenheiten zu sein.

Gegen das Gerede von der politischen Klasse

Umso gefährlicher ist es für linke politische Kräfte wie die SPD, wenn sich die Wahrnehmung von einer ebenso abgeschlossenen wie abgehobenen politischen Klasse, sei es durch reale Strukturen oder gedankenlose Medialisierung und Selbstbeschreibung, breitmacht und

festsetzt. Wo die gesellschaftliche Verankerung schwächer wird, ist die Versuchung groß, sich, gleich auf welcher politischen Ebene, in der alltäglichen konkreten Arbeit als Teil einer gemeinsamen „Produktionseinheit von Politik“ zu begreifen, statt als Vertretung unterschiedlicher sozialer Lagen und politischer Kulturen. Die parteiliche Identität wird dann durch die parlamentarische Identität überlagert. Die Status-Fragen als Abgeordneter werden zum Gradmesser für den Wert von Demokratie erhoben. Statt Vertreter des Volkes zu sein, mutieren die Mandatsträger zu Angestellten des Staates. In dem Diktum des seinerzeitigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, sich als Kanzler zuvörderst als „leitender Angestellter“ für die Bundesrepublik Deutschland zu sehen, schimmerte diese Ablösung von dem demokratischen Auftrag, in der Repräsentanz von Parteien und ihrem Wahlvolk und ihren Mitgliedern politisch gestaltend und Wert setzend zu agieren, schon durch. Einem Willy Brandt wäre dieses Kokettieren mit dem Staat als Unternehmen wohl nie in den Sinn gekommen.

Später in der Blütezeit neoliberaler Wirtschaftsgläubigkeit sollte es dann ja nachgerade zur Mode werden, Regierungsberichte zu Geschäftsberichten zu erklären, als ob gutes Regieren in der Demokratie sich in Umsatzgrößen abbilden lassen könnte und Staats- oder Stadt-Bürger das gleiche wie Kunden wären. Der direkte anstands- und bedenkenlose Weg aus der politischen Verpflichtung auf die Verantwortung für die res publica hinein in die wirtschaftliche Welt des Partikularinteresses und des materiellen Eigeninteresses ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Schröder, Clement, Bury, Tacke stehen beispielhaft nicht nur für eine Regierung im Grenzgängertum von Staat und Wirtschaft, sondern auch für eine Phase im Leben dieser sozialdemokratischen Partei, in der ihre stolze Geschichte als solidarische Bewegung der vielen gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung fast durch ein neues Leitbild von der Managementtauglichkeit überschattet worden wäre.

Was ist ein sozialdemokratisches Leben?

Was ist daran noch sozialdemokratisch, wurde und wird mit Recht gefragt. Wo sich ein sozialdemokratisches Leben in der Gegenwart anders als in den Gründungs- und Aufbaujahren der Arbeiterbewegung nicht wie von selbst für die Beteiligten und die Beobachter ergibt, wird es in der modernen Zeit der SPD als Werte-, Aktions- und Parlamentspartei umso dringlicher, nach innen wie nach außen wahrnehmbare Kernpunkte und glaubwürdige Identifikationsmerkmale einer sozialdemokratisch geprägten Lebenskultur immer wieder neu zu definieren und zu beleben. Dieses macht schließlich auch die Strahlkraft von neuen präsumtiv linken Parteien aus. So haben die Grünen einen ökologischen Lebensstil in die Auseinandersetzung um die politische Prägung der Gesellschaft eingebracht. Die Linkspartei betreibt dieses jedenfalls vom Anspruch her über die Beteiligung an den realen betrieblichen und sozialen Auseinandersetzungen der abhängig Beschäftigten, wo immer sie hierzu Zugang haben. Und die Piraten schließlich wollen im Versuch digital gestützter Totaltransparenz nicht nur einen neuen Politikstil, sondern auch einen anderen kommunikativen Lebensstil aufnehmen und politisch umsetzen. Gleiche Ansprüche an die Sozialdemokratie zu richten, mag im 150. Jahr ihres Bestehens befremdlich wirken, wo doch die Partei eine politische Lebensgeschichte und vielfach auch Leidensgeschichte hat, die immer auch individuelle Lebensgeschichte ihrer Parteigänger gewesen ist. Nur wenn die SPD als Leitpartei der Linken in der Gesellschaft für die Zukunft weiter prägend und bindend im positiven Sinne einer kulturellen Hegemonie sein will, wird sie sich auch diesen Fragen nach einem neuen sozialdemokratischen Leben zu stellen haben. Die Linke in der SPD sollte diese Diskussion jedenfalls selbstkritisch eröffnen. ■

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Bundestagsabgeordneter, Mitherausgeber der spw und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Die SPD muss mutig links sein!

von Hilde Mattheis

1. Einführung

Die SPD ist Mitgliederpartei und linke Volkspartei. Sie hat das Versprechen abgegeben, den „Menschen verpflichtet, der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft“ sich in der Welt des 21. Jahrhundert ihren Aufgaben zu stellen. „Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft.“

Diese Erwartung an die SPD, von ihr überzeugende und glaubwürdige Antworten auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit und generell der Verteilungsfragen zu bekommen, haben Menschen bis weit in alle Bevölkerungsschichten und Bevölkerungsmilieus hinein. Das Bedürfnis nach mehr sozialer Gerechtigkeit und der Zurückgewinnung des Primats der Politik in unserem Land und Europa verspürt eine klare Mehrheit in unserer Gesellschaft. Charles Moor, ein erzkonservativer britischer Publizist, bestätigt dies in seinen Ausführungen unter der Überschrift: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke Recht hat.“ Aber die Erfahrung, dass enttäuschte Erwartungen schwer wiegen, ist richtig.

2. Entwicklung der SPD seit der Wahlniederlage 2009

Die Partei hat sich zwar seit der bitteren Wahlniederlage im Jahr 2009 einer inhaltlichen und strukturellen Reformdebatte gestellt, aber sie hat offensichtlich – auch wenn Umfragewerte keine Wahlergebnisse sind – das verloren gegangene Vertrauen bislang nicht vollständig wieder erlangt.

Zu brutal war der soziale Kahlschlag der elf Regierungsjahre und zu brutal der damit verbundene Schrumpfungsprozess der Partei sowie die damit im Zusammenhang stehende Veränderung der Parteienlandschaft. Denn

eine soziale Partei mit dem Markenkern soziale Gerechtigkeit, die sich neoliberale Leitideen zu eigen gemacht hat, diese auch gegen massive Widerstände in der eigenen Partei durchgesetzt hat, braucht einen intensiven Prozess der Selbstbesinnung. Nicht nur, weil das Versprechen, dass der Neoliberalismus mit einer Politik der Deregulierung und Zurückdrängung des „übermächtigen Staates“ die Grundlage für einen neuen Wohlstand in einer globalisierten Welt legen könnte, offensichtlich nicht einlöst wurde, sondern auch, um wieder zum klaren Interessensvertreter für das eigene politische Lager zu werden.

Um die Draufsicht auf die Partei nicht zu negativ erscheinen zu lassen, sei an dieser Stelle nochmals betont: Seit 2009 hat sich viel getan in der Partei. Kritische Debatten und Diskurse wurden wieder eher möglich, die vorher blockiert worden waren. Die Chance für eine sozial-ökologische Politikwende in der Partei hat sich deutlich erhöht. Forderungen der Linken wie z.B. die Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die wirtschaftspolitische Koordinierung haben ihre randständige Position verlassen und sind z.T. Beschlusslage der Partei. Mit diesen und anderen Beschlüssen des letzten Bundesparteitages wurden Kernbestände des überwiegend marktliberalen Regierungshandelns insbesondere im Bereich der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik und der Steuerpolitik der Agenda 2010 korrigiert. Viele Forderungen aus dem „Papier der 60“, deren Einlösung 2008 undenkbar schienen, sind aufgegriffen und das politische Kräftefeld in der Partei hat sich verändert.

Schon auf dem Parteitag in Dresden wurde die Fortentwicklung der innerparteilichen, demokratischen Beteiligungsprozesse festgelegt, die von der basisorientierten programma-

tischen Diskussion von unten bis zu rein thematisch orientierten Bundesparteitagen ohne Wahlen reichten. Diese Ansätze sollten den innerparteilichen Verlust an Mitgliederaktivität aufgrund politischer Enttäuschung auffangen sowie den steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an politische Mitgestaltung Rechnung tragen.

Und natürlich sieht sich das Forum DL 21 in diesem Prozess in der Verantwortung für die Gesamtpartei. Denn die Entwicklung der Partei hängt auch von der Strategie und Mobilisierungsfähigkeit der Parteilinken ab. Die Parteilinke bestimmt entscheidend mit, in welche politische Richtung sich die Programmatik und Außenwahrnehmung der Partei in den nächsten Jahren entwickelt. Die DL 21 hat sich aus diesem Grund auf den Weg gemacht, ihre Ansprüche an ein Wahlprogramm der SPD in einem demokratischen und transparenten Prozess zu formulieren. Unsere linken Programmbausteine können auf der Website der DL 21 abgerufen und diskutiert werden.

Dennoch bleibt vorerst offen, ob die Entwicklung einen dauerhaften programmatischen Paradigmenwechsel markiert oder ob es sich zunächst auf Grund des Wahlergebnisses und des nachfolgenden kritischen Parteitags um erzwungene taktische Zugeständnisse handelt.

3. Die inhaltlichen Herausforderungen

Ein Jahr vor der Bundestagswahl gilt es, die klare inhaltliche Profilierung und Positionierung zuzuspitzen und personelle Entscheidungen nach dem Grundsatz - Personen folgen Inhalten -, transparent vorzubereiten.

Die Bewältigung der Eurokrise ist nur mit einem Umdenken in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgreich!

Trotz der Lehren, die aus der Finanzmarktkrise gezogen werden könnten, dominieren im-

mer noch marktradikale Strategien der Deregulierung, Privatisierung und „Flexibilisierung“.

Der Beschluss des Parteikonvents zum Thema „Fiskalpakt greift zu kurz – unsere Forderungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“ hat zwar in weiten Teilen die Delegierten des Konvents zufrieden gestellt, konnte aber den Eindruck in der Öffentlichkeit nicht maßgeblich korrigieren, dass die SPD grundsätzlich die Haltung der Bundeskanzlerin zur Krisenbewältigung mitträgt. Deshalb bleibt die Frage: Wollen wir uns wieder wie vor einigen Jahren in eine symbolische „Heuschreckendiskussion“ retten oder wollen wir ernsthaft u.a. an die Regulierung von Banken gehen, ein Trennbankensystem einführen und Eurobonds oder zumindest zunächst einen Schuldentilgungsfonds und insbesondere die Verbesserung der Einnahmeseite fordern, weil das Vermögen von wenigen trotz Krise nochmals stark gestiegen ist?

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke

Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Die SPD muss einen eigenen politischen Weg aus der Eurokrise vorgeben. Sie muss der Bevölkerung aufzeigen, dass es Alternativen zu Merkels Weg gibt. Die DL 21 hat diese in eigenen Papieren skizziert. Auch Sigmar Gabriels „Bankenpapier“ weist inhaltlich in die richtige Richtung. Allerdings darf sich die Partei nicht immer in die Mehrheitsbeschafferrolle der schwarz-gelben Regierung begeben! Papiere als Grundlage sind wichtig, aber nicht ausreichend: Die SPD muss ihre Positionen auch in ihrem Abstimmungsverhalten ausdrücken.

Glaubhaft für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe eintreten!

Insbesondere in den letzten 15 Jahren hat gesellschaftliche Umverteilung nur eine Richtung gekannt: von unten nach oben. Die Folgen des entfesselten Finanzmarktkapitalismus der letzten Jahrzehnte und der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 sind: die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, immer weniger Menschen partizipieren am Reichtum ihrer Gesellschaften und die Reichen werden immer reicher.

Rot-Grün hat diese Entwicklung durch Regierungshandeln verstärkt. Die SPD muss im Blick auf 2013 ihre Versprechen: „Aufstiegsmöglichkeiten für alle und Teilhabe aller am Wohlstand“ erneuern und dieses Versprechen konsequent zum zentralen Anliegen ihrer politischen Ziele und Maßnahmen machen!

Arbeit, von der jede/jeder gut leben kann und eine Gesellschaft in der die Lasten gerecht verteilt sind, sind zentrale Anliegen. Mit dem Leitantrag „Den Wert der Arbeit und die Lebensqualität im Alter erhöhen“ hat der SPD-Parteitag 2011 in Berlin eine gute Grundlage für eine sozialdemokratische Beschäftigungspolitik gelegt. Mit Recht wird auf die Erfahrung und das Wissen in der anderthalb jahrhundertelangen Geschichte der Sozialde-

mokratie Bezug genommen, um zu betonen: „Wir sind die Partei der Arbeit“.

Doch das reicht nicht und muss ergänzt und präzisiert werden, so dass klar ist: Kern und Ziel sozialdemokratischer Politik ist, dafür zu sorgen, dass Menschen in Lebenskrisen sozial abgesichert sind und solidarisch unterstützt werden sowie weiterhin die Chancen auf volle Teilhabe behalten.

Daher darf es der SPD nicht nur um Aspekte der Gerechtigkeit gehen wie z. B. um Leistungsgerechtigkeit oder Chancengerechtigkeit. Dieser Gerechtigkeitsbegriff, der sich an dem Konzept des Nobelpreisträgers Amartya Sen orientiert, hat die Politik unserer Regierungsjahre geprägt. Diese Sichtweise wurde durch das Begriffspaar „Fördern und Fordern“ zusammengefasst. Sie verdeckt, dass Einkommen und Vermögen ganz wesentlich über die Handlungsspielräume des Einzelnen in der Gesellschaft entscheiden. Der Gerechtigkeitsbegriff der Verteilung muss wieder Grundlage der SPD Politik sein!

Die Rente nicht zur Armutsrente verkommen lassen!

Neben den Fragen der Beschäftigung wird es vor allem die Entscheidung zur Rente sein, die dazu beitragen kann, dass die Bevölkerung feststellt: „Die SPD meint es ernst mit dem Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit.“ Es ist hier sicher nicht hilfreich auf bisherige Veröffentlichungen in den Medien eines non-papers der es-gibt-uns-nicht-Kommission einzugehen. Hilfreich ist allerdings ein Verweis auf das im Juni veröffentlichte Rentenkonzept des DGB, das genau an der Stärkung der gesetzlichen Rente ansetzt und die Schwächen der heutigen Regelungen behebt. Warum also nicht von den Gewerkschaften lernen?

Lebensstandardsicherung und armutsfester Alterssicherung wurde über Jahrzehnte allein durch die gesetzliche, paritätisch über

die Umlage finanzierte Rente gewährleistet. Das primäre Ziel war, den erarbeiteten Lebensstandard nach 45 Versicherungsjahren mit Durchschnittsverdienst allein durch die gesetzliche Rente abzusichern. Seit 2000 kam es in der Rentenversicherung zu einem Paradigmenwechsel. Nicht mehr die Lebensstandardsicherung war das Ziel, sondern das Ziel der Rentenpolitik wurden stabile Beiträge. Als bestimmende Größen des neuen Beitragsziels wurde ein maximaler Rentenversicherungsbeitrag von 20 Prozent im Jahr 2020 und von 22 Prozent im Jahr 2030 festgesetzt. Dadurch wurde die Lebensstandardsicherung allein mit der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) aufgegeben. „Riester-Rente“ und „Rente 67“ sind die Begriffe, die für diesen Paradigmenwechsel stehen.

Die SPD darf es nicht unterschätzen, wie wichtig das Rententhema für die Bevölkerung und wie stark mit diesem Thema ihre Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Angst wegen der heutigen Erwerbsbiographien im Alter lediglich auf ein Grundsicherungsniveau zu kommen, treibt die meisten um.

Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Das System der gesetzlichen Alterssicherung muss so reformiert werden, dass die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit wieder innerhalb des gesetzlichen Rentensystems erreicht werden können. Dazu ist die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung durch alle Voraussetzung. Dafür muss die SPD streiten!

Den Energiewandel sozial gerecht umsetzen!

Es scheint so, als sei der SPD durch den Schwenk der Bundeskanzlerin hin zum Ausstieg aus der Atomenergie das Thema abhandeln gekommen. Festzustellen ist aber, dass es über die Frage „Wer kann sich Energie noch leisten?“ neben der ökologischen Frage zunehmend zu einer Verteilungsfrage wird.

1,2 Millionen Haushalte können nach Schätzung der Caritas die Stromkosten nicht mehr bezahlen. Im letzten Jahr gingen für 200.000 Arbeitslosengeld II Bezieher die Lichter aus. Wenn nicht gegengesteuert wird, droht sich dieser Trend mit der Energiewende fortzusetzen.

Die Energiewende darf nicht zu Verteilungsungerechtigkeiten führen. Dadurch würde in der Öffentlichkeit die Akzeptanz des Ausstiegs aus der Atomenergie gefährdet. Die Energiewende ist notwendig und darf nicht dazu missbraucht werden, die Stromkosten in die Höhe zu treiben, um weiter die Gewinne der Konzerne zu maximieren.

Es muss sozialdemokratisches Ziel sein, durch entsprechende politische Rahmensetzung insbesondere Einkommensschwache zu entlasten und für einen sozialen Ausgleich zu sorgen, denn mit dem ungebremsten Anstieg der Energiekosten und dem Streit über die Kosten der Energiewende wird die Frage der Energiearmut dringender denn je!

Demokratie und Mitbestimmung stärken!

Wir befinden uns in einer Zeit, die durch den Legitimationsverlust etablierter politischer Institutionen und ihrer tragenden Akteure gekennzeichnet ist und in der Meinung mündet, Politik spiele für die Lösung der wichtigsten Probleme keine Rolle mehr. Die Reaktion auf das gefühlte und tatsächliche Demokratiedefizit in der Gesellschaft und das mangelnde Vertrauen in die politischen Akteure sind das Wiedererstarken autoritärer Ideen ebenso wie das Erstarken außerparlamentarischer Initiativen wie z.B. der Occupy-Bewegung.

Die SPD muss Garant dafür sein, dass in demokratischen Prozessen alle beteiligt werden - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder Geschlechts. Mehr Demokratie darf nicht heißen, dass wer am lautesten schreit,

schneller klickt oder mehr Geld hat, größeren Einfluss hat.

Für die SPD ist Demokratie ein unverzichtbarer Grundwert. Es gilt, die verschiedenen Lebensbereiche Arbeit, Wirtschaft, öffentliches Leben und Freizeit weiter zu demokratisieren. Hier muss die SPD Vorreiter sein.

Innerparteilich sind wir mit den Beschlüssen zur Parteireform auf dem letzten SPD-Bundesparteitag dem Ziel die SPD demokratischer, gerechter, transparenter, partizipativer und „weiblicher“ zu machen, ein großes Stück voran gekommen. Nun gilt es die Beschlüsse mit Leben zu füllen. Das Mitgliederbegehren zur Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung ist hierfür ein ermutigendes Beispiel.

Mitbestimmung innerhalb und außerhalb der Partei darf nicht in Partizipationsillusion enden. Der Aufstieg der Piratenpartei hat gezeigt, Menschen wollen partizipieren und mitbestimmen können. Hierzu muss es der Partei gelingen, den Dialog mit Gewerkschaften und Verbänden zu intensivieren, um auch ihre Positionen zu hinterfragen und weiterzuentwickeln oder auch gegebenenfalls zu ändern.

4. Die Rolle der Partei-Linken

Die Parteilinke hat die Aufgabe, die hier aufgezeigten Positionen in den zentralen Feldern der Wirtschaft, der Sozialen Gerechtigkeit, der Rente, der Energiepolitik und Mitbestimmung fortzuentwickeln, auszubauen und innerhalb der Partei durchzusetzen. Sie muss die Wende von einer Politik, die auf kurzfristige taktische Vorteile in der Medienebatte ausgerichtet ist, hin zu langfristigen Prozessen unter bestmöglicher demokratischer Beteiligung einfordern.

Die programmatische Arbeit und die politische Praxis der DL21 sind ein notwendiger und konstruktiver Beitrag zur Rückgewin-

nung von Vertrauen unserer Wählerschaft für die Gesamtpartei.

Trägt die SPD-Linke die Kontroversen mit den konservativen Parteiströmungen produktiv aus, so unterstützt sie eine innerparteiliche Erneuerung von links. Die SPD wiederum braucht die Rückgewinnung einer ausstrahlungsfähigen Konflikt- und Diskussionskultur. Die DL21 ist dabei ein Motor linker Programmdenbatte in der Partei und innerparteilicher Demokratisierung.

5. Resümee

Es ist möglich, in einem Projekt neuer Solidarität und Demokratie über die Milieugrenzen hinweg wieder mehr Menschen für die SPD zu gewinnen! Wir haben, so ist die berechnete Annahme, 2013 die Chance zu regieren! Bitte nicht in einer Großen Koalition, sondern als stärkste Partei eines Linksbündnisses.

Wir sollten diese Chance nicht verspielen, indem wir uns jetzt Personaldebatten aufzwingen lassen, die sofort mit entsprechenden inhaltlichen Positionen verknüpft sind. Wir sollten mutig links sein! Wir sollten an diese Positionen die Person binden, die diese am glaubwürdigsten vertritt. ■

→ Hilde Mattheis ist Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Forums DL21 e.V.

Schluss mit den Scheinlösungen! Ohne wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel wird es kein Ende der Eurokrise geben

von Björn Hacker



Foto: www.fotolia.com, © N-Media-Images

Am Ende jedes Krisengipfels zur Lage der Eurozone präsentierten die Staats- und Regierungschefs nach ermüdenden, oft nächtlichen Verhandlungen der staunenden Welt- presse abgekämpft, doch auch ein wenig stolz die Ergebnisse ihrer Mühen. An Superlativen wurde bei den Pressestatements nicht geizt. Unter der ultimativen Lösung der Eurokrise, der Zerschlagung des Gordischen Knotens, ja, dem Fund des Steins der Weisen schien nichts eine Meldung wert. Schließlich sollten gleichzeitig die Finanzmärkte besänftigt, die Bürgerinnen und Bürger nicht verschreckt und das Gesicht aller Verhandlungspartner gewahrt werden. Bei so viel weißem Rauch konnte man die realen Beschlüsse von Europäischem Rat und Eurogruppe kaum noch erkennen. Und da einer ungeschriebenen Regel zufolge diese Art von Treffen im-

mer erfolgreich und am besten harmonisch ausgehen müssen, war die Presse bis auf wenige Ausnahmen an den Folgetagen stets voll des Lobes für die erzielten Ergebnisse. Bis sich der Rauch legte und die Finanzmarktakteure nach anfänglicher Euphorie wieder den Dämonen senkten. Dann zitterten wieder alle dem nächsten Krisengipfel entgegen und schaukelten die Erwartungen hoch: diesmal muss es klappen mit der Lösung der Eurokrise!

EU-Krisengipfel als Operette

Seit dem Frühjahr 2010 ist dies ein wiederkehrendes Ritual, operettenhaft anzuschauen und erstaunlich langlebig, stets aufs Neue beklatscht. Wie viele Scheinlösungen wurden dabei schon über die Bühne geschoben? Schärfere Budgetüberwachung, neue

Verschuldungsregeln, Umschuldung, Privatsektorbeteiligung. Erinnert sich noch jemand an die Hebelung der Rettungsschirme? Der Kassenschlager bis heute: Die konditionierte Solidarität. Kredite gegen Konsolidierung. In der Hauptrolle: Bundeskanzlerin Angela Merkel. Klar ist: Scheinlösungen können die sich zuspitzende Eurokrise nicht überwinden helfen. Sie können temporär für Entspannung sorgen, etwa wenn einem Land über die Rettungsschirme die Refinanzierung wieder ermöglicht wird, wenn taumelnde Banken mit Eigenkapital ausgestattet werden. Nachhaltig ist dies nicht und die Wurzeln der Krise werden damit nicht berührt.

Schlimmstenfalls vergrößern die in Brüsseler Nachtsitzungen gefundenen Konzepte noch die Situation, da sie mögliche Folgekosten und Ansteckungseffekte nicht antizipieren. So gerieten etwa Spanien und Italien erst nach der Ankündigung einer Umschuldung mit Privatsektorbeteiligung in Griechenland in Refinanzierungsschwierigkeiten, da sie das Vertrauen der Investoren in bis dato solide Volkswirtschaften zerstört hat. Man hätte sich das denken können. Ebenso, dass bei überzogenen Konsolidierungsforderungen innerhalb eines zu kurz gewählten Zeitraumes die Wirtschaft der Krisenstaaten einbrechen wird. Immer noch nicht durchgesetzt hat sich in der hiesigen Debatte, dass durch die enge ökonomische Verflechtung der europäischen Staaten auch Deutschland in Kürze von der in Südeuropa katalysierten Rezession getroffen werden wird.

Die ersten Indikatoren der Exportwirtschaft und des Arbeitsmarktes deuten den Weg in die konjunkturelle Talsohle bereits an. Kostspielig werden auch die mittelfristigen Folgen des eingeschlagenen Kurses unbedingt Austerität, und dies nicht nur in wirtschaftlicher, sondern besonders in sozialer und politischer Hinsicht. Raten der Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in Griechenland und Spanien bereiten einen idealen

Nährboden für Populisten linker und rechter Provenienz. Und die nicht überzeugende, schrittweise sich im Dunkeln auf der Suche nach dem Ausgang aus der Krise vorwärtastende Europapolitik droht eine gefährliche Wirkung auf die etablierten demokratischen Legitimationsketten zu entfalten.

Verteidigung neoklassischer Paradigmen

Warum aber ringt sich die Politik im Angesicht dieser Schreckensszenarien nur zu Scheinlösungen durch, überlässt die Kärnerarbeit im Zweifel der Europäischen Zentralbank, jener wirklich gemeinschaftlichen Institution, die gleichsam einen doppelten Boden für die unsichere Akrobatik der politischen Akteure bildet? Immer noch tobt ein Deutungskampf über die Ursachen der Eurokrise. Während die einen die Hintergründe mit Blick auf Griechenland in laxen Finanzpolitiken sehen, argumentieren die anderen mit Konstruktionsfehlern der Währungsunion, die in der globalen Finanzkrise zur Kulmination kamen. Die amtierende Bundesregierung vertritt konsequent die Erzählung unverantwortlicher staatlicher Budgetführung in allen Staaten mit Liquiditäts- oder Solvenzschwierigkeiten. Ihr sekundieren die Bundesbank und die Mehrheit der Ökonomenzunft deutscher Universitäten und Forschungsinstitute. Verteidigt werden neoklassische Paradigmen: der Staat soll sich aus dem Wirtschaftsgeschehen raushalten; die Märkte tendieren von allein ins Gleichgewicht; aus der Verschuldungsfalle kommt der Staat nur durch strenge Konsolidierung; Preisstabilität ist wichtiger als Wirtschaftswachstum.

Als die Krise mit Bekanntwerden des realen griechischen Staatsdefizits Ende 2009 begann, ignorierte die Bundesregierung zunächst ihre möglichen Ausmaße und beharrte auf der „No bailout“-Klausel in den Europäischen Verträgen, nach der keinem Staat der Währungsunion helfend beigesprungen wird, wenn er in Finanznöte gerät. Viel zu

spät reagierte man unter dem Druck der Ereignisse, doch nur durch inkrementelle Stützungsmaßnahmen, die zu gering ausfielen, um Irland und Portugal aus der Schusslinie herauszuhalten. Die Konditionierung und Portionierung der Rettungsmaßnahmen führt bis heute zu immer neuen Ansteckungen weiterer Länder. Schaut man sich außerhalb Deutschlands Empfehlungen von Ökonomen an, so tendieren die meisten zur Abgabe einer gemeinschaftlichen Garantie des Währungsverbunds. Ob durch einen Altschuldentilgungspakt, Gemeinschaftsanleihen, eine Banklizenz für den Rettungsfonds ESM oder eine neue Rolle für die Zentralbank als „lender of last resort“ – entscheidend wäre ein Signal der Geschlossenheit an die Finanzmärkte. Investoren sollen sich überall im Euroraum sicher fühlen können, dass ihr eingesetztes Kapital nicht durch Schuldenschnitte oder gar Währungsreformen verloren geht. Und Spekulanten sollen die Irrelevanz ihrer Werten auf einzelne Staatsbankrotte vorgeführt bekommen. Interessant im Übrigen, dass dies mitnichten nur die Meinung keynesianisch orientierter Wirtschaftswissenschaftler ist. Die Verwerfungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben vielerorts zu einem Umdenken über die angeblichen Selbstregulierungskräfte des freien Marktes geführt. Nicht so in Deutschland. Auch wenn die für die Eurozone geforderte gemeinschaftliche Garantie ihr nationales Äquivalent längst hatte, als im Oktober 2008 Merkel und ihr damaliger Finanzminister Peer Steinbrück vor der Presse die Deutschen der Sicherheit ihrer Spareinlagen versicherten: Auf europäischer Ebene macht die Bundesregierung keine Kompromisse, no new economic thinking in Germany.

There's no such thing as a free lunch

Große Teile der deutschen Eliten scheinen gefangen in der neoliberalen Ideologie, denn anders ist es kaum zu erklären, dass zunehmend Stimmen laut werden, die lieber den

Euro auflösen würden, als Zugeständnisse in ökonomischer Hinsicht zu machen. Tragend dabei, und von den Medien immer wieder aufs Neue bemüht: die deutsche Angst vor der Inflation. Erstaunlich präsent zeigt sich die Erinnerung an die Hyperinflation der 1920er Jahre, wohingegen die Folgen exzessiver Sparpolitiken zu Beginn der 1930er Jahre kaum noch diskutiert werden. Und wem ist bewusst, dass in dieser Zeit mit dem Dawes- und dem Young-Plan zur Neuregelung der Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg Schuldentilgungspläne und Gemeinschaftsanleihen geschaffen wurden, die Deutschland zugutekommen sollten? Die Argumentation in der heutigen Krise ist einseitig: andere Länder hätten „über ihre Verhältnisse“ gelebt und nun solle Deutschland ungerechterweise für sie einstehen. Verklärt wird dabei die DM-Zeit, der auch der Chef der Bundesbank, Jens Weidmann, öffentlich die eine oder andere Träne nachweint. Als hätte die deutsche Exportindustrie nie unter den Währungsschwankungen und den Abwertungen anderer Länder, die so ihre Produkte günstiger anbieten konnten, zu leiden gehabt.

En vogue ist auch der Wunsch zur Rückkehr in das Europäische Währungssystem, in dem im Rückblick scheinbar alles besser war als in der Eurozone heute. Als wäre die Währungsschlange in den 1990er Jahren nicht an den gleichen nationalen Egoismen infolge unterschiedlicher ökonomischer Entwicklungen und Wirtschaftsphilosophien gescheitert, wie sie in der Eurokrise zutage treten. Der anschwellende Chor eines Austritts einzelner Staaten („Grexit“) bzw. gar des Rückbaus der Währungsunion überhaupt ist entweder schlecht unterrichtet oder nicht aufrichtig: Man möchte das Risiko eines Auseinanderbrechens der Gemeinschaftswährung billigend in Kauf nehmen, fabuliert vom notwendigen „Ende mit Schrecken“ und schweigt sich über die Folgekosten aus. Absurder noch, wollen einzelne Akteure die Vorteile des Euros im gemeinsamen Binnenmarkt mitnehmen, ohne

der Währungsunion die Treue zu halten. Aber: „There’s no such thing as a free lunch“.

Im kommenden Jahr sind Bundestagswahlen und die Welt wird ihnen ungleich gespannter zuschauen, als in Zeiten ohne Eurokrise. Das liegt an der beschriebenen halsstarrigen Positionierung der amtierenden Bundesregierung und der zunehmenden Furcht vor einer globalen Depression infolge eines mutwillig herbeigeführten Endes des europäischen Währungsprojekts. Zunehmend wird die Frage gestellt, ob denn alle Deutschen so denken, wie ihre Regierung? Ob die sparsame „schwäbische Hausfrau“ weit über die neoliberalen Falken hinaus als Modell für die Staatstätigkeit akzeptiert wird? Und ob die Kompromisslosigkeit gegenüber den europäischen Partnern ein verbreitetes neues Selbstwertgefühl der Berliner Republik widerspiegelt, das sich radikal unterscheidet von der jahrelangen Staatsraison des kooperativen Miteinanders?

Gegenpositionen formulieren – und durchhalten

Natürlich steht im Zentrum des Interesses auswärtiger Beobachter die Positionierung der oppositionellen Parteien, insbesondere der Sozialdemokraten. Die SPD kritisiert das Merkelsche Krisenmanagement mitunter scharf, wirft ihr vor, die Krise zu spät erkannt und verharmlost zu haben, ohne erkennbaren Kompass übers Brüsseler Parkett zu lavieren und macht sich berechtigterweise lustig über die ständig von neuem zu überschreitenden „roten Linien“ ihrer Partei und Koalitionspartner. Gleichzeitig ist die größte Oppositionspartei in eine staatstragende Rolle hineingewachsen, die im Parlament gerne dort der Regierung ihre Stimmen leiht, wo sie es europapolitisch für sinnvoll und notwendig erachtet. Die SPD hat seit Beginn der Krise einen umfangreichen Fundus an alternativen Konzepten zu ihrer Überwindung erstellt, kontrovers diskutiert, mit den europäischen

Schwesterparteien abgestimmt und bis zur baldigen Regierungsübernahme archiviert. Aber die Partei zuckt jedes Mal zusammen (und zurück), wenn es um die deutschen Haftungssummen, wenn es um die Kosten der Rettungspolitik für den „deutschen Steuerzahler“ – wie es die Medien plakativ nennen – geht. Aufgestellte Gegenpositionen zum Krisenmanagement der Regierung werden dann häufig revidiert. Und sobald ein neuer Aspekt am Horizont auftaucht, der eine Positionierung verlangt, wird gerne grundsätzlich diskutiert, als sich im Fundus mit den Leitlinien eigener Europapolitik zu bewehren. In der Bilanz zeigt sich die größte Oppositionspartei in der Krise so als tastend, vorsichtig, letztlich unentschlossen: „Es genügt nicht, Eurobonds zunächst zu fordern, dann in Erwägung zu ziehen, schließlich auf später zu verschieben und damit in Positionen einzumünden, die Frau Merkel kurz davor in cleverer Voraussicht gerade selbst bezogen hat“ (Schwan 2012: 8). Denn dem gegenüber erscheint die blind durch die Krise tapsende Regierungskoalition in der Öffentlichkeit plötzlich als entschieden, ihre verfehlte Europapolitik als geradlinig und vertrauenswürdig.

Gesine Schwan hat unlängst in einem bemerkenswert schonungslosen Essay die Gründe für den inkonsequenten Kurs der SPD in der Krise der Eurozone analysiert. Sie zählt dazu die Angst vor dem Durchhalten einer Gegenposition zur Regierung, die konträr zur angenommenen öffentlichen Meinung stehen könnte. Zudem hadere die SPD immer noch mit dem Erbe der Agenda 2010, von deren marktradikalen Aspekten sie sich verabschieden müsste, anstatt sie den europäischen Nachbarn in der Krise zur Nachahmung zu empfehlen (ebd.). An beiden Hürden wird erkennbar gearbeitet, doch sind es eben keine leichten. Inhaltlich ist der Glaube an den Staat als „schwäbische Hausfrau“, an das Spar- und Konsolidierungsmantra, das zwischenstaatliche Wettbewerbsprinzip und Wirtschaftswachstum infolge sozialer Ent-

schlackung auch im linken politischen Lager fest etabliert worden. Der Neoliberalismus in den Köpfen ist – trotz Finanzkrise – längst nicht durch ein neues Narrativ ersetzt. Eine neue „Navigationskarte“ (Schulmeister 2012: 2) müsste stärker die Themen Ungleichverteilung des Wohlstands, Lebensqualität und Zukunftsinvestitionen besetzen und hieraus auch ein neues Bewertungsraster für die transnationale Perspektive ableiten. Das entschlossene Eintreten hierfür dürfte dann allerdings nicht abhängig gemacht werden von zögerlichen Reaktionen auf den Marktplätzen der Republik, Kritik in den Medien und schwankenden Umfragewerten. Eine alternative Politik wird stets mit dem Mainstream anecken. Gerade in der Wirtschaftspolitik und gerade in Deutschland gehört hierfür eine gehörige Portion politischer Mut. Ohne diesen werden sich die politischen Akteure gleich welcher Couleur jedoch stets innerhalb der gleichen marktaffinen Leitplanken bewegen. Hannelore Kraft hat in Nordrhein-Westfalen bewiesen, wie man in Wahlen mit einer Akzentverschiebung vom unbedingten Kürzungsprogramm hin zur Konsolidierung mit Augenmaß durch Investitionen in die Zukunft punkten kann. Die Wählerinnen und Wähler honorieren durchaus die Vermeidung künftiger Kosten durch das Kaputtsparen von Infrastruktur, Bildung, sozialer Sicherheit und kommunaler Tätigkeit.

Offensive statt Partei ohne Eigenschaften

In der Eurokrise heißt dies: Scheinlösungen auf Basis der neoklassischen Wirtschaftsphilosophie sollten nicht mitgetragen werden. Wer „ja“ zum Fiskalpakt sagt, zieht sich nicht nur die Schlaufe enger um den Hals der politischen Handlungsfähigkeit, er baut zugleich Hürden auf, um zu einem späteren Zeitpunkt konzeptionell die Spur wechseln zu können. Die SPD wird nicht umhin kommen, sich eindeutig zur Gemeinschaftshaftung, zur künftigen Rolle der EZB, zur Banken- und Fiskalunion sowie zur institutionellen Neuge-

staltung der EU zu verhalten. Der Parteivorstand scheint erkannt zu haben, dass mit Blick auf die Bundestagswahl die politische Offensive besser ist, als taktisches Abwarten. Mit sich immer schneller gen Abgrund drehender Krisenrealität wird spätestens im Bundestagswahlkampf gefragt werden: Warum hat die Regierung die wirtschaftlichen Konsequenzen ihres Austeritätskurses für Deutschland, die sozialen Folgen für Südeuropa und die eigene politische Isolierung nicht antizipiert? Für die Sozialdemokratie wird es nicht ausreichen, Fragesteller zu sein. Stattdessen muss sie überzeugende Antworten für eine alternative Politik geben. Sie darf in der Eurokrise keine Partei ohne Eigenschaften sein, die heute das Krisenmanagement der Regierung in Grund und Boden kritisiert und morgen darauf achtet, mit ihrer Position bloß nicht außerhalb der von ebendieser Regierung gesetzten diskursiven Leitplanken zu stehen. ■

⇒ Dr. Björn Hacker ist Mitarbeiter für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Abteilung Internationale Politikanalyse (IPA) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Literatur:

- Gesine Schwan (2012): Plädoyer für einen Neubeginn in unserer Europapolitik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 6/2012, S. 4-13.
- Stephan Schulmeister (2012): Ein New Deal für Europa. Überwindung der großen Krise und Erneuerung des Europäischen Sozialmodells, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Juni 2012.



Kinderspiel Kapitalismus: Impulse für die Binnenkonjunktur

von Gesa Rünker

„Haste mal’n Euro?“ So spricht mein Sohn Christian mich von der Seite an.

Ich stehe mit meiner Familie in der Lottobude: Reinhold und ich füllen zwei neue Scheine aus, träumen von der Sofortrente, die ein freies Leben in selbstbestimmter Arbeit ermöglichen könnte, oder von den 20 Millionen, die dem Intellektuellen und der Künstlerin zusätzlich eine Villa mit Swimmingpool garantieren würden, für Reinhold zudem noch einen Hubschrauber, für mich, vielleicht, auch eine Querflöte aus Gold. Die Träume unserer zwei Söhne sind konkreter, greifbarer: Es geht um Sammelkarten-Packs (englisch – und cool – „Päcks“ ausgesprochen), jedes kostet einen Euro, und genau den braucht mein Sohn jetzt.

„Wieso brauchst Du schon wieder Geld, Du hast doch gerade erst Taschengeld erhalten?“ Zugegeben, meine Frage ist naiv. „Geld ist weg – für Eis und Pack! Oh, Mama, das reimt sich!“ Ich möchte mich jetzt gerade auf Lyrik nicht einlassen und werde grundsätzlich. „Eure Pack-Kauferei ist wahnsinnig! Ihr habt doch schon alle Sammelkarten und kauft nur wieder Doppelte!“ „Nein!“ Felix schaltet sich ein, „wir haben noch nicht alle, nur fast alle! Und in jedem Pack sind leider-leider nur fünf Karten, da können wir auch nix für!“

„Außerdem gehört es zum Spiel, auch Doppelte zu sammeln“, erläutert Christian, der ältere. Und, froh, ein neues Argument gefunden zu haben: „Schließlich arbeiten wir immer sehr hart! Unsere Zeugnisse waren super, und Ihr sagt selbst dauernd, gute Arbeit müsse endlich auch gut bezahlt werden!“ An dieser Stelle, im Lottoladen, verkneife ich mir die Diskussion über Sinn und Unsinn außertariflicher Sonderzahlungen. Mein Sohn fährt auch schon fort:

„Der Artikel, den Du mir am Mittwoch aus der Zeitung vorgelesen hast, sagt doch auch, dass Kinder inzwischen 26 Euro im Monat Taschengeld bekommen. Da sind wir noch weit von weg!“ Mein Hinweis, dass es bei der aktuellen Untersuchung um Durchschnittswerte bei Kindern zwischen 6 und 13 ging, bringt nur einen kleinen Punktgewinn. „Du bist bei uns bereits verschuldet, wenn ich mich richtig erinnere!“ wirft Reinhold ein. „Ja-ja, leider“, versetzt Christian mit bedauernder Stimme, „ich bin Euer Griechenland! Und Felix ist unser kleines Spanien! Ihr müsst uns helfen!“

Dieser Vorstoß verfehlt seine Wirkung nicht. Die Erziehungsberechtigten, überrascht und natürlich auch ein bisschen stolz auf den Scharfsinn des Achtjährigen, müssen sich jetzt entscheiden: Sollen sie aufs Sparen pochen, den Verzicht einfordern, betonen, dass es unklug sei, über seine Verhältnisse zu leben? Pädagogisch wäre das sicher vernünftig. Aber – politisch? „Schluss mit Mutti, wie von Söder und Dobrinth gefordert?“ fragt Reinhold, und ein Grauen überkommt die Eltern.

„O.k.“, stöhnt Papi schließlich, „ich schlage vor: Du kriegst einen Kredit von einem Euro, 10% Zinsen, die mir erlauben, Dir in den nächsten Tagen zehnmal in den Hintern zu treten, wenn die Situation es erfordert!“ Die Kinder fürchten diese Tritte nicht. Sie kaufen das Pack, reißen es auf, stellen fest: Vier Doppelte, ein Neuer. Das ist doch was!

Vor dem Lottoladen staut sich Hitze.

„Eis!“ ruft Felix.

Die Eltern zögern. ■

➔ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Das europäische Governance-System und die Euro-Krise¹

von Arne Heise



In einer Studie² bescheinigt die EU-Kommission sich und den nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten, Lektionen aus der 'großen Weltwirtschaftskrise' der 1930er Jahre gelernt und damit eine noch tiefere Depression im Zuge der Weltfinanzkrise nach 2008 verhindert zu haben. Insbesondere wird auch dem ökonomischen Governance-System der EU bescheinigt, durch gelungene Koordinierung der Wirtschaftspolitiken die Eurozone stabilisiert zu haben.

Es ist zwar ganz unbestreitbar, dass das beherzte und pragmatische Eingreifen der Zentralbanken und Regierungen nicht nur, aber auch in der Eurozone dazu beigetragen hat, dass die Weltfinanzkrise insgesamt nicht so tiefgreifend ausfiel wie die 'grosse Weltwirtschaftskrise' Anfang der 1930er Jahre: Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme im Rahmen des 2008 beschlossenen European Economic Recovery Programme (EERP) haben hier sicher positive Wirkung gezeigt. Und dennoch muss die Einschätzung der EU-Kommission bei genauerer Betrachtung revidiert werden: Tatsächlich gibt es einige Länder in der Eurozone – Griechenland, aber auch Spanien, Portugal oder Italien – deren Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung nach 2009 fatal an die Erfahrungen der 'großen Depression' erinnern. Wenn die historische Lektion denn gelernt wurde, so scheint dies nicht in allen Eurozone-Ländern zu entsprechenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen geführt zu haben. Die Frage ist, ob dies auf individuelles Versagen nationaler Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist oder

vielmehr das systematische Ergebnis einer dysfunktionalen europäischen Governance-Systems?

Das europäische Governance-System besteht aus einer komplexen Mischung aus 'harten' und 'weichen' Koordinierungsprozessen (siehe **Tabelle 1**), wobei die 'weichen' Prozesse auf Informationsaustausch und allenfalls Reputationseffekte setzen, um eine Koordinierung zu ermöglichen, während die 'harten' Prozesse auf Sanktionsmaßnahmen bzw. rechtliche Bindungen bauen. Der Tenor wissenschaftlicher Studien ist, dass die 'weichen' Koordinierungsprozesse keine nachweisbaren Verhaltensänderungen der beteiligten Länder gebracht haben – dazu braucht es Sanktionierungsmöglichkeiten oder rechtsverbindliche Rahmenbedingungen. In diesem Sinn liegt die Hauptlast der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik auf dem von Deutschland durchgesetzten 'Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt' (ESWP), der die Eurozonen-Länder zu einer restriktiven Finanzpolitik veranlassen soll – der Europäische Sozialdialog (ESD), der in einigen Feldern der betrieblichen Gesundheits- und Gleichstellungspolitik zu EU-Richtlinien geführt hat, ist viel zu begrenzt, um die EU-Sozialpolitik nachhaltig zu beeinflussen.

Der ESWP stand seit seiner Einführung 1997 in der Kritik: Für die Vertreter der Mainstream-Ökonomie war die Sanktionsandrohung unglaubwürdig und damit der Anreiz für regelkonformes Verhalten zu gering. Der wiederholte Bruch des ESWP durch fast alle Eurozonen-Länder im Laufe der ersten Dekade seit der Einführung des Euro wird als Beleg dieser Behauptung gesehen. Wiederum zeigt ein Blick in die empirische Wirklichkeit, dass

1 Die Überlegungen basieren auf: Heise, A.: Governance without government: The Euro Crisis and what went wrong with European Economic Governance? ZÖSS Discussion Papers No. 32, Hamburg 2012

2 EU-Kommission: Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses, European Economy No. 7, Luxemburg 2009

Tabelle 1: Der europäische Governanceprozess im Bereich der Wirtschaftspolitik

Prozess	Politikfeld	Koordinierung	Ergebnisse
GWP	Wirtschafts- und Finanzpolitik	weich	Nicht erkennbar
EBS	Arbeitsmarkt-politik	weich (OMK)	Unbefriedigend (s. Kok-Report), Diskurs rahmend
CP	Güter- und Finanz-märkte	weich	Informationsaus-tausch
EMD	Geld-, Finanz- und Tarifpolitik	weich	Informationsaus-tausch, marginal
ESD	Sozialpolitik (Arbeits-schutz-, Gesundheits- und Betriebspolitik)	hart mittels Regulierung	Einige Richtlinien im Bereich Arbeitsschutz, Gleichstellung
OMK (Sozial-politik)	Sozialpolitik (Gesund-heit, Rente)	weich	Katalysator, Diskurs rahmend
ESWP	Finanzpolitik	hart mittels Sanktionie-rung	Haushaltsrestriktion

diese Einschätzung unhaltbar ist: Tatsächlich ist die Finanzpolitik in den Eurozone-Ländern seit Mitte der 1990er Jahre – als die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages (die die Grundlage des ESWP bildeten) Wirkung zeigten – deutlich restriktiver als in den Dekaden vorher. Seit Bestehen der Eurozone und der Existenz des ESWP bis zur Weltfinanzkrise 2008 war die Schuldenstandsquote in der Eurozone im Durchschnitt um fast 10 Prozentpunkte, im OECD-Durchschnitt hingegen nur um etwa 1 Prozent und auch in den USA und Großbritannien (als Nicht-Eurozonen-Land) nur um etwa 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Und einige im Laufe der Euro-Krise als PIIGS-Staaten inkriminierte Eurozonen-Mitglieder wie Spanien, Irland oder Italien gehörten zu den finanzpolitischen Musterknaben. Schließlich lässt sich auch zeigen, dass die diskretionäre Konjunktursteuerung (z.B. in der 2001er Krise) deutlich gelitten hat. Hier genau setzte die Kritik der kritischen

Wirtschaftswissenschaft am ESWP an: Er ist zu unflexibel, zu restriktiv und zu wenig mit der europäischen Geldpolitik abgestimmt, um einen makroökonomischen Policy-Mix zu ermöglichen, der den regionalen Belangen einer Eurozone mit gemeinsamer Geldpolitik Rechnung tragen kann – die bereits vor der Weltfinanzkrise zu verzeichnende Wachstumsschwäche der Eurozone im Vergleich mit den USA oder Großbritannien wurde hierauf zurückgeführt.

Wenn die Kritiker Recht haben, müsste die Finanzpolitik der Eurozone-Länder trotz eines 'exogenen Schocks' wie der Weltfinanzkrise ab 2008 bestimmt sein von den restriktiven Anforderungen des ESWP, nicht aber von ihren konjunkturellen Erfordernissen: Wer in der Vergangenheit nicht hinreichend sparsam gewesen war, so die Logik des ESWP, der hat in einer krisenhaften Situation nicht genügend 'finanziellen Spielraum' und wird

mit Wachstumsverlusten bestraft. Tatsächlich lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Schärfe des 'exogenen Schocks' und dem konjunkturellen Impuls im Rahmen des EERP finden, wohl aber zwischen der Größe der Konjunkturprogramme und dem 'finanzpolitischen Spielraum' der nationalen Eurozone-Mitgliedern. Was vielleicht als finanzpolitische Erziehungsmaßnahme gelten kann, kann angesichts einer Krise des Ausmaßes der Weltfinanzkrise zu einem Teufelskreislauf werden: Wenn die inadäquaten Konjunkturmaßnahmen nicht ausreichen, eine konjunkturelle Wende einzuleiten, dann kann der durch den ESWP ausgeübte Konsolidierungszwang zu weiteren Konjunktur- und Wachstumsproblemen führen, die dann die angestrebte Konsolidierung scheitern lassen, schärfere Sparprogramme erforderlich machen, die Konjunktur weiter beeinträchtigen usw. Für diesen Teufelskreis gibt es mittlerweile hinreichende empirische Belege.

Dem europäischen Governance-System auf der Grundlage von 'Governance without Government' (aber mit zahlreichen, sich finanzpolitisch misstrauenden nationalen Regierungen) sind im Zuge der Weltfinanzkrise die Grenzen aufgezeigt worden: Seine Dysfunktionalität ist die Basis der anhaltenden Euro-Krise. Weiterentwicklungen in Richtung einer europäischen Wirtschaftsregierung sind wohl unabdingbar, soll die Eurozone nicht doch noch auseinanderfliegen. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf

Konkurrenz für das Empire

Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt

304 Seiten - € 24,90

Altvater/Mahnkopf diskutieren zwei gegensätzliche Modelle Europas: ein neoliberales Modell Europa der imperialistischen Konkurrenz zu den USA und ein Modell Europa in einer sozialen und demokratischen Welt.

*Forschungsgruppe
Staatsprojekt Europa (Hrsg.)*

Die EU in der Krise

Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling

im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

165 Seiten - € 15,90

Der geplante autoritär-neoliberale Umbau der EU droht die Überreste liberaler und sozialer Demokratie in Europa abzuschaffen.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Die aktuelle Zahl

von Michael Reschke

2

2 Jahre Straflager. Dieses Strafmaß erhielten drei Mitglieder der russischen Punk-Band „Pussy Riot“ unlängst. Ihr Vergehen: „Rowdytum motiviert aus religiösem Hass“. Hintergrund ist das etwa einmütige, sogenannte „Punkgebet“ der Band vom 21. Februar diesen Jahres. In der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau protestierten sie so – ohne das zu dem Zeitpunkt ein Gottesdienst stattgefunden hätte oder Beschädigungen oder Verletzungen auftraten – gegen den russisch-orthodoxen Patriarchen Kirill und gegen den damaligen Ministerpräsidenten Russlands und Präsidentschaftskandidaten der Russischen Föderation Wladimir Putin, zu deren Vertreibung sie die Gottesmutter anriefen. Das Gerichtsverfahren trug absurde Züge und war unfair: die Ermittlungsunterlagen umfassten etwa 3000 Seiten, das mögliche Strafmaß wiederum bis zu sieben Jahre und die Zahl der nichtzugelassenen Zeugen der Verteidigung war hoch.

Putin war und ist kein „lupenreiner Demokrat“. Und er wird es auch nicht mehr werden, denn dieses Verfahren nun bildete nur den empörenden und global wahrgenommenen Höhepunkt einer ganzen Reihe von gegen die Opposition gerichtete Hürden, Einschränkungen und Verbote. Russland fehlt es auch im Jahr 2012 an einer kritischen Öffentlichkeit, die Machtzentrierung und der Autoritarismus nehmen zu. Bemerkenswert an dem Verfahren ist zudem, welche enge Allianz Staatspräsident Putin und die Regierungspartei „Geeintes Russland“ mit der russisch-orthodoxen Kirche eingehen. Die Religion fungiert als in den autoritären Staat integrierendes Mittel und sichert die Machtverhältnisse kulturell-hegemonial ab.

Dementsprechend sind die innenpolitischen Reaktionen auf das Urteil für Putin

trotz der internationalen Empörung und Solidarisierung von Politik, Popkultur und Menschenrechtsorganisationen mit den Musikerinnen nicht negativ. Im Gegenteil: Er erfährt Zuspruch in seinem Lager, bindet die Kirche weiter an sich und vermag das Bild zu prägen, dass er derjenige „politische Führer“ ist, der das Russische auch gegen Widerstand verteidigt.

Die Opposition bleibt uneinig. Gleichwohl offenbarte wohl kaum ein politisches Ereignis in Russland in den letzten Jahren die Absage an liberale Grundfreiheiten so sehr wie dieses Urteil. Wohlmöglich ist Putin dem Zenit seiner Macht näher als er denkt, ob dieses Urteil für die liberalen Kräfte der russischen Gesellschaft – insbesondere aus der Mittelschicht – jedoch zum nunmehr demokratischen Erweckungserlebnis werden wird, bleibt abzuwarten.

Der Vertrauensvorschuss, den Putin auch aus den Reihen der Sozialdemokratie in der Vergangenheit teilweise erhielt, ist jedenfalls aufgebraucht. Die Formel zuerst Wohlstand und dann Demokratie und Rechtsstaat war schon immer im Kern inakzeptabel, nun ist ihr reales Scheitern zudem offenkundig. Wirtschaftliche Freiheiten führen nicht notwendigerweise zu mehr politischer Freiheit. Gerade die deutsche Sozialdemokratie, die seit nunmehr fast 150 Jahren die Fragen nach Macht und Herrschaft und nach sozialer Gerechtigkeit und Lebenschancen verbindet, und deren Antwort auf diese zentralen gesellschaftlichen Fragen stets Demokratie war, ist nun aufgerufen, ihr Verhältnis zum Russland Putins zu überdenken. ■

➔ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

Nebelzeichen – Currywurst!

Oder warum der Zug über die Länder noch keinen Sieg über Merkel bedeutet!

von Ernst Dieter Rossmann



Foto: www.fotolia.com, © Péter Mács, ExQuisine

Eigentlich sollte für die SPD doch alles klar sein. Drei erfolgreiche Landtagswahlen im Jahr 2012 im Abstand von 7 Wochen – drei Mal Beteiligung an einer Landesregierung – drei Mal deutliche Zugewinne für die SPD, mit 6,1 Prozent plus im Saarland, 5 Prozent plus in Schleswig-Holstein und 4,7 Prozent plus in NRW. Im SPD-Kernland bedeutete das immerhin wieder einen Zuwachs auf 39,1 Prozent. Das ist doch eigentlich eine formidable Serie. Die sozialdemokratische Wahrnehmung dieser Ergebnisse korrespondiert allerdings entscheidend mit dem Wahlergebnis der CDU. Konnte diese im Saarland mit der alleinigen Perspektive der Großen Koalition noch 0,7 Prozent dazu gewinnen und die SPD deutlich auf Abstand halten, liegt die CDU in Schleswig-Holstein bei minimalen Verlusten von 0,7 Prozent immer noch knapp vor der SPD. Erst die dramatischen Verluste der CDU von minus 8,3 Prozent in NRW machten die SPD am Ende dieses Dreisprungs in 2012 zum realen und auch deutlich gefühlten Sieger dieser Wahlen in den Ländern, wobei 3 mal rund 5 Prozent plus nun wirklich kein Erdbeben für die SPD sind.

Natürlich dürfen hier auch die unterschiedlichen Voraussetzungen in den drei Ländern nicht außer Acht gelassen werden. Weil Oskar

Lafontaine im Saarland zum letzten Gefecht geblasen hatte und die SPD in die ausschließliche Perspektive der großen Saar-Koalition festgemauert war, konnte am Ende nur die CDU obliegen. Wenn in Schleswig-Holstein 5 Parteien aus dem Mitte-links Spektrum gegen eine ländlich starke CDU und eine liberal aufgemotzte Kubicki FDP konkurrieren, sind 30,4 Prozent für die SPD ein wirklich respektables Ergebnis. Mit einem präsidential geführten Softie-Wahlkampf (SPD-Wahlmotto: Schleswig-Holstein – „Mein Lieblingsland“) sind dann schwer mehr Prozente zu reißen. „Currywurst ist SPD“ und ein unterirdischer CDU-Spitzenkandidat brachten in NRW schon mehr Pfeffer in die Wahl. Die massenwirksame Performance der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die zugleich „Kümmerein“ für die Arbeitnehmerschaft und die „kleinen Leute“ ist, konnte die SPD da fast wieder an satisfaktionsfähige 40 Prozent im größten deutschen Bundesland führen.

Was heißt das nun für die Orientierung im Vorfeld der Bundestagswahlen:

1. Die SPD stabilisiert sich wieder über die Länder. Aber ein Selbstläufer sind die Bundestagswahlen damit noch lange nicht.

- 5 Prozent plus wären bei Bundestagswahlen ein Ergebnis von 28 Prozent und damit ganz sicher nicht genug für eine eigene rot-grüne Mehrheit. Je selbstbewusster die Oppositionsarbeit, je klarer und profilierter die Botschaften im Bund, je deutlicher die Machtperspektive jenseits der Großen Koalition, desto besser für die SPD. Eine klare Absage an die Große Koalition signalisiert zugleich den unbedingten Willen, in einer Fortschrittskoalition ohne CDU/CSU in jedem Fall die politische Führung übernehmen zu wollen. Und angesichts der größeren Zahl an Koalitionsoptionen der SPD im deutschen Parteienspektrum auch in jedem Fall übernehmen zu können. Allein diese Perspektive gibt dann auch der personellen Alternative zu Merkel das nötige Gewicht. Ein Juniorpartner zu Merkel wird weder gebraucht noch gewählt, eine Alternative zu Merkel hat dagegen alle Chancen.
2. NRW hat es gezeigt: Soziale Gerechtigkeit ist mit Abstand das stärkste Wahlmotiv für die SPD. Diese Botschaft glaubhaft verkörpert und mit politischen Konzepten unterlegt („präventive Sozialpolitik“, „gute Bildung“ und „starke Kommunen“) mobilisiert jedenfalls innenpolitisch mehr als das konservative Mantra von der Schuldenbremse, weshalb dieses Mantra von der konservativ-liberalen Seite ja auch schon auf die Europa-Politik verlagert wird, um sich den Lega-Nord-Effekt gegen den „faulen“ Süden nutzbar zu machen. Noch immer sind nationale Grenzen vor allen Dingen verlässliche Solidaritäts- und Interessengrenzen.
3. Die Grünen sind ein stabiler Partner mit ihrem Profil der ökologischen Nachhaltigkeit, während FDP und Linke irrlichtern und noch vollkommen offen ist, wohin sie sich entwickeln. Für die SPD kann dies nur heißen, mit einem klaren Oppositions-Profil gegen die Chamäleon-Politik von Merkel ein neues SPD-Kraftfeld aufzubauen. Das hilft dann auch für Niedersachsen, wo eine wirklich entscheidende Landtagswahl gewonnen werden muss, psychologisch für die Bundestagswahl und machtpolitisch für die Bundesratsmehrheit.
4. Protest bündelt sich schon abklingend bei den Piraten. Aber jenseits dieser Un-Partei scheinen in jedem Fall neue Formen der politischen Sprache, der Bilder, der Entscheidungsabläufe auf. Die SPD hat hier entscheidenden Nachholbedarf, ansonsten droht sie im historischen Glanz der ältesten demokratischen Partei in Deutschland zum würdevollen Jubiläums des 150. Bestehens vor allen Dingen auch alt auszusehen. Dem Protest hinterherlaufen bringt natürlich es nicht. Aber mehr Witz, mehr Frechheit, mehr Transparenz, weniger zwanghafte „Mittigkeit“, weniger staatstragende Attitüde und Technokraten-Politik, weniger Loyalität zur vermeintlichen politischen Klasse tun schon not, um der SPD nicht nur vom Inhalt, sondern auch in ihrer demokratischen Kultur, der Kommunikation und dem Erscheinungsbild Profil zu geben.
5. Eine Revitalisierung der SPD in diesem Sinne als selbstbewusste führende Partei der Linken in der Demokratie und nicht als technokratischer Integrationslinke des Staates, die sich immer wieder vermeintlichen Sachzwängen unterordnet – das wäre schon etwas, auch um rechtzeitig gewappnet zu sein gegen einen Rechtspopulismus, der in Europa überall Einfluss gewonnen hat und den wir in Deutschland nicht mehr lange nur aus dem antinazistischen Geburts-Gen der Bundesrepublik heraus, sondern nur mit besserer Politik, klaren Alternativen und gesellschaftlicher Mobilisierung für Demokratie und Solidarität niederhalten können. ■

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Bundestagsabgeordneter, Mitherausgeber der spw und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Wettbewerbsorientierung und Geldwertstabilität dürfen nicht die Hauptziele der Europäischen Union bleiben

von Sylvia Kunze

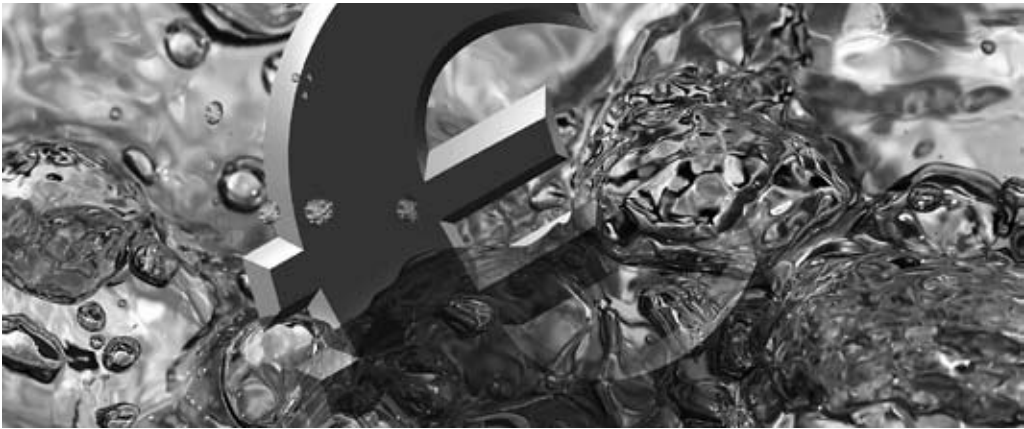


Foto: www.fotolia.com, © K.-U. Häßler

Europa ist das Europa des Wettbewerbs. Die Zielformulierung aus der Lissabonstrategie, Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen zu wollen, war lange Sinnbild für die neoliberale Ausrichtung der Union. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Die Politik in der EU ist extrem einseitig auf Geldwertstabilität und Durchsetzung des freien Wettbewerbs ausgerichtet. Andere Ziele spielen nur eine untergeordnete Rolle. Dadurch gerät die einstmals als Friedensprojekt angedachte Völkergemeinschaft in eine schwere Schieflage. Sie schafft es nicht, die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung nach Wohlstand und Demokratie zu erfüllen. Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Europäischen Union ist nötig. Sonst wird sie am Votum ihrer Bürgerinnen und Bürger scheitern.

Vorfahrt für den Wettbewerb

Bis auf kommunale Ebene werden die Wettbewerbsregeln der EU durchgesetzt. Oftmals unterwandert diese Durchsetzung die lokale Willensbildung und steht den Interessen der

Menschen vor Ort entgegen. Ein plastisches Beispiel dafür ist die aktuelle Diskussion um den Lärmschutz der Bevölkerung am Frankfurter Flughafen. Die in der Region hart umstrittene Ausbauentscheidung für eine vierte Landebahn war verbunden mit einer umfangreichen Mediation, deren Ergebnis unter anderem die Neueinrichtung eines Nachtflugverbotes für die stark lärmgeplagte Bevölkerung war. Auf dieser Grundlage wurde das Nachtflugverbot mit Hilfe deutscher Gerichte gerade gegen die Aufweichungsinteressen aus Wirtschaft und Landesregierung durchgesetzt. Mitten in die Debatte platzte die Nachricht, dass die EU Kommission in Brüssel plant, durch eine neue Verordnung namens „Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union“¹ Lärmschutzregelungen

¹ Kom 2011 828 Vorschlag für VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com\(2011\)0828_/com_com\(2011\)0828_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com(2011)0828_/com_com(2011)0828_de.pdf)).

innerhalb Europas zu harmonisieren. Dabei soll die Kommission u.a. das Recht erhalten, nationale und regionale Flugverbote zu untersagen, damit auf allen Flughäfen gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Setzt sich die Kommission mit ihrem Vorschlag durch, dann hat die Kommission ein direktes Durchgriffsrecht auch zur Abschaffung des Nachtflugverbotes in Frankfurt. Zu befürchten ist, dass mit dieser neuen Regelung, die vor Ort über Jahre hinweg ausgehandelten Kompromisse nicht mehr geachtet werden. Offensichtlich wird hier die Abschaffung von Wettbewerbsungleichheiten höher gewichtet als der Lärmschutz der Bevölkerung, obwohl dieser sich als Verbesserung der Umweltbedingungen auch aus den Zielen der Union ableiten lässt. Dennoch betrachtet die Kommission ihre Kernaufgabe in erster Linie in der Durchsetzung des freien Binnenmarktes und ordnet diesem Ziel alle Aktivitäten der EU unter.

Strukturfragen sind Machtfragen

Schon in der Zielbeschreibung des EU Vertrages wird die Durchsetzung des Binnenmarktes deutlich übergewichtet. Zwar stehen im ersten menschliche Werte im Vordergrund, in den folgenden drei Absätzen spielt aber die Durchsetzung des Binnenmarktes, die Wirtschafts- und Währungsunion die tragende Rolle. Die ebenfalls genannten Ziele der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts sind der wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft klar untergeordnet.

Noch entscheidender ist der Blick auf die Zuständigkeitsdefinition der Union. Denn darin spiegelt sich mit Blick auf Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit das Ungleichgewicht aus der Zieldefinition. Die Verteilung der Zuständigkeiten gibt der Union faktisches Durchgriffsrecht bei der Herstellung des Binnenmarktes. Dies nutzt sie aktiv, um nationale Wettbewerbshemmnisse abzubauen. Auffällig ist, dass die Organisation der Sozialstaatlichkeit bei den Zuständigkeiten der EU nur eine

Randrolle spielt. Auch der Schutz der Daseinsvorsorge wird anderen Zielen untergeordnet.

Steuerwettbewerb bleibt bestehen

Dass politische Ausnahmen beim Binnenmarkt möglich sind, zeigt der Umgang mit den von den Mitgliedsstaaten erhobenen Steuern. Zur vollständigen Harmonisierung des Binnenmarktes wäre mindestens eine Angleichung der Verbrauchssteuern nötig. Dies war aber bis dato politisch nicht durchsetzbar. Statt einer Harmonisierung der Steuersätze wurde festgelegt, dass jede europäische Firma zum Mehrwertsteuersatz des Unternehmensstandorts verkaufen kann (Herkunftslandprinzip). Beispielsweise hat Luxemburg Anfang dieses Jahres entschieden, die Mehrwertsteuer für elektronische Bücher von 15 Prozent auf 3 Prozent zu senken. Die Folge ist, dass alle großen europäischen e-Book Händler nun einen Firmensitz in Luxemburg haben und von dort aus nach ganz Europa verkaufen. Dem deutschen Verbraucher bringt das keinen Vorteil, weil Bücher preisgebunden sind. Die Steuereinnahmen gehen verloren, Unternehmensgewinne steigen.

An diesem kleinen Beispiel zeigt sich, wie der Standortwettbewerb die Staatseinnahmen dezimiert, dass das Herkunftslandprinzip die Liberalisierung in Europa begünstigt und den Druck hin zu mehr unternehmensfreundlichen Regelungen erhöht. Der Steuerwettbewerb ist eine wesentliche Ursache für die Finanzierungslücke der Öffentlichen Hand. Gleichzeitig gibt es aber von den Nationalstaaten gegen kaum etwas mehr Widerstand, als gegen eine gemeinsame Steuerpolitik. Der Versuch, sich auf Kosten anderer Länder zu profilieren, ist politisch erwünscht.

Haushaltsdisziplin als neue Top Priorität

Um die Geldwertstabilität des Euros zu erhalten, haben sich die Staaten schon zu Beginn ihrer Währungszusammenarbeit auf strenge Kriterien des Stabilitätspaktes geeinigt. Aller-

dings wurde es versäumt, den gemeinsamen Währungsraum auch als gemeinsamen Wirtschaftsraum zu gestalten, was für die Stabilität der Währung zwingend notwendig gewesen wäre. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik bleibt dabei eine weitgehend reine Willens- und Absichtserklärung, wie man an den nicht vorhandenen Erfolgen der Wachstumsstrategien Lissabon und EU 2020 sieht. Hier werden sehr wohl gemeinsame Ziele vereinbart, die im Dienst einer menschenfreundlicheren Union stehen. So soll die Beschäftigungsquote erhöht werden und die Reduzierung der Armut innerhalb der Union um ein Viertel erreicht werden. Doch zur Durchsetzung dieser Ziele steht lediglich die offene Methode der Koordinierung zur Verfügung. Weil dieses Instrument rein auf Zielvereinbarungen basiert und über keinerlei Sanktionsmechanismen verfügt, ist die Durchsetzungskraft sehr gering. Statt die Baufehler in der Wirtschafts- und Währungspolitik zu beseitigen, versucht der Fiskalpakt nun noch einmal mit verschärften Mitteln Haushaltsdisziplin durchzusetzen und rückt damit faktisch Haushaltskonsolidierung in die erste Reihe der wichtigen Ziele Europas. Die Auseinandersetzung zwischen Wettbewerb und sozialen Interessen hat eine neue Dimension erreicht. Das Recht der Menschen auf demokratische Selbstbestimmung droht abgeschafft zu werden.

Demokratie bleibt auf der Strecke

Die Europäische Union und ihre Protagonisten übernehmen die Aufgabe des Scharfrichters und zwingen den Staaten ein Sparprogramm ohne wenn und aber auf. Demokratisch gewählte Regierungen verlieren ihre Handlungsmacht. Wenn sie Widerstand leisten oder die Bevölkerung den verzweifelten Versuch unternimmt die Sparpolitik abzuwählen, werden technokratische Regierungen eingesetzt. Die Zuspitzung in Griechenland bei den vorletzten Wahlen ist ein verzweifelter Versuch der griechischen Bevölkerung, sich gegen aufgedrückte Armutsprogramme zu wehren. Der Demokratieverlust erreicht in den

Krisenstaaten eine neue Dimension. Wo bisher Verschlechterungen der sozialen Absicherung noch durch die Hintertür durchgesetzt und von der politischen Klasse zumindest formell legitimiert wurden, setzt sich der Druck der Märkte nun mehr und mehr direkt durch, ohne auch nur den Schein des demokratischen Verfahrens zu wahren.

Eine zweite Phase der Europäischen Integration

In den Debattenbeiträgen der SPW wurde vielfach eine tiefergehende europäische Integration gefordert. Große Deters und Hartmann stellen in ihrem Artikel „Vom Zweckverband zu den vereinigten Staaten von Europa“ (SPW 187) die weitgehende Forderung auf, in einem neuen Verfassungsprozess das Demokratiedefizit der Union zu beseitigen, indem die europäische Ebene als neue Staatlichkeit die Zuständigkeit für das Allgemeinwohl erhält. Damit sollen nicht nur die Voraussetzungen für eine europäische Wirtschaftssteuerung und eine Sozialunion geschaffen werden, es soll auch dafür gesorgt werden, dass die heute hinter Sachzwängen, Standortwettbewerbslogik und Institutionen verdeckte Debatte um die Gewichtung unterschiedlicher, widerstreitender Ziele in den politischen Raum zurückholt wird.

Dies ist in der Tat ein unterstützenswerter Ansatz, bei dem sich die Gelegenheit bietet, die Schieflage in den Strukturen der Union nachhaltig zu beseitigen. Die Forderungen von Klaus Busch aus dem SPW Artikel „Europa steht auf der Klippe“ (Heft 190) durch eine Koordinierung der europäischen Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken zur Überwindung des Systems der Wettbewerbsstaaten innerhalb Europas zu nutzen sind zwar absolut richtig, lassen jedoch die Frage nach der demokratischen Legitimation von Entscheidungen in Europa außer Acht.

Tatsächlich erfordert eine Neuausrichtung der Union eine grundsätzliche Revision ihrer

Ziele, die bis dato sehr stark auf die Herstellung eines freien Binnenmarktes ausgerichtet sind. Es ist jedoch ebenso wichtig, dass dies nicht nur formell geregelt wird, sondern eine intensive gesellschaftliche Debatte darüber stattfindet.

Die sozialdemokratische Alternative

Im Grunde ist dies eine historische Chance für die Sozialdemokratie, ihre nach den Irrwegen des Dritten Weges angeschlagene politische Legitimation zu erneuern. Dafür muss sie sich jedoch von den (neo-)liberalen und konservativen Lösungsansätzen eindeutig abgrenzen und eine Erneuerung der Europäischen Union propagieren, die das Versprechen der fortschrittlichste Sozialstaat der Welt zu sein halten kann. Die Mittel dazu, wie zum Beispiel eine Refinanzierung sozialer Gerechtigkeit durch Steuerharmonisierung, gleiche soziale Standards, etc. sind benannt. Völlig unklar ist jedoch, ob die europäische sozialdemokratische Bewegung diese Chance erkennt und die Organisationskraft entwickelt einen gemeinsamen Weg durchzusetzen. Hoffnung machen einige positive Ansätze, wie das Engagement für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder das gemeinsame Vorgehen Francoise Hollandes und der SPD für einen Wachstums- und Beschäftigungspakt als Gegengewicht zu Merkels Fiskalpakt. Bis jetzt sind die sozialdemokratischen Vorschläge nur richtige Ansätze und es besteht die Gefahr, damit nicht über einen Reparaturbetrieb am bestehenden System hinauszukommen. Jedoch wird der Druck auf viele Sozialdemokratische Parteien immer größer, weil die Wählerschaft in vielen Ländern gerade im Süden nicht bereit ist, Austeritätspolitik als einzige politische Alternative zu akzeptieren.

Neue Ziele – Neue Organisationsformen

Wie Klaus Busch im oben genannten Artikel beschreibt, gibt es von diesem Punkt an drei Entwicklungsoptionen: Die Union zerbricht,

einen Versuch des Durchmogelns im Status quo oder eine tiefergehende Integration. Um tatsächlich eine neue demokratische Qualität innerhalb Europas herzustellen, dürfen wir uns nicht darauf beschränken nur die nötigen Korrekturen in Europa durchzuführen, die allein darauf abzielen, den Erhalt des gemeinsamen Wirtschaftsraums zu ermöglichen. Deswegen ist die Wirtschaftsregierung, die Angelika Schwall Düren in ihrem Artikel „Europas Jahrhundertaufgabe: Wohlstand und Zusammenhalt in ganz Europa“ (SPW 190) fordert, als Ziel nicht ausreichend. Sie liefert aber mit der Diskussion um Balance und Konflikt zwischen Gemeinschaftsregeln und Subsidiarität einen wichtigen Denkanstoß in der Debatte. Das Subsidiaritätsprinzip, was formell auch für die EU gilt, muss neu überdacht werden. Die Idee dieses Prinzips, Entscheidungen immer auf der untersten möglichen Ebene zu treffen, hat gerade aus dem Blickwinkel der Stärkung von Demokratie und Gestaltungsmöglichkeiten für viele Menschen großen Charme. In der Praxis scheitert die Idee aber oft an einem Zielkonflikt. Die Forderung nach stärkerer gemeinsamer europäischer Harmonisierung und Verlagerung des Rechts der Kompetenzvergabe auf die EU Ebene steht zum Subsidiaritätsgedanken im direkten Widerspruch. Deswegen ist es nötig, das Subsidiaritätsprinzip neu zu denken, ohne den demokratischen Anspruch aufzugeben. Wir sollten aufhören, komplette Politikbereiche thematisch gestaffelt politischen Ebenen zuzuordnen. Stattdessen lohnt es sich in dieser Frage eine Anleihe in der Debatte um einen europäischen Sozialstaat zu machen. Ein neuer europäischer Staat hat nicht die Aufgabe, die Art der Umsetzung seiner Politiken bis ins kleinste Detail zu definieren. Anstatt sollte er sich darauf beschränken, verbindlich Ziele und Rechte seiner Bürger definieren, die von allen Mitgliedsstaaten erfüllt werden müssen. Eine demokratische Neugründung eines europäischen Staates muss mit dem Recht die Kompetenzen der Ebenen zu definieren ausgestattet werden, was bedeutet, dass auf der Ebene

Europas grundsätzlich ausgestritten werden muss, wie der Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit gelöst wird. Es müssen jedoch auch Spielräume definiert werden, in deren Rahmen vor Ort entschieden wird. Das heißt, in dem zu Beginn gebrachten Beispiel des Nachtflugverbotes am Frankfurter Flughafen muss im Rahmen von universellen Mindestschutzbestimmungen für alle Europäer auf lokaler Ebene ein Kompromiss zwischen Interessen des Betreibers, den lärmgeplagten Anwohnern, Beschäftigten und Nutzern des Flughafens ausgehandelt werden.

Klare Kante gegen das neoliberale Projekt

Die formellen Schritte einer tiefergehenden europäischen Integration müssen von einer deutlichen Veränderung der politischen Ausrichtung begleitet werden. Europa hat in Form eines Internationalisierungsprojekts des Neoliberalismus nicht die Unterstützung der Mehrheit seiner Einwohner. Vielmehr muss bei einer Neugründung deutlich werden, wie Europa dazu beiträgt, soziales Zusammenleben möglich zu machen. Durch eine politische Union entstehen neue Handlungsräume. Die Durchsetzungsfähigkeit des demokratischen Willens steigt. Als erster Schritt zu einer menschlichen Gesellschaft kann die Eindämmung des Wettbewerbs ohne Rücksicht auf Verluste gelten.

Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen darf nicht länger soziale oder ökologische Kollateralschäden verursachen. Die externen Kosten der Produktion müssen stärker in die Verantwortung des Unternehmens einbezogen werden. Für den Umweltbereich sind solche Modelle bereits diskutiert worden. Die Beseitigungskosten für Umweltschadstoffe werden den Produzenten per Steuer in Rechnung gestellt. Dies muss nicht nur für den CO₂ Ausstoß gelten. Es ist wichtig, dass auch Importgüter z.B. durch höhere Zölle in dieses System eingebunden werden. Die Übertragung

des Modells auf den sozialen Bereich bedeutet, dass Löhne unterhalb der Armutsgrenze sittenwidrig sind und sich die Unternehmen weit stärker als bisher an Ausbildungs- und Sozialkosten beteiligen müssen. Es ist an der Zeit, über eine demokratische Beteiligung in der Wirtschaft neu nachzudenken. Neben besseren Mitentscheidungsrechten der Arbeitnehmer müssen Formen gefunden werden, Firmen und Konzerne auch als Gesellschaft zu beeinflussen, um eine sinnvolle makroökonomische Steuerung zu realisieren.

Eine zweite Phase der Europäischen Integration muss mit einer demokratischen Neugründung der Union einhergehen. Sie muss formelle Vorschläge mit der politischen Auseinandersetzung um ein soziales und gerechtes Europa verzahnen. Es müssen die Leitlinien einer Richtungsänderung benannt und mit Handlungsschritten im institutionellen Rahmen untermauert werden. Ganz im Sinne Willy Brandts *„Mehr Demokratie wagen“*, könnte ein *„Mehr Demokratie in Europa wagen“* das neue geflügelte Wort der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert werden. ■

☞ Sylvia Kunze ist Vizepräsidentin der ECOSY-Young European Socialists und Mitglied im Vorstand der Frankfurter SPD.

Rezension: Demokratie in Deutschland

von Folke große Deters

Das Thema „Demokratie“ ist spätestens seit den Debatten um „Stuttgart 21“, dem Aufkommen der „Piraten“ und der Bewältigung der Euro-Krise wieder in aller Munde. Daher kommt der im Umfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung entstandene Sammelband „Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen - Perspektiven“ zur rechten Zeit. In insgesamt 18 Beiträgen wird die demokratietheoretische Debatte aus Sicht der „Theorie der sozialen Demokratie“ beleuchtet. Von der philosophisch-theoretischen Fundierung über Plebiszite zur Globalisierung, von der Darstellung alarmierender empirischer Befunde zur Partizipation und Inklusion bis hin zum Verhältnis der Demokratie zu einzelnen Akteursgruppen und Teilsegmenten der Gesellschaft (z.B. Parteien, Medien, Frauen und Jugend) – das Ziel der Herausgeber *Christian Krell* und *Tobias Mörschel*, „die wesentlichen Dimensionen und Themenfelder der Demokratie-debatte in Deutschland abzubilden“, wurde mit dem vorliegenden Sammelband erreicht.

Lobend ist dabei hervorzuheben, dass die Beiträge sich nicht alleine auf Verfahrensfragen kaprizieren, sondern auch den gesellschaftlichen Kontext von Demokratie – aus Sicht der Theorie der sozialen Demokratie konsequent – in den Blick nehmen.

In diese Theorie sowie die gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie führen die Herausgeber und der Dortmunder Politologe *Thomas Meyer* in der sehr gelungenen Einleitung zu dem Sammelband ein. Dem Konzept der „sozialen Demokratie“ liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die (formelle) demokratische Freiheit nur wirksam und erfahrbar wird, wenn diese Freiheit auch materiell unterfüttert ist. „Ohne ein soziales Fundament, das politische Gleichheit durch soziale Mindestgleichheit absichert, ohne reale Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben für alle Bürgerinnen und Bürger und ohne

Hrsg.: Mörschel, Tobias / Krell, Christian
Demokratie in Deutschland
Zustand - Herausforderungen - Perspektiven



VS-Verlag, 2012.
29.95 €,
432 S.
mit 22 Abb. u. 26
Tab. Br.
ISBN: 978-3-531-
18582-8

ein von allen geteiltes Verständnis fairer und gerechter sozialer Ordnung bleibt Demokratie ein Torso, weil sie viele von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben faktisch ausschließt (S. 17).“

Herfried Münkler zeigt in einem ideengeschichtlichen Parforceritt das Spannungsverhältnis von individueller und demokratischer Freiheit auf. Dabei legt er dar, dass negative Freiheit („Freiheit von“) und positive Freiheit („Freiheit, um zu“) keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen und daher beide Freiheitsdimensionen in der Demokratie unverzichtbar sind.

Sigmar Gabriel stellt in seinem Beitrag klar, dass Demokratie für Sozialdemokraten keine austauschbare sozialtechnokratische Problemlösungsstrategie ist, sondern auf einem durchaus emphatischen Begriff erlebbarer Freiheit beruht. Von besonderer Aktualität ist angesichts der gegenwärtigen Kaskade „alternativloser“ Euro- und Bankenrettungsmaßnahmen seine Einsicht, dass ein wesentliches Merkmal von Demokra-

tie sei, „dass über alles entschieden werden kann, was unser aller Leben bestimmt. (S. 48).“

In ihrem Plädoyer für eine „politischere“ politische Bildung liefern *Werner Friedrichs* und *Dirk Lange* eine interessante Analyse der postdemokratischen Konstellation aus der Sicht neuerer, „republikanischer“ (Herfried Münkler) Demokratietheorien.

Kennzeichen der „Postdemokratie“ sei eine zunehmende „Entpolitisierung“. Das Dilemma von demokratischer „Legitimation durch Verfahren“ (Niklas Luhmann) illustrieren die Autoren anhand der deliberativen Demokratietheorien im Anschluss an Jürgen Habermas, die eine Ergebnisoffenheit und totale Inklusion eines jeden Standpunktes im politischen Prozess postulieren. Tatsächlich aber können sie dieses Versprechen nicht einlösen, weil auch die Festlegung von Verfahrensregeln bestimmte Inhalte präjudiziert, die im Diskurs eben gerade nicht in Frage gestellt werden können. In der politischen Bildung muss aber nach Ansicht der Autoren auch die – inhaltlich völlig unbestimmte – Dimension des „Politischen“ thematisierbar bleiben. Gemeint ist damit der Standpunkt, von dem aus diejenigen Regeln und Unterscheidungen getroffen werden, welche dem Verfahren voraus liegen, weil sie dieses konstituieren. Statt auf Unterscheidungen und Kategorisierungen von einem externen Standpunkt aus, müsse daher auf die vorfindlichen „mentalischen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit“ (Bürgerbewusstsein) zurückgegriffen werden. Würden die Gegenstände der politischen Bildung auf diese Weise „immanent“ konstituiert, erschienen die herkömmlichen (hegemonialen) Formen nicht mehr als „alternativlos“ und könnten kritisch hinterfragt werden.

Die Analyse der postdemokratischen Konstellation als „zunehmende Entpolitisierung“ ist treffend, und sie fällt auch auf viele Vertreter der sozialen Demokratie in diesem Band zurück, wenn sie aus der – zutreffenden – Prämisse, dass eine funktionierende Demokratie materielle

Voraussetzungen hat, die Forderung nach „sozialen Grundrechten“ ableiten. Das Spezifikum von Grundrechten ist, dass sie in der Verfassung normiert sind und auch gegenüber dem Gesetzgeber geltend gemacht werden können. Dieses Vertrauen in die rechtsförmige Lösung von Verteilungskonflikten ist vor allem eines: sehr deutsch. Hierbei wird verkannt, dass die Entscheidung über die Frage, was die richtige Zuteilung von Ressourcen in einer Gesellschaft ist, immer eine „echte (d.i. rechtlich nur bedingt programmierbare) Entscheidung“ bleibt und auch als Ausdruck vorhandener Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft beschrieben werden kann. Wenn das so ist, dann stellt sich die Frage, wieso Gerichte diese Entscheidung besser treffen können sollen als eine nach allgemeinen und freien Wahlen gebildete Volksvertretung. Immerhin ist die Wahl eines Parlamentes – bei allen auch in diesem Band geschilderten Problemen – wesentlich inklusiver als die Rekrutierung von Richterinnen und Richtern. So gilt die – allerdings im Hinblick auf Religion und Moral formulierte – Einsicht des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde leicht abgewandelt auch hier: Die Demokratie beruht auf materiellen Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Denn wenn soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie dem demokratischen Prozess vorgelagert ist, dann wird die Frage, wie diese im Einzelnen herzustellen ist, eben nicht mehr demokratisch entschieden. Verteilungskämpfe lassen sich nicht durch Verfassungsnormen aus der Welt schaffen, die Verteilung von Ressourcen wird immer Gegenstand von – im Idealfall demokratisch domestizierten – (Klassen)Kämpfen bleiben. Soziale Gerechtigkeit ist also nicht nur Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie, sondern muss auch mit demokratischen Mitteln erkämpft werden. Die Einsicht in diesen Zusammenhang herzustellen, ist Verdienst der Theorie der „sozialen Demokratie“, diesen Kampf zu führen historische Aufgabe der SPD. ■

☞ Folke große Deters ist Rechtsreferendar, Promovend und stellv. Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg.

Rezension:

Piraten – Politischer Arm eines globalen Milieus

von Pascal Geißler

Dem anhaltenden Erfolg der Piratenpartei bei Wahlen und der Tatsache, dass der, zunächst als Sonderfall betrachtete, Einzug in das Berliner Landesparlament sich nun auch in Flächenstaaten wie zuletzt Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wiederholt, steht in der Öffentlichkeit immer noch eine gewisse Unsicherheit ob der Einordnung in politische Lager, Unkenntnis über Programm und Personal und Verwunderung über offen zur Schau getragenes Laitentum gegenüber. Seit der Gründung der (deutschen) Piratenpartei im Jahr 2006 und ihrem ersten Antreten zur Europawahl 2009 ist eigentlich noch sehr wenig Zeit vergangen, in der aber im politischen System und bei den Piraten selbst viel passiert ist. Die sich in der Öffentlichkeit immer weiter durchsetzende Wahrnehmung und Beschreibung der Piraten „auch als politisches Phänomen“ und nicht nur als bloße „Eindringlinge“ (9), ist Anlass für die Herausgeber, in einem Sammelband achtzehn Beiträge von AutorInnen unterschiedlicher Fachrichtungen zu vereinen, um das Innenleben der Piraten und ihre Rolle im politischen System näher zu erkunden. Der Sammelband folgt einer inhaltlichen Dreiteilung. In ersten Abschnitt „Entern“ werden insbesondere die Entstehung und Entwicklung der Piraten als Partei und ihr Eintritt in das politische System betrachtet. Hier sind Beiträge zum gesellschaftlichen Milieu der Piratenpartei, ihrer Entstehungsgeschichte und ihren kulturellen Eigenheiten versammelt. Der zweite Teil „Ändern“ nimmt ihre Programmatik in den Blick und versucht ein wenig Orientierung im Prozess der programmatischen Entwicklung zu geben. Die Beiträge widmen sich inhaltlichen, piratigen Forderungen und Programmbausteinen, ideologischen Leitbildern und Orientierungen der Partei, aber

Christoph Bieber und Claus Leggewie (Hg.)

Unter Piraten
Erkundungen in einer neuen politischen Arena.



transcript ver-
lag, Bielefeld.
Juni 2012, 248 S.,
kart., 19,80 €
ISBN 978-3-
8376-2071-9
Reihe X-Texte

auch der kritischen öffentlichen Betrachtung z.B. der (Post-)Gender-Diskussion. Im dritten Abschnitt „Neustart“ finden sich Beiträge, die der Frage nachgehen, welche Folgen die Existenz und das Wirken der Piraten für andere Parteien und Politik allgemein haben. Außerdem wird ihre Verortung im Parteienspektrum und die Übernahmen von Mustern und Verhaltensweisen durch andere Parteien im politischen Wettbewerb skizziert.

Quer durch die Beiträge des Sammelbandes lässt sich eine These nachzeichnen, die häufig explizit, gelegentlich nur implizit jedoch von allen AutorInnen geteilt wird: Die Piratenpartei bedient einerseits ein sehr spezielles Milieu, das in ihr sozusagen seinen ‚politischen Arm‘ gefunden hat und aus dem sie auch einen Großteil ihrer Mitglieder rekrutiert. Andererseits spricht sie gleichzeitig eine

Gruppe von Menschen an, die ideologisch sehr heterogen ist, häufig klar andere Parteipräferenzen hatte, inhaltlich kaum Anknüpfungspunkte an die Piratenprogrammatik aufweist, aber von dem Gedanken „den Prozess zum Prinzip“ (Faas/Debus, 224) zu erheben, angezogen wird. Die Piraten, so Alexander Hensel in seinem Beitrag zum Milieu der Piraten, sind „die Erben der Internetkultur“ (41). Die Piraten sind aus einem Milieu entstanden, das „vom digitalen Wandel in voller Breitseite erfasst worden ist und [dessen] alltägliches Leben von der Emergenz des Internets und dessen Kultur in besonderer Weise geprägt wird“ (42). Zwar bleibt unklar, welche (sozialstrukturellen) Merkmale dieses Milieu kennzeichnen. Aber es wird deutlich, dass die Piraten Ausdruck und Manifestation eines emotionalen Bedürfnisses sind, das vor allem darin besteht, einen Lebensraum vor Eingriffen, die ihn verändern und ihm die Identität nehmen würden, zu schützen. Die Globalität dieses Raumes führt zu der These, die Piraten seien nur als transnationales Phänomen zu begreifen. Der Erfolg der Piraten ist demnach darin begründet, dass sie das „globale Narrativ“ (Dobusch/Gollatz, 28) der Netzkultur lokal anschlussfähig machen; dadurch ihre (internationale) Vielfalt erst entwickeln.

Uneinig sind sich die AutorInnen der Beiträge in der Frage, ob es sich bei den Piraten nun um eine monothematische Partei handelt oder um eine Partei mit „Vollprogramm“, das aber noch in der Entstehung ist. Für die Attraktivität der Piraten für die zweite, von ihr angesprochene, gesellschaftliche Gruppe scheint diese Frage aber eher von nachrangiger Bedeutung zu sein. Die Piratenpartei ist ein „Mischgebilde, ein Hybrid aus Aktivismus, Vernetzung und Parteistruktur“ (Siri/Villa, 156), das an nur wenigen Stellen bereits klare inhaltliche Fixpunkte aufweist. „Das definierende Element der Piraten sind nicht Inhalte, sondern ein Verfahren“ (Faas/Debus, 224). Die strikte Prozessorientierung, also der Versuch maximale inhaltliche Betei-

ligung zu organisieren und Entscheidungen immer als Gesamtkonsens und nicht durch (Spitzen-)Personal herbeizuführen, machen den Reiz der Piraten vor allem für diejenigen WählerInnengruppen aus, die sich ihr aus Politik- bzw. Parteiverdrossenheit (häufig aus anderen Parteien kommend) zuwenden. Das Auftreten der Piraten scheint zu Veränderungen im politischen System zu führen. Ihre Verfahren und Ansätze, die in einem „Experiment“ zeitintensive Prozesse der repräsentativen Demokratie so zu beschleunigen versuchen, dass sie mit den immer schneller und turbulenter erscheinenden Entwicklungen der „politisch-sozialen Welt der Spätmoderne“ (Lamla/Rosa, 176) Schritt halten können, finden NachahmerInnen. Insbesondere ihr anderer, stärker an Beteiligung und nicht so sehr an Vermittlung orientierter „Kommunikationsmodus“ (Korte, 207) sei es, der Eindruck bei den etablierten Parteien hinterlässt und auch dort erste Veränderungen sichtbar werden lässt.

Insgesamt liefert der Sammelband ein sehr facettenreiches Bild der Piraten und präsentiert dabei verschiedene Perspektiven des Phänomens. Leider fallen die Beiträge fast alle sehr kurz aus, sodass Thesen nicht immer ausreichend erläutert und begründet werden können und Argumentationsgänge arg verkürzt erscheinen. Gerade die Beiträge, die versuchen neue Wege zu gehen und dem Phänomen Piraten nicht mit etablierten Mustern und Antworten zu begegnen, leiden darunter, da sie nicht hinreichend Raum haben, Frage, Methode und Antwort gleichermaßen umfangreich zu präsentieren. Insgesamt bietet „Unter Piraten“ jedoch einen guten Einstieg in die Debatte und die Gelegenheit jenseits von Feuilletons über den Wandel von politischer Kultur nachzudenken. ■

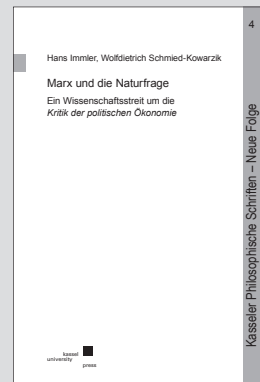
☞ Pascal Geißler ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen.

Rezension: Ökorevisionismus

von Friedrich Voßkühler

Der 1983 in Kassel und 1984 bei VSA verlegte „Wissenschaftsstreit um die Kritik der politischen Ökonomie“ zwischen Hans Immler und Wolfdietrich Schmied-Kowarzik ist kürzlich in erweiterter Neuauflage wieder erschienen. Und das mit Recht, denn die Problematik, über die sich Immler und Schmied-Kowarzik damals engagiert auseinandersetzten, ist bis heute nicht nur nicht gelöst, sondern sie ist vom politischen Tagesgeschäft übergangen worden. Was beide mit Leidenschaft diskutierten, war die Frage, ob es unter den Systembedingungen des Kapitalismus überhaupt möglich sei, die „Naturfrage“ so zu lösen, dass der drohenden ökologischen Selbstvernichtung der menschlichen Gattung zumindest kurz-, wenn nicht gar mittelfristig auszuweichen sei. Während Immler dafür plädierte, mit dem „Teufel“ wenigstens so weit einen „Pakt zu schließen“, dass die Schritte eingeleitet werden könnten, die aus dem Schlamassel herauszuführen in der Lage seien, zog Schmied-Kowarzik aus der Kritik der politischen Ökonomie Marxens eine Konsequenz, die er in seinem Nachtrag aus dem Jahr 2010 noch einmal unterstreicht: „Natürlich gibt es staatliche Eingriffe und Bewegungen von unten, die – ... – die brutalsten Verarmungsprozesse der arbeitenden Menschen und der ärgsten ökologischen Katastrophen abfangen und abmildern können. Aber niemals können diese sozialen Bewegungen – ... – den Widerspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und den natürlichen und sozialen Lebensinteressen aufheben. Dies eben wollte Marx uns mit der Kritik der politischen Ökonomie klarmachen, indem er die negative Logik des Kapitals immanent in ihrer Negativität bloßlegte – billiger als durch eine revolutionäre Umwälzung des Kapitalismus ist die Selbstbefreiung der Menschen zum Menschen und die Versöhnung mit der Natur nicht zu haben“ (S.200f).

**Hans Immler,
Wolfdietrich Schmied-Kowarzik**
Marx und die Naturfrage



Kassel university
press 2011,
erweiterte
Neuaufgabe,
208 Seiten, 19 €
ISBN: 978-3-
89958-566-7.

Diese von Schmied-Kowarzik für unumgänglich gehaltene „revolutionäre Umwälzung“ kommt für Immler einer Verschiebung der jetzt zu lösenden Probleme auf den „Sanktnimmerleinstag“ gleich. Dem entsprechend nimmt er die Implikationen der „Wertlogik des Kapitals“ nicht ganz so schwer wie Schmied-Kowarzik: „Natürlich sehe ich einen ernstzunehmenden Konflikt. Einerseits soll es auch weiterhin eine Wertökonomie geben können, nämlich eine solche, die sich letztlich mit einer ökologischen Ökonomie als verträglich erweist. Andererseits darf es überhaupt keine Zweifel geben in der Dominanz des Qualitativen über das Quantitative, wenn man von einer ökologischen Ökonomie sprechen will. Bei mir besteht aber die Überzeugung, dass sich die Realität jeglicher ökologischen Ökonomie zwischen der Scylla der krassen Ablehnung einer gesellschaftstreibenden, abstrahierenden und keine physischen Grenzen erkennenden Wertökonomie und der Charybdis von tausenden

Kompromissen in der praktischen Verfolgung des Ziels einer qualitativen Ökonomie abspielen muss. Es muss viele Pakte mit dem Teufel geben, und man wird versucht sein, seine Seele zu verkaufen, nur um seinen Leib zu retten. Dies mag nicht besonders optimistisch klingen, vielleicht aber realistisch“ (S.80).

Immler hält somit unter den systemischen Bedingungen des Kapitalismus eine ökologische Ökonomie nicht nur für geboten, sondern auch für möglich. Also eine Ökonomie, die die „physischen Grenzen“ anerkennt und eine „Dominanz des Qualitativen über das Quantitative“ installiert. Für Schmied-Kowarzik geht eine solche Vorstellung völlig an der „Wertlogik des Kapitals“ vorbei. Er sieht darin ein „schlechte Synthese zwischen quantitativer Wertökonomie und Naturproduktivität“ und er bezeichnet diese als „Ökorevisionismus“. Wer die „Quellen“ allen „Reichtums“, die lebendige Arbeit und die Produktivität der Natur, mit der „Wertlogik des Kapitals“ kompatibel machen wolle, schließe einen „Pakt“ mit dem Verursacher der drohenden ökologischen Selbstvernichtung. Diese Revision der Kritik der politischen Ökonomie destruiere die Erkenntnis Marxens, dass sich die „Wertlogik des Kapitals“ und die „Versöhnung mit der Natur“ ganz und gar ausschließen, bestehe diese Logik doch genau in der Abstraktion vom Qualitativen.

Das, was Schmied-Kowarzik hier gegen Immler einwendet, ist im politischen Tagesgeschäft von der sozialdemokratischen und der grünen Seite her leider weitgehend ad acta gelegt worden. Was geblieben ist, ist das Leitbild einer „ökologischen Ökonomie“. Und das konsequenter Weise ohne einen tiefer gehenden, weil nur störenden Bezug zur Kritik der politischen Ökonomie Marxens. Der Terminus „ökologische Ökonomie“ firmiert nun unter der Forderung nach einem „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. Über verschiedene Stufen ist in diesem Zu-

sammenhang der Begriff der „Nachhaltigkeit“ in die Diskussion eingedrungen. Allerdings hat Schmied-Kowarzik recht behalten. Gerade die von der Umweltkonferenz 1992 in Rio beschlossene Agenda 21, auf die die Anhänger des „sustainable development“ ihre Hoffnung setzen, formuliert, dass die nationalen Regierungen die „nachhaltige Entwicklung durch Liberalisierung des Handels“ zu fördern hätten (Agenda 1992, S.10). Das Wirtschaftsmodell, das der Agenda 21 zugrunde liegt, ist das der freien Marktwirtschaft. Die wirkliche Führungsgröße der gemeinten „nachhaltigen Entwicklung“ ist die finanzgetriebene Kapitalakkumulation, die von der „Nachhaltigkeit“ profitieren soll. So schließt das Buch über „Marx und die Naturfrage“ denn auch sehr kritisch: „Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ (MEW 25, S.784).

Dass dies der jetzigen Hegemonie des Ökorevisionismus entgegengehalten wird, macht u.a. das Verdienst des Buches über „Marx und die Naturfrage“ aus. ■

☞ Professor Dr. Friedrich Voßkuhler ist pensionierter Gymnasiallehrer und lehrt an der Technischen Universität in Darmstadt.

„Die SPD als linke Volkspartei im Wahljahr 2012“

Gemeinsame Herbsttagung von spw und Forum DL21

Auch in diesem Jahr laden spw und Forum DL21 wieder zu einer gemeinsamen Herbsttagung ein. Am Samstag, dem 27. Oktober, wollen wir in den ver.di-Höfen in Hannover unsere programmatischen und strategischen Anforderungen an „Die SPD als linke Volkspartei im Wahljahr 2012“ diskutieren.

Den Anforderungen wollen wir zum einen entlang der Bausteine für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm nachgehen, die die DL21 in einem Dialogprozess formuliert. Zudem wollen wir uns zwei Fragestellungen widmen, die nicht nur sachpolitisch relevant sind, sondern sowohl die Sozialdemokratie in ihren Kernanliegen herausfordern als auch über ihre Bündnisfähigkeiten mitentscheiden: Wie kann die Energiewende sozial gerecht gestaltet werden? Und wie gelingt es uns, eine solidarische, armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente zu verwirklichen?

Eine detaillierte Einladung folgt noch postalisch, per Newsletter und auf der Website.



Trauer um Monica Lochner

Wir trauern um Monica Lochner, geboren 1952, die nach langer schwerer Krankheit am 3. August 2012 in München verstorben ist.

Monica Lochner, MdL in Bayern von 1991-2008, war von 1994 bis 2006 Landesvorsitzende der bayrischen ASF, ebenso Mitglied des Präsidiums und des Landesvorstand der Bayern SPD.

Für uns JUSO-Linke und Linke in der SPD bedeutete sie mehr: War sie doch schon mit ihrer bayrischen Sprache und Persönlichkeit,

ihrer Sachverstand und ihrer Gradlinigkeit eine erhebliche Bereicherung der JUSO-Linken der siebziger Jahre. Monica war unsere (süd-)bayrische Vertreterin. Sie war die maßgebliche Redakteurin, gleichzeitig Verlag und Druck unseres Hannoveraner Kreisblattes, welches von 1978-1981 vom Hannoveraner Kreis regelmäßig die Entwicklung und Arbeit der Partei, der Jusos und speziell der JUSO-Linken begleitete. Sie unterstützte maßgeblich unsere Aktivitäten gegen Berufsverbote, unsere Friedensarbeit und unser Engagement gegen rechts. An der Erarbeitung der Herforder Thesen war Monica ebenso beteiligt. Sie blieb sich und uns immer treu. [Burkhard Zimmermann]

Publikationshinweis

Gerne weisen wir auf die aktuelle Veröffentlichung „Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth“ im Nomos Verlag hin, die unser Redaktionsmitglied Thilo Scholle gemeinsam mit Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano und Prof. em. Dr. Joachim Perels herausgegeben hat. Der Sammelband erschien in der Reihe Staatsverständnisse, rekonstruiert die Abendrothsche Rechtstheorie und sucht nach Anschlussmöglichkeiten an dessen Werk. In den Blick genommen werden dabei auch die Trans- und Internationalisierungsprozesse von Staatlichkeit sowie des (Verfassungs-)Rechts.

► Weitere Informationen:

www.nomos-shop.de

► Preis: 29,00 Euro

SPD-Mitgliederbegehren gegen VDS

Es wurde ein Mitgliederbegehren gegen die Vorratsdatenspeicherung initiiert. Bis zum 24. Oktober müssen mindestens 10 Prozent der Mitgliedschaft ihre Unterstützung erklären. Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Unterstützung finden sich auf der Website www.sozis-gegen-vds.de.

DL 21 Aktuell:

Dialog linke Programmbausteine



Wir freuen uns die neuesten Ergebnisse unseres „**Dialogs linke Programmbausteine**“ zu präsentieren, den wir auf unsere Frühjahrstagung am 28. April in Frankfurt am Main begonnen haben. Zusammen mit unseren Mitgliedern haben wir in regionalen Diskussionsveranstaltungen und in Online-Foren (Etherpads) Schwerpunkte und Forderungen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm erarbeitet. Die Zwischenergebnisse aus den vier Foren Arbeit und Soziales, Wirtschaft, Demokratie sowie Frieden und Europa konnten wir bereits am 30. Juni 2012 bei unserem Treffen mit Sigmar Gabriel in Berlin diskutieren.

Ab dem 1. August ist nun die **2. Phase des Dialogs Linke Programmbausteine** gestartet: Die gemeinsam erarbeiteten Bausteine haben wir auf unserer Homepage www.forum-dl21.de veröffentlicht. Durch die Kommentarfunktion oder per Email an veit.swoboda@forum-dl21.de könnt ihr Änderungen und Ergänzungen vorgeschlagen. Unsere Programmbausteine sollen Diskussionsgrundlage für Veranstaltungen vor Ort (siehe Terminübersicht auf unserer Homepage) und die Programmdebatte in den Partei-Gremien sein. Unsere Analysen, Inhalte und Forderungen werden wir für „Muster-Veranstaltungen“ in den Gliederungen aufbereiten. Wenn ihr Interesse habt, eine solche Veranstaltung auszurichten, meldet Euch bei unserer DL21 Geschäftsstelle in Berlin.

Auf unserer **DL21/ spw Herbsttagung am 27. Oktober in den Verdi-Höfen Hannover**, zu der wir Euch hiermit herzlich einladen, wollen wir die erarbeiteten Programmbausteine beschließen. Das Tagungsprogramm sowie weitere Informationen zur Tagung werden wir alsbald auf unserer Homepage veröffentlichen und unseren Mitgliedern

als Brief/Newsletter zukommen lassen. Auf der Tagung möchten wir mit Euch unter der Überschrift „**Die SPD als linke Volkspartei im Wahljahr 2012**“ die programmatische und strategische Aufstellung der deutschen Sozialdemokratie im Wahljahr 2013 diskutieren. Als Schwerpunktthemen haben wir uns vorgenommen:

- **Regierungswechsel mit links** – Bausteine für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm,
- Die **Energiewende** sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll gestalten,
- Eine solidarische, gerechte und lebensstandardsichernde **Rente** verwirklichen.

Neben Lösungswegen aus der Euro(pa)-Krise werden aus unserer Sicht die Themen „Energie“ und „Rente“ maßgeblich das Profil der SPD in den nächsten Wochen und Monaten bestimmen. Hierbei gilt es für die SPD-Linke unsere Vorstellungen eines sozialdemokratischen Renten- und Energiekonzepts aufzuzeigen und einzufordern. Nur eine SPD, die sich glaubhaft für mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit einsetzt, wird das Wahljahr 2013 erfolgreich bestreiten. Und für die SPD-Linke bleibt dabei auch klar: Personen folgen Inhalten. ■

Fünf Fragen an...

Dirk Meyer



☞ Dirk Meyer

Foto: privat

Dirk Meyer wurde 1965 in Bünde/Westfalen geboren. Er studierte Geschichte in Bielefeld und Cork und arbeitet seit 1996 in unterschiedlichen Funktionen in der Landesverwaltung NRW. Zuvor leitete er das Büro der damaligen MdEP Mechthild Rothe. In den 1990er Jahren war Dirk Meyer Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt mit seiner Familie in Mönchengladbach.

spw: Wie hat Dich Deine Juso-Zeit geprägt?

» **D.M.:** Ich bin den 80er Jahren zu den Jusos gekommen. Die Zeit war politisch enorm aufgeladen. Es war durchaus „mainstream“, sich politisch zu äußern und kulturell zu differenzieren. Vorherrschende Themen waren der Kalte Krieg, der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung. Zugleich haben mich die Befreiungskämpfe in Nicaragua, Südafrika und anderswo ebenso geprägt wie die praktische Solidarität mit den Bergarbeitern in England während des Großen Streiks 1984/85. Alle Diskussionen rund um diese Themen haben mich stark beeinflusst. Da ich neben den Jusos zugleich in meinem Ortsverein arbeitete, dem ein äußerst charismatischer Vorsitzender vorstand, habe ich praktisch das gesamte Handwerkszeug politischen Denkens

und Handelns in dieser Zeit erlernt. Der Bezirk Ostwestfalen-Lippe hatte darüber hinaus seine Historische Kommission beauftragt, junge Mitglieder historisch, theoretisch und kulturell an Wochenenden und in Sommerfreizeiten zu schulen. Dies habe ich ausgiebig zunächst als Teilnehmer und dann als Teammitglied wahrgenommen. In akribischer Textarbeit habe ich Ideologiekritik erlernt und eingeübt.

spw: Gibt es Themen oder Theorien, die auch für Deine aktuelle Arbeit relevant sind?

» **D.M.:** Anders herum: Es gibt kaum etwas, von dem ich heute behaupten würde, es sei unnütz gewesen, sich damit zu beschäftigen. Die Kapitalismusanalysen von Marx und Engels sind seit der Finanzkrise aktueller denn je – und mit ihnen alle späteren Analysen von Abendroth über Schui bis hin zu Huffschmid. Gramscis Theoreme helfen den Wert kultureller Hegemonie zu verstehen – angesichts des neoliberalen Siegeszuges allerdings auch, eigene Niederlagen zu erkennen. Die Genderdebatte hat meine Generation stark beeinflusst. Sie ist bis heute relevant und insofern alltagsbestimmend, als ich versuche, Beruf und Familie partnerschaftlich zu leben. Das Denken in historischen Kategorien, die Erkenntnis, dass die Geschichte eine fortwährende Geschichte von Kämpfen zwischen Interessengruppen ist, in denen sich die Sozialdemokratie seit 150 Jahren bewegt, hilft mir, hinter Erscheinungsebenen zu schauen. Und damit auch, dass nichts für die Ewigkeit ist und immer wieder neu erstritten werden muss. Bildung etwa bleibt unter fortgesetztem Druck, zu einer Ware zu werden, zu lukrativ das Geschäft, weshalb es des fortgesetzten Gegendrucks bedarf und einer starken Linken, die für den freien Zugang aller zu schulischer und akademischer Bildung steht – und Bildung in den Dienst der Menschen und nicht mächtiger Einzelgruppen stellt.

Und, aus aktuellem Anlass: Natürlich hilft die intensive Beschäftigung mit internatio-

nalen Beziehungen auch nach dem Ende des Kalten Krieges, die Berichterstattung zu Syrien und dort transportierten manichäischen Weltbildern zu hinterfragen.

spw: Du warst selbst Mitglied der spw-Redaktion. Welche Rolle sollte die Zeitschrift heute für die SPD und die Parteilinke spielen?

» **D.M.:** Das Profil einer linken Monatszeitschrift ist nicht leicht auszuschärfen. Ist sie zu theoretisch, fragen sich viele, von welchem Nutzen die Zeitschrift für sie ist. Will sie aktuelle Analysen liefern, läuft sie oft den Geschehnissen hinterher. Mit jeder Ausgabe sollte der Anspruch verbunden sein, politische Entwicklungen der Gegenwart theoretisch einordnen zu helfen, aber auch, Entwicklungen der Zukunft aufzuspüren, Sensibilitäten frühzeitig zu wecken – und alles in dem Versuch, dabei das herauszuarbeiten, was wir unter politisch links darunter verstehen können. Weniger als scharfe Abgrenzung, vielmehr als sich immer wieder bewusstwerdende Übersetzung dessen, was linke politische Standpunkte in der Praxis bedeuten, wie tragfähig sie sind, welche Antworten sie geben können. Wie schwer das ist, habe ich in der Tat als Redaktionsmitglied erfahren können. Wie bei jeder Publikation gelingt das mal besser und mal schlechter.

spw: Wenn Du auf aktuelle Diskurse in der SPD schaut, welche Themen sind Deiner Ansicht nach am wichtigsten?

» **D.M.:** Selbstverständlich ist die Finanzmarktkrise derzeit das entscheidende Thema. Gelingt es, die Krise durch entschlossenes gemeinsames Handeln in den Griff zu bekommen – oder erwächst aus der Krise eine nationalistische Neuordnung Europas? Gelingt es, den Finanzmarktakteuren enge regulatorische Planken zu setzen oder gelingt es ihnen, eine neue Phase des Neoliberalismus zu etablieren, errichtet auf den Trümmern der von ihnen erzeugten Staatsverschuldungen? Wi-

dersteht die Linke dauerhaft den nationalistischen Versuchungen, die Südeuropa zum Paria deutscher Tugendhaftigkeit erklärt, wenn, wie auf dem Automarkt längst zu sehen, die Krise auch hierzulande ankommt?

Die Beantwortung dieser Fragen halte ich für offen. Zuviel Vertrautes ist seit 2008 schon weggespült worden. Klar ist jedoch: Keine Gesellschaft kann es dauerhaft aushalten, wenn die Hälfte der Jugendlichen ohne Berufsperspektive ist. Und keine Staatengemeinschaft kann es dauerhaft aushalten, wenn sein größtes Mitglied alleine profitiert, während alle anderen in tiefer Rezession versinken. Insofern erleben wir historisch relevante Jahre, in denen die SPD stärker als bisher Position beziehen muss.

spw: Wie steht es um die gesellschaftliche Verankerung der SPD?

» **D.M.:** Nach den neoliberalen Verirrungen ist es der SPD zum Glück gelungen, manches Porzellan wieder zusammen zu fügen, etwa zu den Gewerkschaften. Zugleich hat eine Partei, die 23 Prozent in der vergangenen Bundestagswahl „gewinnt“ ein massives Problem. Und wenn ich mir anschaue, dass einige meiner Mentoren (s.o.) die Partei für immer verlassen haben, dann kann ich dieses Problem namentlich benennen. Verankerung wieder herzustellen ist ein langwieriger Prozess. Die SPD hat ihn in NRW begonnen und wird diesen Weg nun auf der Strecke immer wieder neu bestätigen müssen. Darüber hinaus wünsche ich mir eine Initiative, mit der es der SPD und der gesamten Linken auch kulturell wieder gelingt, hegemoniefähig zu werden, jungen Menschen attraktiv erscheint, ein Ort kultureller Äußerung wird – und vielleicht sogar Trends jenseits von Verwertungslogiken setzt. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?
Ulrich Brand
224 Seiten; € 13,80

»Das Kapital« kompakt
Georg Fulberth
123 Seiten; € 9,90



Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)
248 Seiten; € 27,90

Feminismus
Gisela Notz
131 Seiten; € 9,90



Prämienpaket 3

VielfachKrise
Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)
232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Heiner Ganßmann
229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft:
- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
 - ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.